Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Impressum: Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Erscheint im Verlag: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H., Halbgasse 12, 1070 Wien Kommunistischer Bund Österreichs, Halbgasse 12, 1070 Wien Tel.: 0222/93 83 37 Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1070 Wien

P.b.b. Preis 4.-

Nr.4/1. Jahrgang 14. Oktober 1976

3 Jahre Truppenabbaukonferenz in Wien

Das Wettrüsten geht unvermindert weiter

Ende September trafen in der Wiener Hofburg die Vertreter von 13 NATO-Staaten und 7 Warschauer Pakt-(WAPA-)Ländern zur 10.Runde der sogenannten Truppenabbaukonferenz zusammen. Bis zu dieser Runde und seit Beginn der Verhandlungen vor fast genau drei Jahren hat es 111 Sitzungen gegeben, deren Ergebnis gleich null ist. Auch nicht ein Soldat, kein Panzer, kein atomarer Sprengkopf, der aufgrund dieser Konferenz aus den vorgeschlagenen Reduzierungsraum (er umfaßt im Westen die BRD und die Benelux-Staaten, im Osten die DDR, Polen und die CSSR) zurückgezogen oder "abgebaut" worden wäre.

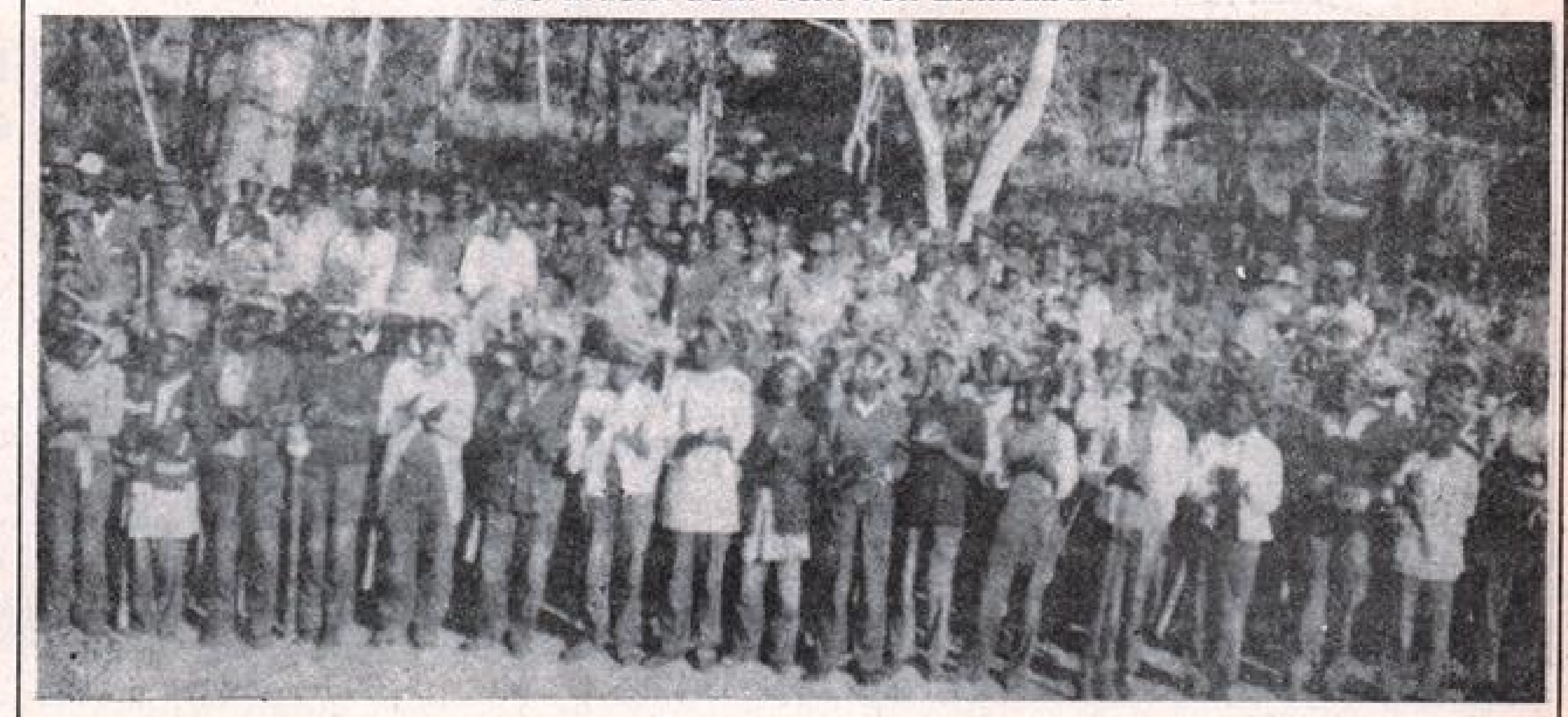
Immerhin sind im erwähnten Gebiet 777.000 Mann NATO-Streitkräfte und 925.000 Mann WAPA-Streitkräfte stationiert. Letztere Zahl beruht auf westlichen Schätzungen, da die Sowjetunion bisher nicht bereit war, genaue Angaben über ihre Truppenstärke zu machen. Von ihr selbst unbestritten ist jedenfalls die zahlenmässige Überlegenheit der WAPA-Landstreitkräfte. Wie soll man solchen selbsternannten Friedensengeln Glauben schenken, wenn sie von Truppenabbau reden, aber nicht einmal mit Angaben über ihre eigenen Stärke herausrücken. Die beiden Supermächte, die eigentlichen Wortführer und Drahtzieher der Konferenz, verfolgen bei den Verhandlungen über Truppenabbau nur das Ziel, den Gegner zu schwächen und die eigene Ausgangsposition zu verbessern, so wie es eben die gemeinste Räuberlogik vorschreibt. Begonnen hat das schon beim Streit um den Namen der Konferenz.

Die ursprüngliche Bezeichnung MBFR (= gegenseitiger ausgewogener Truppenabbau) wurde von sowjetischer Seite nie anerkannt, weil sie allein schon den Begriff "ausgewogen" wie einen Stachel in den Hintern empfand. So wurde die offizielle Bezeichnung auf MURFAAMCE (= gegenseitiger Abbau von Truppen und Rüstung und assoziierte Maßnahmen in Mitteleuropa) geändert.

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Die Macht dem Volk von Zimbabwe!



Die Volksstreitkräfte wachsen und bereiten sich gut auf ihren Einsatz im Kampf gegen das Siedlerregime vor.Das Bild zeigt ein Ausbildungslager in Mocambique.An dem unerschütterlichen Willen des Volkes von Zimbabwe, sein Land den Kolonialisten zu entreißen, ist auch das neueste Entspannungsmanöver Kissingers gescheitert.(siehe Artikel auf Seite 26)

Zu den bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen der Metall- und Bergarbeiter

Zur Jahreswende beginnen die Verhandlungen über die neuen Kollektivverträge für die Metall- und Bergarbeiter. Gegenüber dem letzten Jahr haben sich sowohl die Bedingungen geändert, unter denen die Verhandlungen stattfinden werden, als auch zum Teil die Fragen, denen beim kommenden Abschluß besondere Bedeutung beigemessen werden muß.

Die wirtschaftliche Situation

Die Auftragslage ist deutlich gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Sie ist vor allem in vielen Industriebetrieben derzeit so hoch, daß bei 2,8% geringerer Beschäftigtenzahl 20 bis 30 Überstunden im Monat schon wieder die Regel sind. Auch Spitzenwerte bis 120 Stunden wurden bereits wieder erreicht. Die Produktion ist im Durchschnitt in der Branche um 10 % gestiegen.

Damit hat sich auch die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes, die im letzten Jahr auf dem Tiefpunkt der Krise besonders akut und spürbar war, deutlich verringert, auch wenn es noch vereinzelt Betriebe gibt, in denen gerade jetzt größere Kündigungen bevorstehen, wie zum Beispiel in Fohnsdorf. Zwar gibt es heuer um 2,8% weniger Beschäftigte (was vor allem auf die vielen Entlassungen ausländischer Kollegen zurückzuführen ist) aber sowohl die Bedrohung durch die Arbeitslosigkeit ist im Moment aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage zurückgegangen als auch die Zahl der Arbeitslosen selbst, die bereits Mitte des Jahres erstmals wieder unter der Anzahl der offenen Stellen lag.

Diese wirtschaftliche Lage ist verglichen mit dem Vorjahr günstiger dafür, daß die Arbeiter den Kampf um ihre Interessen führen können und kann auch für die Kollektivvertragsverhandlungen ausgenützt werden.

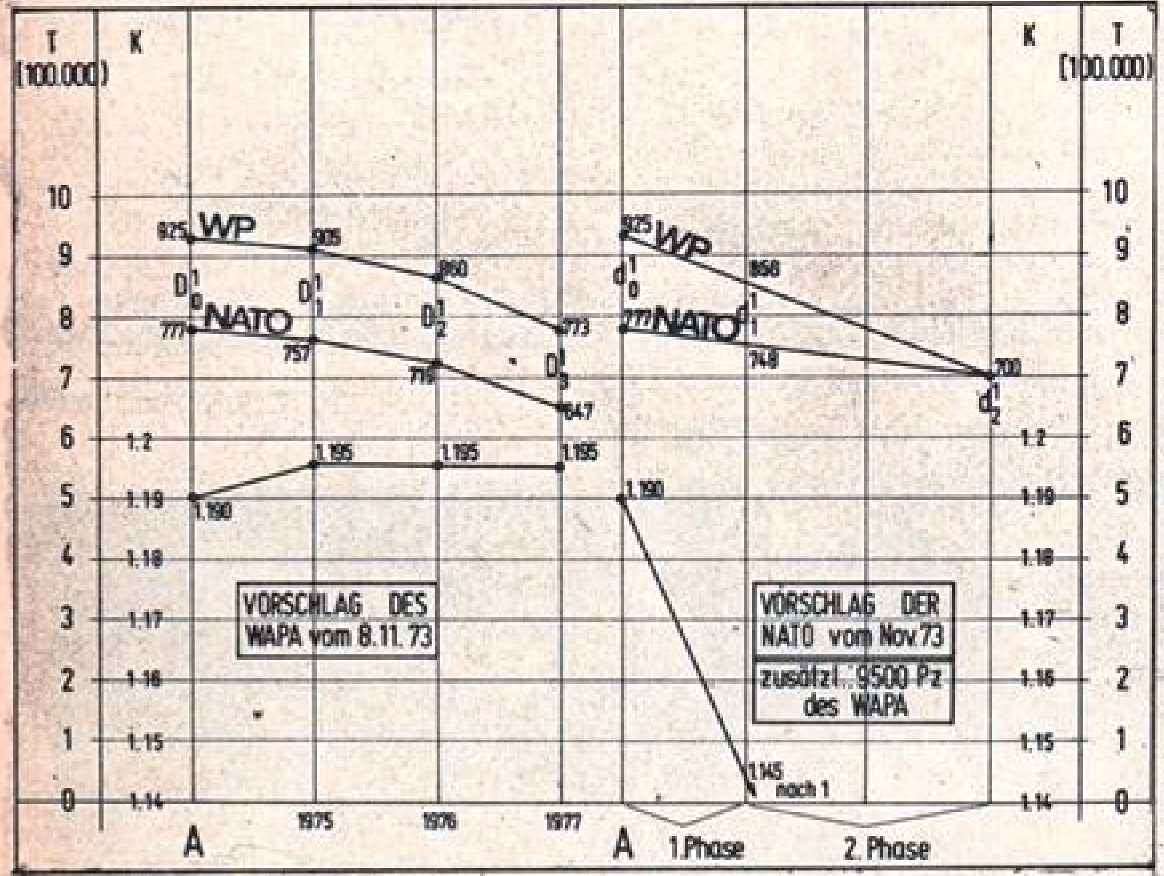
Die Kampftätigkeit der Arbeiter hat angehalten

Seit dem letzten Abschluß ist kein Monat vergangen, in dem es nicht in einem oder mehreren Betrieben der Branche zu Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und Angestellten auf der einen Seite und den Kapitalisten auf der anderen Seite gekommen wäre. War es im letzten Jahr vielfach so, daß eine betriebliche Gegenwehr gegen die Angriffe der Kapitalisten auf den Lohn und die Arbeitsverhältnisse nur schwer zustande gekommen war, so hat sich in den Kämpfen heuer gezeigt, daß dies wieder in einem grösseren Ausmaß möglich ist.

Fortsetzung auf Seite 15

3 Jahre Truppenabbaukonferenz in Wien: Das Wettrüsten geht unvermindert weiter

Ein dreiviertel Jahr dauerte allein die Vorbereitung der Konferenz, die Einigung auf die Teilnehmer, der Streit um die Tagesordnung, der Streit um die Bezeichnung der Konferenz. Als im November 1973 schließlich die beiden Seiten ihre Vorschläge präsentierten, wurde noch klarer, warum es nur ein solch zähes Vorankommen geben konnte. Wie die Karte



Quelle: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 5/76, S.364
T: Truppenstärke in 100.000 Mann
K: Verhältniszahl, die das zahlenmäßige Kräfteverhältnis zwischen Truppen des Warschauer Paktes und der NATO darstellt

veranschaulicht, schlug der Warschauer Pakt eine solche Reduzierung vor, die das Verhältnis seiner Truppen gegenüber denen der NATO von 1:1,190 auf 1:1,195 verbessert hätte und das für alle weiteren Schritte gleichgeblieben wäre. Dies "käme einer Verstärkung der Truppen des WAPA um rund 3.500 Mann....gleich"(Österreichische MilitärischeZeitschrift, Heft 5/1976).

Demgegenüber forderte die NATO eine solche Reduzierung der Truppen, daß ungeachtet der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse schließlich beide Seiten über 700.000 Mann verfügten und überdies der Bestand an Kampfpanzern auf ein gleiches Niveau gebracht würde. Heute setzen die NATO-Strategen gegenüber der zahlenmäßigen Überlegenheit der Sozialimperialisten, vor allem was die Panzermassierung in Europa betrifft, auf die technische Überlegenheit der eigenen Truppenausrüstung. Der Panzermacht des Warschauer Paktes zum Beispiel will man mit einem neu entwickelten Panzer-Abwehr-Hubschrauber, der mit treffgenauer Bewaffnung 15 Panzer aus der Luft erledigen soll, und mit den neuen "Milan"-Panzerabwehrgeschützen, die über eine Treffsicherheit von 98% verfügen, begegnen (Presse, 9.10.1976)

Die Wirklichkeit: Massive Kriegsvorbereitungen zur Anfangsphase der Konferenz

Die NATO- und WAPA-Vorschläge auf der Wiener Konferenz tragen unverkennbar die Handschrift ihrer Entwerfer. Auf der einen Seite die sowjetischen Sozialimperialisten, die besonders vehement auf die Erlangung der Oberherrschaft über ganz Europa dringen, um die andere Supermacht niederzuringen und die Hegemonie über die ganze Welt zu erobern. Sie segeln unter der Flagge des "Sozialismus" und der "Weltrevolution", um die Völker über ihre Pläne im Unklaren zu lassen, ja durch den vorgeschlagenen Truppenabbau als Friedensmacht zu erscheinen und gleichzeitig unter diesem Deckmantel das eigene Kräftepotential noch zu vergrößern.

Auf der anderen Seite die US-Imperialisten an der Spitze der NATO-Länder, deren herrschende Klassen sich wachsenden inneren Schwierigkeiten gegenübersehen und in militärischer Hinsicht im Verhältnis zum Sozialimperialismus auf immer mehr Gebieten ins Hintertreffen geraten. Die westlichen Imperialisten setzen an der Aggressionspolitik und Kriegstreiberei des Sozialimperialismus an, um mit ihren Truppenabbauvorschlägen vor den Völkern als Streiter für den Frieden dazustehen und unter diesem Deckmantel ihre eigenen imperialistischen Interessen durchzusetzen und ihrerseits die Kriegsvorbereitungen deutlich zu beschleunigen.

So gesehen ist die Truppenabbaukonferenz in Wien und überhaupt alles Gerede von Abrüstung und Entspannung nichts als ein Betrug, der den Völkern Europas eine friedliche Zukunft vorgaukeln soll, während die Gefahr eines neuen Weltkrieges als direkte Fortsetzung des Ringens der beiden Supermächte ständig anwächst.

Die beiden Supermächte mit ihren jeweiligen Militärbündnissen rüsten wie wild auf, ihre Rüstungsbudgets erreichen neue Rekorde, mit ausgedehnten Militärmanövern proben sie bereits den Kriegsfall, und immer häufiger werden militärstrategische Überlegungen in aller Öffentlichkeit diskutiert.

Angesichts der völligen Ergebnislosigkeit der bisherigen Truppenabbaukonferenz und der wachsenden Zweifel unter den Völkern Europas an der "Entspannung", drängen die sowjetischen Sozialimperialisten hektisch auf einen ersten Schritt. Zumal im Jahr 1977 in Belgrad eine Zwischenbilanz der Auswirkungen der europäischen (Un-)Sicherheitskonferenz von Helsinki 1975 gezogen werden soll.

Zur Beschleunigung rät der westdeutsche Bundeskanzler Schmidt, daß Fragen von so großer Tragweite im direkten Gespräch der Spitzenpolitiker von Washington und Moskau entschieden werden müssen. (Neue Zürcher, 2.10.76) Weil der Entspannungshut brennt, scheut Schmidt nicht zurück, offene Türen einzurennen. Sollte es tatsächlich in den nächsten Monaten zu einer begrenzten Truppenabbauvereinbarung zwischen den Supermächten kommen, so wird wohl folgende Stelle des Komentars einer österreichischen Tageszeitung aktuelle Bedeutung erlangen: "Was immer diese Truppenabbaugespräche hervorbringen werden, angesichts der enormen Vernichtungskapazität in Ost und West wird jedes Ergebnis erscheinen, als beschließen zwei bis an die Zähne Bewaffnete zum Zeichen ihrer friedlichen Gesinnung die Nagelfeilen wegzulegen" (Salzburger Nachrichten, 20.5.76)

J.R.

In einem weiteren Artikel wird eingegangen auf: Neuere Vorschläge auf der Konferenz - Das Kalkül des sowjetischen Sozialimperialismus - Österreich und die Truppenabbaukonferenz

Militärputsch in Thailand

Am 6.Oktober riß das Militär nach blutiger Niederschlagung von Studentenprotesten gegen die Einreise des ehemaligen Militärdiktators Kittikachorns die Macht in Thailand an sich. Auflösung des Parlaments, Verhängung des Kriegsrechts über das ganze Land, strenge Pressezensur und Verbrennung marxistischer und fortschrittlicher Literatur waren die ersten Maßnahmen.

Im letzten Jahr war die demokratisch-patriotische Bewegung angewachsen. Die thailändischen Volksstreitkräfte erzielten im bewaffneten Kampf Erfolge, in den Städten kämpften Patrioten und Studenten gegen die Reaktionäre und Handlanger des US-Imperialismus. Die Regierung sah sich sogar gezwungen, die amerikanischen Truppen aus Thailand hinauszuwerfen und die US-Imperialisten mußten um eine ihrer letzten Einflußmöglichkeiten in Indochina zittern. Durch Massenverhaftungen - bisher wurden 3000Studenten verhaftet - und Kriegsrecht, will die Militärregierung jetzt im Dienst des US-Imperialismus die erstarkende demokratisch-patriotische Bewegung zerschlagen.

Imperialistische Racheakte der neuen Zaren gegen Japan

Seit der Landung eines sowjetischen Leutnants mit der MIG-25 in Japan haben die Sozialimperialisten ihre RAub- und Gewaltherrschaftspolitik gegenüber dem japanischen Volk verstärkt. Acht japanische Fischkutter sind in dieser Zeit in den Gewässern der Kurileninseln von sowjetischen Patrouillenbooten aufgebracht und festgesetzt worden. Die Kurileninseln im Norden der grossen Hauptinseln Japans gehören zu dessen historischem Territorium. Seit Jahren hält die Sowjetunion dieses Gebiet besetzt und weigert sich, mit der japanischen Regierung auch nur in Verhandlungen über die Rückgabe der Inseln zu treten. Die neuen Zaren haben inzwischen die Inseln in ihre Militärstützpunkte verwandelt, um ihre militärische Vormachtstellung in Asien und im Pazifik auszubauen und insgesamt ihre Präsenz in diesem Gebiet gegen den Widerstand des japanischen Volkes verstärkt. Immer häufiger verletzen sowjetische Kriegsschiffe und Flugzeuge die Territorialgewässer und den Luftraum Japans und immer unverschämter betreibt die sowjetische Fischereiflotte die Ausplünderung der Meeresgründe, die die einzige Lebensgrundlage der dort lebenden japanischen Fischer sind.

Seit dem Abschluß des japanisch-sowjetischen Fischereiabkommens vom Oktober 1975 ereigneten sich insgesamt 230 solcher Gewaltakte, wie die mutwillige Zerstörung der Netze von japanischen Fischerbooten. Die Verluste, die den japanischen Fischern damit zugefügt wurden, betragen an die 70 Millionen Yen. Neuerdings behaupten offizielle Stellen der Sowjetunion, das ganze Küstengebiet sei eine "der Sowjetunion vorbehaltene Fischereizone", fordern die Offiziere sowjetischer Überwachungsboote hohe Strafgelder von den japanischen Kuttern und nehmen den Fischern die behördlichen Fischereibewilligungen ab. (Hsinhua, 16.9.)



Die Fohnsdorfer Bergarbeiter hängen nicht an dieser Grube. Die Arbeit im Schacht ist nicht angenehm, (im Bild oben der Förderturm des Fohnsdorfer Bergwerks) der Krankenwagen ist dauernd unterwegs. 1975 gab es 1644 Unfälle, davon 11 mit tödlichem Ausgang. Fast jeder Hauer hat nach einigen Jahren Schacht Verkrüppelungen durch Unfälle erlitten oder sich dort eine Staublunge geholt.

Es geht also nicht darum, an dieser Grube zu kleben, sondern um annehmbare Ersatzarbeitsplätze für alle, aber in Fohnsdorf, aber nicht in Donawitz oder im Lavanttal.

Kohlenbergbau Fohnsdorf:

Das Eumig-Projekt ändert nichts an der Notwendigkeit, die Forderungen der Knappen zu unterstützen

Die SP-Regierung und die ÖIAG wollen weiterhin ihren Schließungsplan des Bergbaus Fohnsdorf durchsetzen. Wie bereits in der letzten Nummer des "Klassenkampf" berichtet, beschlossen die Fohnsdorfer Knappen einstimmig in ihrer Betriebsversammlung, diesen Plan nicht hinzunehmen und solange gegen die Schließung des Bergbaus zu kämpfen, solange keine ausreichenden Ersatzarbeitsplätze bereitgestellt sind.

Die SP-Regierung versucht - gemeinsam mit der VP-dominierten Landesregierung und der ganzen bürgerlichen Presse - die Fohnsdorfer von diesem richtigen Standpunkt abzubringen. Dabei argumentieren sie alle mit dem Projekt der Firma Eumig, in Fohnsdorf ein Werk zu errichten. In Riesenlettern auf der ersten Seite hieß es am 24.September in der steirischen Kronenzeitung: "Fohnsdorf - 700 neue Arbeitsplätze gesichert", um nicht nur die Fohnsdorfer, sondern alle Arbeiter und anderen Werktätigen irrezuführen und davon abzuhalten, ihre Solidarität mit den Knappen auszudrücken. Doch die Eumig bringt nicht 700 neue Arbeitsplätze, wie die Kronenzeitung ihren Lesern einreden wollte, sondern nach den letzten Berichten ganze 263, davon ca. 200 für Arbeiter. Und das erst frühestens in etwa zwei bis drei Jahren. Von den mehr als 1100 derzeit im Bergwerk Beschäftigten können also höchstens 200 Knappen in zwei bis drei Jahren bei Eumig unterkommen. Was bis dahin mit den Bergarbeitern geschehen soll, darüber schweigt man oder man versucht darüber hinwegzutäuschen. SP-Regierung, steirische Landesregierung und die bürgerliche Presse sind da führend. Doch stimmen auch einige Fohnsdorfer SP-Betriebsräte in diesen Chor mit ein. Arbeiterbetriebsratsobmann Rauscher sagte zum Beispiel in der steirischen Zeitung der SP "Neue Zeit" vom 8.10.: "Der Silberstreif am Horizont leuchtet schon etwas stärker. Das Projekt ist so konkret, daß wir nun bereit sind, Detailverhandlungen über das uns angebotene Sozialpaket aufzunehmen." Weiters werden dann noch Gerüchte verbreitet, daß Eumig sowieso später auf 800-1000 Arbeitsplätze ausbauen wolle, oder "Jetzt ist Eumig fix - und andere kommen sicher auch noch!"

Für die Eumig-Kapitalisten ist das Fohnsdorfer Projekt eine ausgezeichnete Möglichkeit, ihre Profite noch weiter in die Höhe zu treiben. Denn:

- *Das am 7.Oktober vereinbarte Grundstück, auf dem das Werk gebaut werden soll, wird die Eumig-Kapitalisten fast nichts kosten;*
- *die bis über beide Ohren verschuldete Gemeinde Fohnsdorf will ihnen beträchtliche Steuerbegünstigungen einräumen;*
- *das Land Steiermark und die Bundesregierung haben billige Kredite und Subventionen in Aussicht gestellt;*
- *und was besonders wichtig ist: Die Eumig Kapitalisten rechnen mit billigen Arbeitskräften, indem sie die Arbeitslosen gegen die, die Arbeit haben ausspielen mit dem Argument "seid froh, daß ihr überhaupt Arbeit habt".*

Bei diesen Vorschlägen profitieren nur die Kapitalisten

"Das kann mir keiner weismachen, daß Eumig an der Lage hier etwas ändert", sagte ein Rentner, der früher auch im Bergwerk war. Und dieser Meinung sind viele Fohnsdorfer.

Eine Hausfrau, Frau eines Knappen, dazu: "Also, ich trau dem ganzen Gerede mit der Eumig nicht. Vor ein paar Jahren war ein ähnliches Tamtam mit der Firma Wehr (Reparatur und Erzeugung von Sägemaschinen). Die haben damals von der Gemeinde einige Millionen geschenkt gekriegt, weil sie versprochen haben, 600 Arbeitsplätze zu schaffen. Und jetzt arbeiten ganze 16 Leute dort!"

Viele Fohnsdorfer - nicht nur die Knappen, sondern auch andere Werktätige - haben durch die Erfahrungen der letzten Zeit eine klare Stellung zu den Zusperrplänen bezogen. Doch ist aber weiter nicht klar, auf welchem Weg sie ihren Interessen zum Durchbruch verhelfen können. Sie haben zwar ihrem gerechten Standpunkt mit der einstimmig gefaßten Resolution und der Androhung gewerkschaftlicher Maßnahmen Ausdruck verliehen. Aber wenn sogar einige unserer Betriebsräte - so fragen sich nicht wenige Knappen - offenbar eine Taktik der Kapitulation vor der Regierung einschlagen, werden wir dann

Fortsetzung nächste Seite

Hüttenberg/Kärnten

Widerstand gegen die Schließung des Erzbergbaus

Bereits im Juli wurden in Klagenfurt Beratungen zwischen SP-Politikern und Generaldirektor Koller vom Vöest-Alpine Konzern abgehalten. Dabei stand mehr die Frage eines "Ersatzbetriebes" auf der Tagesordnung, als die Lage in Hüttenberg und die Fortführung des Bergbaues.

Das zeigt schon, daß weder die Regierung, noch die Kärntner SP-Politiker, noch die Leitung des staatlichen Vöest-Konzerns das geringste Interesse daran haben, daß in Hüttenberg weiter Erz abgebaut wird.

Generaldirektor Koller stützt sich bei seiner Argumentation für die Auflassung des Bergbaues auf ein Gutachten aus dem Jahre 1973, wonach die Erze arsenhaltige Stahlschädlinge enthalten, die Verhüttungsprobleme schaffen. In der Zwischenzeit hat Professor Meixner, Institut für Mineralogie und Petrographie in Salzburg, eine Erklärung abgegeben, aus der eindeutig hervorgeht, daß die Waitschacher Lagerstätten, die jetzt abgebaut werden sollen, keineswegs solche Schädlinge enthalten. Außerdem könne man das aus der kleinen Brauneisenpartie, die für das Gutachten untersucht wurde, nicht mit voller Gültigkeit für die gesamte Lagerstätte sagen.

Der Vöest-Alpine-Konzern und die Regierung sind entschlossen, Hüttenberg zuzusperren. Und das in Zusammenarbeit mit der Kärntner SP, die bei der Frage ob Stillegung oder nicht, sich nur mehr damit beschäftigt, wie sie vor der Bevölkerung dasteht, wenn nach der Stillegung von Neuner, Planet, Massenentlassungen bei Zimmer/Klagenfurt, nach den erst kürzlich erfolgten 100 Entlassungen des Fleischbetriebes Schmautzer, wieder 200 Arbeiter auf die Straße fliegen.

Entgegen der Obmännerkonferenz der Kärntner Metall- und Bergarbeiter, die bei ihrer Sitzung einzig festhielt, daß "die Auswirkungen einer Veränderung der Beschäftigtensituation im Raum Hüttenberg untersucht werden" müßten, wurde in einer Betriebsversammlung der Belegschaft in Hüttenberg folgende Resolution beschlossen: "Fortführung des Betriebes ohne Aufnahmesperre mit Einschluß von Hüttenberg-West (Waitschach), solange Erz vorhanden ist, sowie Neuerstellung des Erzgutachtens".

Für die Hüttenberger Knappen in ihrem Kampf gegen die Stillegung des Bergbaues wird es entscheidend sein, daß sie an ihrer Resolution festhalten und sie gegenüber Konzern und Staat durchsetzen. Und vor allem dürfen sie nicht darauf eingehen, daß sowieso "Ersatzarbeitsplätze" geschaffen werden sollen, wohin sie wahrscheinlich länger zur Arbeit fahren müßten, und von denen keiner weiß, wie die Löhne und die Arbeitsbedingungen ausschauen werden - geschweige denn, daß sichergestellt ist, daß alle Hüttenberger Knappen wirklich eine neue Arbeit bekommen würden.

B.H.
Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Solidaritätsresolution

AN DIE BELEGSCHAFT DES KOHLENBERGWERKES FOHNSDORF

Die heute im Grazer Arbeiterkammersaal bei der Aufführung der "Proletenpassion" der Gruppe "Schmetterlinge" versammelten 750 Menschen verschiedenster Berufe haben mit Bestürzung von den Plänen der Regierung und der ÖIAG gehört, das Fohnsdorfer Bergwerk zu schließen und Euch in alle Windrichtungen zur Arbeit pendeln zu lassen oder gar in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

Wir sind davon überzeugt, daß das Projekt der Firma Eumig, ein Werk mit 250 Arbeitsplätzen in Fohnsdorf zu errichten, kein Grund ist, von Euren Forderungen abzugehen. Wir sind mit Euch der Meinung, daß die Schließung des Bergwerkes nicht auf Eurem Rücken zugelassen werden darf und unterstützen deshalb voll und ganz die von Euch beschlossenen Forderungen:

- Keine Schließung des Kohlenbergbaus ohne ausreichende Ersatzarbeitsplätze
- Kein Auspendeln nach Donawitz
- Herabsetzung des Pensionsalter für ältere Kollegen
- Sofortige Auszahlung der vollen Abfertigung

Die Versammelten werden in den nächsten Tagen und Wochen versuchen, überall, wo es uns möglich ist, unsere Arbeitskollegen und Betriebsräte für die Unterstützung Eurer Forderungen zu gewinnen.

Fortsetzung von Seite 3

Fohnsdorf...

trotzdem die Kraft aufbringen, unsere Forderungen durchzukämpfen?

Aktive Unterstützung für den Kampf der Fohnsdorfer Bergarbeiter!

"Resolutionen, die bei uns von anderen Betrieben eintreffen, sind für uns eine große Unterstützung und wir freuen uns darüber", brachte ein Betriebsrat die Meinung aller Knappen zum Ausdruck. Denn die Unterstützung, die die Knappen aus anderen Betrieben erhalten, zeigt ihnen: Sie stehen nicht allein mit ihren Forderungen :

- *Keine Schließung ohne ausreichende Ersatzarbeitsplätze;*
- *Kein Auspendeln nach Donawitz;*
- *Herabsetzung des Pensionsalters für ältere Kollegen;*
- *Sofortige Auszahlung der vollen Abfertigung.*

Inzwischen hat auch der Arbeiterbetriebsrat der Vöest-Alpine Donawitz sich mit diesen Forderungen solidarisch erklärt, was die Knappen auch deshalb in ihrem Kampf bestärkt hat, weil ein Teil von ihnen gerade ins Donawitzer Werk verschoben werden soll, wenn es nach der SP-Regierung ginge. Ein Skandal hingegen ist die Haltung des Zentralvorstandes der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, der es in der Sitzung am 4.Oktober abgelehnt hat, die Fohnsdorfer Forderungen zu unterstützen.

Wir fordern daher alle Betriebsräte, Jugendvertrauensräte, ÖGJ-Gruppen, Gewerkschaftsgruppen, aber auch Schulgemeinden und die Organe der Österreichischen Hochschülerschaft auf, Resolutionen und Unterstützungserklärungen an die Fohnsdorfer Knappen zu beschließen und ihre Forderungen mit allem Nachdruck zu unterstützen. Diese Resolutionen sollen geschickt werden an:

Arbeiterbetriebsrat
der GKB-Fohnsdorf
Judenburgerstraße 8753 Fohnsdorf

M.G. (Knittelfeld)
K.W. (OG-Graz)

Mühlbach: Schließung des Kohlebergbaus geplant

Die Arbeiter des einzigen Kupferbergbaues in Österreich, in Mühlbach am Kochkönig, sind seit der Ankündigung der ÖIAG über die geplante Schließung der Grube stark beunruhigt und aufgeregt. Jahrelang haben sie immer wieder Wechselbäder hinnehmen müssen: einerseits immer wieder Gerüchte über Stilllegungspläne, die periodisch bei jedem Sinken des Kupferpreises am Weltmarkt aufkamen. Andererseits, besonders in Wahlzeiten, die Politikerversprechungen, daß der Betrieb auf lange Sicht weitergeführt werde. So verkündete Kreisky am 18.Dezember 1975: "Der Kupferbergbau muß erhalten bleiben", ähnliches sagte Androsch noch vor einem Monat. Am 6.September, während der Regierungsklausur auf der Schallaburg wurde dann anders entschieden: Der Kupferbergbau soll eingestellt werden. Ein Gutachten einiger Professoren aus Leoben wurde aus der Tasche gezogen, das eine sogenannte Unrentabilität nachweisen sollte.

Eine Schließung des Werkes würde für Mühlbach auf lange Zeit hinaus eine schwere Existenzgefährdung bedeuten. Im jahrhundertealten Bergbauort gibt es sonst keine Betriebe, die auch nur einen Teil der Arbeiter aufnehmen könnten, ebenso nicht in der näheren Umgebung. Heute weiß keiner der 166 einheimischen Arbeiter, was werden soll, wenn tatsächlich geschlossen wird. "Die ganze Belegschaft ist in Aufruhr", schilderte der Arbeiterbetriebsrat, der sich gegen die Schließung einsetzt, in den "Salzburger Nachrichten" vom 17.9.

W.S./Salzburg

Bespitzelung und Einschüchterung der slowenischen Bevölkerung

Die beiden Zentralorganisationen der Kärntner Slowenen führen derzeit Veranstaltungen durch, um die Bevölkerung gegen die Minderheitenfeststellung zu mobilisieren. Der Kärntner Heimatdienst und die Behörden versuchen die slowenische Bevölkerung einzuschüchtern. So tauchen in letzter Zeit sowohl bei politischen als auch kulturellen Veranstaltungen der Kärntner Slowenen Gendarmen oder Leute in Zivil auf, die die Aufgabe haben, jeden dort anwesenden Slowenen zu registrieren. So war es auch in Globasnitz, als die beiden Zentralorganisationen zu einer Veranstaltung gegen die Minderheitenfeststellung aufriefen. Ein Gendarm, der in Rinkenberg/Rinkole bei Bleiburg/Pliberk wohnt, ging von Reihe zu Reihe und registrierte die Slowenen aus seinem Dorf. Solche Spitzel gibt es mehrere und sie sind auf jeder Veranstaltung zu sehen. Die Folge davon ist, daß sich viele Slowenen nicht mehr trauen, zu Veranstaltungen ihrer Organisationen zu kommen, insbesondere wenn sie Lehrer, Gemeindebedienstete oder sonstwo im öffentlichen Dienst angestellt sind.

Gegen solche Einschüchterungsversuche hilft nur ein offensives und geschlossenes Auftreten. Ein gutes Mittel, um solche Spitzel zu vertreiben, ist, sie vor allen Leuten als solche zu entlarven.

l.h.

Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung und für die Rechte der Minderheiten geplant

Bei einem Kontaktgespräch, das vom Wiener Solidaritätskomitee für die Rechte der Minderheiten organisiert wurde, an dem auch der Kommunistische Bund, Ortsgruppe Wien teilnahm, einigte man sich auf die gemeinsame Unterstützung folgender Aktionen gegen die Minderheitenfeststellung:

30.10.: Informationstag - Konzentriertes Auftreten aller teilnehmenden Organisationen und des Komitess auf öffentlichen Plätzen in ganz Wien

5.11. Aufruf zu einer breiten Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung und für die Rechte der Minderheiten

Vor 14.11.: Kulturveranstaltung mit dem gleichen Titel im Auditorium Maximum der Wiener Universität

»Aufklärungskam[...]
Mühsame Argum[...] Einschüch[...]

Stand im Vordergrund der Politik der Regierung vor einem Monat vor allem die Taktik, die nationalistische Verhetzung des Volkes voranzutreiben, indem man den Kärnnter Heimatdienst und den Abwehrkämpferbund unter Patronanz bürgerlicher Politiker Fahnen- und Denkmalweihen feiern ließ, so setzt jetzt, nachdem sich diese Taktik als wenig wirksam herausgestellt hat,wieder mehr die Zuckerbrotmethode ein, hinter der die offene Drohung oft nur wenig verborgen ist.

Setzte man damals die staatliche Ordnungsmacht (siehe St.Kanzian/Škocijan) mit aller Gewalt ein, so treten jetzt wieder mehr die Sonntagsreden in den Vordergrund.

Millionen will die Regierung springen lassen für Inserate, Postwurfsendungen und andere Werbung durch die Massenmedien, um die Minderheitenfeststellung zu propagieren. Diese Plakate, Artikeln und Sendungen sind in Deutsch, Slowenisch, Kroatisch und Ungarisch geplant. (!-)

Welche Töne man da hören und lesen wird, läßt die Erklärung der Kärntner SP, VP und FP, die vorige Woche veröffentlicht wurde, erkennen. In ihr heißt es: "*Das freie, geheime und gleiche Bekenntnisrecht zu einer bestimmten Gesellschaftsform, einer politischen Partei oder einer bestimmten Volks- und Sprachgruppe ist eine der großen Errungenschaften der Demokratie, also der Gesellschaftsform, in der die Menschen gleichberechtigt zusammenleben. Deshalb findet die bevorstehende Sprachenerhebung genauso geheim wie bei einem politischen Wahlgang statt. Niemand wird je erfahren können, welche Muttersprache eine bestimmte Person angegeben hat.*" (Wiener Zeitung vom 7.10.)

Das ist doch eine einzige Unverschämtheit! Wenn man als Minderheit Rechte besitzt, z.B. bei Gericht Slowenisch sprechen zu können oder eine zweisprachige Ausbildung zu erhalten, dann ist das keinesfalls ein "geheimes" Recht. Man spricht ganz einfach offen Slowenisch oder Kroatisch oder Ungarisch bei Behörden oder in der Schule. Von solchem Recht ist da aber keine Rede. Das "Recht" der Minderheiten bestünde darin, an einer Minderheitenfeststellung teilnehmen zu dürfen, die nebenbei gar nicht geheim

pagne« zur Sprachenzählung

ente der Regierung - dahinter terung der Minderheiten

sein muß, sondern - laut Gesetz - sein kann, und die einzig dazu eingeführt wurde, um in einer Atmosphäre von chauvinistischer Hetze die Minderheiten auf Null zu zählen.

Wie dieses Gesetz tatsächlich eingesetzt werden soll, zeigen nicht nur die Gendarmen, die an Veranstaltungen des Komitees gegen die Minderheitenfeststellung "teilnehmen", um sich aus den jeweiligen Ortsanwesenden den Slowenen zu notieren, (siehe nebenstehende Korrespondenz) sondern Kreisky selbst. Ganz offen droht er denjenigen, die das "Recht, sich frei zu bekennen" nicht benutzen wollen und den Boykott propagieren. So sagte er in einem Gespräch mit den Slowenenvertretern Zwitter und Grilc, daß sie ihre Volksgruppe "zu einem Verhalten auffordern, das dem Prinzip der Geheimhaltung widerspricht, weil das Einzige an der Sprachenerhebung, was nicht geheim bleiben könnte, eine Absenz davon wäre". (Wiener Zeitung, 2.10.)

Das heißt doch nichts anderes, als daß man sich diejenigen sehr gut merken werde, die nicht an der Zählung teilnehmen, sowie man jetzt die Teilnehmer an den Versammlungen notiert.

Geschwätzige Verdrehungen garniert mit Fragen von der Gleichberechtigung der Minderheiten, vom Volksgruppengesetz als einem international vorbildlichen Gesetz usw. kennzeichnen auch das schon herausgegebene Propagandamaterial der Regierung.

In einer Broschüre, die von der Regierung vor allem an "Meinungsmacher" und Funktionäre ausgesandt wird, zitiert man im Rahmen einer abgedruckten "Sendung des Bundeskanzlers" den Sektionschef a.D. Pahr. Nach den üblichen Phrasen heißt es, daß das Kroatische und Slowenische "zu echten Amtssprachen (werden) - soweit es unter gegebenen Umständen möglich ist". Nicht anders Kreisky im Text wenig später:"Die Volksgruppenbeiräte (die von den Slowenenorganisationen abgelehnt werden, Verf.) sind "ein Stück mehr Demokratie". Sie bieten die Gewähr (?!) dafür, daß die Volksgruppen immer wieder ihren Standpunkt geltend machen können und auch immer wieder die Chance haben, sich durchzusetzen mit der einen oder anderen Frage."

Die mühsame Argumentation der Regierung, die möglichst unkonkret bleibt, zeigt, daß sie es schwer hat, ihre reaktionäre Politik zu vertreten. Sie zeigt die in Wirklichkeit schwache Position, die sie gegenüber den deutsch- und slowenischsprachigen Teilen des Volkes hat, die gegen die chauvinistische Verhetzung, für die Rechte der Minderheiten eintreten. Die Drohungen, die sie von Zeit zu Zeit ausstößt, können an diesen Tatsachen nichts ändern.

V.W./F.N.(Redaktion)

Kreisky mobilisiert Gerichte gegen Slowenischen Pressedienst

Über ein Treffen Kreiskys mit Vertretern der "Österreichischen Widerstandsbewegung" hatte der slowenische Pressedienst "Naš tednik" berichtet: "Die Vertreter der 'Österreichischen Widerstandsbewegung' berichteten den Vertretern der beiden (slowenischen)Zentralorganisationen, daß der Regierungschef bei dieser Unterredung erklärt habe, solange er Bundeskanzler sei, werde es in Kärnten keine zweisprachigen Ortstafeln mehr geben."

Dieser Bericht war für Kreisky der Anlaß, "Naš tednik" mit einer Klage zu drohen: "Daran ist kein Wort war. Das ist eine Verleumdung von A bis Z. Ich werden gegen den "Nas tednik" gerichtliche Schritte unternehmen."

Eine bemerkenswerte Klage: Kreisky macht gegenüber den Slowenen eine Politik, die darauf hinausläuft, deren berechtigte Forderungen nach zweisprachigen Ortstafeln im gemischtsprachigen Gebiet nicht zu erfüllen. Solche soll es nach seinem Willen nur geben, wenn die geheime Sprachenzählung mindestens 25% Slowenen in den betreffenden Gebieten ermittelt hat. Diese Festlegung der Regierung Kreisky öffnet dem chauvinistischen Druck auf die Slowenen Tür und Tor, beraubt sie ihres Rechts auf zweisprachige Ortstafeln. Denn dort, wo es Slowenen gibt, soll es keine deutsch-slowenischen Ortstafeln geben. Das ist das eine.

Das andere ist, daß Kreisky von der Regierungsbank aus seine politischen Ziel nicht klar sagen möchte. Die österreichische Bevölkerung soll nicht merken, daß der erklärte Gegner der berechtigten Forderungen der Slowenen die Kreisky-Regierung ist, die mit dem Mittel des Chauvinismus Südkärnten befrieden will. Kreisky tut so, als ob die Regierung über den Streitparteien Slowenen und Chauvinisten stünde. So kann der Regierungschef einer reaktionären Politik, die sich die Spaltung und Beherrschung des ganzen österreichischen Volkes zum Ziel setzt, am besten nützen.

Die Indiskretion der Widerstandsbewegung zeigt, daß Kreisky recht gut weiß, was er mit seinen Gesetzen gegen die Minderheiten will: "solange er Bundeskanzler sei, werde es in Kärnten keine zweisprachigen Ortstafeln mehr geben."

Wieso aber will Kreisky die Slowenen klagen und nicht die indiskrete Widerstandsbewegung?

Weil es für eine chauvinistische Hetze besser ist, die Slowenen als "Kanzler-Verleumder" und "Lügner" hinzustellen. Wenn der Kreisky-Anwalt nur etwas taugt, dann kann er mit ein paar juristischen Tricks die Widerstandsbewegung aus dem Prozeß heraushalten. Es kann dann ein Prozeß abgezogen werden, wo nur Slowenen auftreten: als Beklagte - "Naš tednik"; als Zeugen - die Vertreter der Slowenenorganisationen. Und fertig ist die slowenische "Verschwörung" gegen den Kanzler Kreisky.

G.G.

Wir müssen aufpassen und uns nicht gegeneinander hetzen lassen

Eine Menschentraube umgab unseren Agitationsstand in Wien/Ottakring, auf dem wir darlegten, wiesehr die Hetze gegen die Slowenen, die die Bourgeoisie und ihre Handlanger in Regierung und Presse betreiben, dem österreichischen Volk schadet.

Nicht wenige ehrliche Menschen fallen auf die "Argumente" von Regierung und Presse herein und betätigen sich so selbst an der Hetze und glauben, "die Slowenen sind ja nur von Jugoslawien aufgehetzt". Bei unserem Stand konnten wir aber vielen zeigen, daß die Diskriminierung der Slowenen eine Tatsache ist und daß gerade die beiden Gesetze mit der Minderheitenfeststellung eine weitere Entrechtung bedeuten. So fanden es viele richtig, daß es unser aller Sache ist, für die Rechte der Minderheiten einzutreten und wir der Diskriminierung und Aufspaltung ein Ende setzen müssen. Viele Leute sahen ein, daß es gefährlich ist, die "Argumente" der Regierung bedenkenlos aufzunehmen. Bei der Durchführung ihrer Maßnahmen baut die Regierung ja gerade darauf, daß ihre chauvinistischen "Argumente" in der Bevölkerung verfangen. Ein alter Arbeiter antwortete richtig: "Wir müssen aufpassen und uns nicht gegeneinander aufhetzen lassen. Außerdem haben sie uns schon zweimal gegen andere Völker aufgehetzt und uns dann in den Krieg geschickt."

Je weniger die Werktätigen den Debatten um diese Frage ausweichen, desto entschlossener und klarer werden sie die Pläne der Bourgeoisie vereiteln können.

Zelle Ottakring/Wien



Agitation der Zelle Ottakring der Ortsgruppe Wien gegen die Minderheitenfeststellung und für die Rechte der Minderheiten.

NDP zur Minderheitenfeststellung

»Ein Geschenk des Himmels«

Am Freitag, dem 1.Oktober, gelang der neofaschistischen NDP in Salzburgeine Veranstaltung mit Norbert Burger zum Thema "Sondervolkszählung am 14.November" durchzuführen. Um das überhaupt über die Bühne zu bringen, noch dazu in einem Saal, der bereits vor zwei Jahren Schauplatz einer erbitterten Auseinandersetzung zwischen Anhängern des Kärntner Heimatdienstes und Gegnern einer Minderheitenfeststellung war, bedurfte es der ganzen Roßtäuscherei der Neofaschisten: ca. 4 Tage vor dem 1.Oktober wurden in der Stadt Plakate gesichtet, die eine Veranstaltung der NDP unter dem Titel "3.Oktober: Deutsche Schicksalswahl" ankündigten. Am Freitag, dem Veranstaltungstag, waren plötzlich einige dieser Plakate überklebt: "Minderheitenfeststellung - JA - zu Deutschösterreich". Die Neofaschisten hatten von Anfang an mit so starkem Widerstand gerechnet, daß sie es nicht wagten, ihre Veranstaltung offen anzukündigen. Großes Interesse bestand denn auch nicht an der Veranstaltung - das konnten die Mitglieder der Ortsgruppe, die vor dem Hotel Flugblätter verteilten, feststellen.

Im Referat Burgers wurde die altbekannte Leier der Deutschnationalisten gespielt, die Slowenen in Kärnten hätten eh alle Rechte und es gelte, gegen die Slowenisierung Kärntens zu kämpfen. Die brutale Deportation von ca. 300 slowenischsprachigen unterkärntner Familien zu Beginn der Nazi-Fremdherrschaft wurde als Art Erholungsurlaub dargestellt ("sie haben sich an der Adria vermehrt und kehrten wohlbehalten zurück") usw.

Besonderes Interesse verdienen jedoch die Äußerungen Burgers zur aktuellen Minderheitenpolitik der Regierung. Mit dem "Volksgruppengesetz" stimme er "vollinhaltlich" überein. Was Wunder bei einem Gesetz, das den Slowenen keine Rechte gibt, sie im Gegenteil weiter entrechtet, auf die Ausschaltung der slowenischen Zentralorganisationen abzielt und die reaktionäre Prozentdemokratie gesetzlich verankert.

Das "Gesetz zur Volkszählung besonderer Art" schließlich wurde euphorisch als "Geschenk des Himmels" bezeichnet. Tatsächlich gibt die Regierungspolitik erst den Boden ab, auf dem chauvinistische und nationalistische Hetze gedeihen können. Umgekehrt wird erst die bedingungslose Gleichberechtigung die Voraussetzungen schaffen für die Ausrottung aller nationalistischen Sumpfblüten.

So richtig blühen tun sie aber gegenwärtig nicht - diese Sumpfblüten. Dafür ist ein Indiz die Stärke ihrer Anhängerschaft, die die Veranstaltung besuchte: 17 Faschisten, gar nicht alle aus Salzburg, sondern auch aus Niederösterreich und Tirol, hatten sich eingefunden. Die Zahl derer, die für die Rechte der Minderheiten und gegen den Deutschnationalismus waren und mit ihren Ansichten auch nicht hinter dem Berg hielten, übertrafen sie jedenfalls. Einigen davon wird bestimmt die Bruderschaft zwischen SP-Regierungspolitik und Faschistenansichten mehr als bisher zu denken gegeben haben. Weiters war die Art der Vorbereitung der Veranstaltung der Faschisten sicher eine Lehre, künftig wachsamer gegenüber ihren Aktivitäten zu sein.

G.Z./Salzburg

Erklärung der KPÖ zur Minderheitenfeststellung:

Ein Vorschlag übelster Sorte

In einer kürzlich abgegebenen Erklärung hat die KPÖ ihre Mitglieder und Sympathisanten zu folgendem Verhalten für die Minderheitenfeststellung aufgefordert: "...durch Fernbleiben von den Urnen oder durch Abgabe ungültiger Fragebögen, durch den Boykott der Sprachenermittlung jeden Versuch einer Rechtfertigung der minderheitenfeindlichen Vorgangsweise abzulehnen!"

Das mußte, soweit nicht das gemischtsprachige Gebiet betroffen ist (für dort rufen die Minderheitenorganisationen zu einem ähnlichen Verhalten auf), verwundern. Denn in Wien z.B. ruft das hiesige Solidaritätskomitee dazu auf, sich als"Slowene" einzutragen und so gegen die Minderheitenfeststellung zu protestieren. In diesem Komitee sind die Revisionisten aber heute noch mit großem Einfluß vertreten.

Auch der Kommunistische Bund schlägt nicht dieselbe Boykottform vor wie das Komitee. Er ruft dazu auf, die Zettel durch die Aufschrift: "Für die Rechte der Minderheiten!" ungültig zu machen. Weil diese Losung genau den Beweggrund und das Ziel des Boykotts und des Kampfes überhaupt zum Ausdruck bringt. Es gibt dabei keine grundsätzlichen Differenzen zum Vorschlag des Komitees.

Welche Gründe bewegen aber die KPÖ zu ihrem besonderen Aufruf? Auf einer vom Solidaritätskomitee organisierten Sitzung verschiedener Organisationen nannte ein KPÖ-Vertreter, darauf angesprochen, folgende Gründe: Einmal sei der Vorschlag der KPÖ "breiter" angelegt; so gebe es Leute, die könne man nicht dazu bringen, sich als Slowene zu bekennen (wo sie doch Deutsche seien, nicht wahr!). Also einerseits wolle man gegen die Minderheitenfeststellung aufrufen, andererseits muß die KPÖ dabei Rücksicht auf chauvinistische Gefühle nehmen und sich's damit nicht verscherzen. Ein Kollege meinte, die KPÖ sei sich der konsequent anti-nationalistischen Einstellung ihres eigenen Anhangs nicht so sicher. Das ist schon sehr aufschlußreich für den heutigen Stand der revisionistischen KPÖ.

Weiters sagte der KPÖ-Vertreter, es würden sowieso sehr viele nicht an der Zählung teilnehmen, ohne Protestabsichten. Durch den schlauen Aufruf könne man ja nach der Zählung sagen, daß auch ein Teil dieser Uninteressierten dem Aufruf der KPÖ gefolgt wären, also ihr irgendwie zuzuzählen wären. Worum geht es diesen Leuten eigentlich? Einerseits rechnen sie nicht damit, daß sie viele Menschen für einen entschiedenen antinationalistischen Kampf gewinnen können und sie wollen es auch gar nicht. Der erwähnte KPÖ'ler verstieg sich gar zu der, auch den Absichten des Wiener Solidaritätskomitees entgegengesetzten Behauptung, die Minderheitenfeststellung könne sowieso nicht zu einem Protest gegen die Politik der Regierung ausgenutzt werden, das sei eine Illusion. Andererseits will die KPÖ aber wohl bei dieser Gelegenheit ihr eigenes, rein für ihre miesen Parteiziele zu nutzendes Süppchen kochen - und das mit geborgten Stimmen!

W.R./ Wien

Kreisky klagt Profil wegen Karikatur

Bundeskanzler Kreisky hat das Nachrichtenmagazin "Profil" wegen nebenstehender Karikatur geklagt. Kreisky beanstandete, daß die Karikatur offensichtlich unterstelle, die Minderheitenpolitik der letzten Jahre sei von nationalsozialistischen Intentionen geprägt gewesen. Bemerkenswert an dieser Klage ist, daß sich Kreisky nicht vielleicht beschwert, daß er eben gemeinsam mit Taus und Peter die Slowenen zu Boden geschlagen hat, sondern daß er das mit "nationalsozialistischer Intention" gemacht habe. Der Ringrichter wurmt ihn.

Dabei kann das Kreisky, bei der Umgebung in der er sich in seiner Regierung befindet, doch gar nicht kränken. Minister Freihsler und Öllinger mußten frühzeitig gehen,als ihre Nazivergangenheit bekannt wurde. Bautenminister Moser und Innenminister Roesch sind aber noch immer in der Regierung. Roesch war nach dem Krieg wegen neonazistischer Betätigung angeklagt.

Grund hatte Kreisky aber auf jeden Fall, um unzufrieden zu sein: Sein Wunschtraum ist es sicher nicht allein die Slowenen niederzuschlagen. Hätte man neben dem niedergeschlagenen Slowenen auch noch einen niedergeschlagenen deutschsprachigen Österreicher abgebildet, wäre Kreisky vielleicht zufrieden gewesen. Denn was er will, ist das gesamte österreichische Volk niederzuhalten ohne Ansehen der Sprache.

F.N.



Die Politiker sind der Bourgeoisie ihr Geld wert

Vor kurzer Zeit deckten ÖVP-Politiker und ihnen nahestehende Zeitungen auf, daß die SP-Regierung seit ihrem Antritt im Jahre 1971 zuallermindest 130 Millionen Schilling an "Repräsentationsspesen" verjubelt hat, oder von ihren Freunden, Partner und Auftraggebern verjubeln hat lassen.

Daraufhin erinnerte Kreiksy die Zeitungen, die den "Steuerspesenskandal" aufgedeckt hatten, daran zu denken, daß auch sie über die Presseförderung kräftig an den Steuern mitnaschen.

Den ÖVP-Politikern legte er in einer Parlamentsdebatte ans Herz, doch nicht die Suppe zu versalzen und lieber daran zu denken, daß auch die ÖVP eines Tages wieder am Regierungsfuttertrog stehen könnte.

Schließlich wandte er sich wütend gegen "kleinkarierte Spießbürger", die statt die Leistungen der Regierung zu würdigen, jeden Schilling nachkontrollierten. Dieser Angriff richtete sich jedoch nicht gegen die ÖVP-Politiker und Journalisten, die nachdem ihr Spektakel abgelaufen war, schon dazu übergegangen waren, den Spesenverbrauch der Regierung in einem viel abgeklärteren Licht zu sehen und nun vor allem betonten, daß sie niemals der Regierung das Recht auf ein angemessenes Klimpergeld abgesprochen hätten, sondern daß es ihnen einzig und allein um den Geist der Sparsamkeit gegangen sei.

Kreiskys Sparapell war ein Schlag ins Wasser

Der Vorwurf der Kleinkariertheit richtet sich in Wahrheit an die Masse der Arbeiter und Angestellten, denen Kreisky, um den wachsenden Unmut über immer neue Preis-, Tarif- und Steuererhöhungen abzufangen, noch vor kurzem von der Schalaburg aus erklärt hatte, die Regierung werde jetzt auch "da einen Zwanziger und dort einen Fünfziger" sparen müssen und bei denen der Spesenskandal und die Regierungsheuchelei tiefe Empörung ausgelöst hat. Diese Menschen müssen nämlich um überhaupt leben zu können ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen und beziehen dafür ihr Leben lang höchstens einen so "kleinkarierten" Lohn, daß sie tatsächlich stets "jeden Schilling nachkontrollieren" müssen.

Für all diese Menschen hat der Steuerspesenskandal neben dem Parlamentsspektakel eine viel wichtigere Seite. Zwischen ihnen und den privilegierten Politikern ist eine unüberbrückbare Kluft sichtbar geworden. Vielen von ihnen ist wieder zu Bewußtsein gekommen, daß ihnen mit den Politikern und hohen Beamten eine ganze Bande von blutsaugenden Parasiten am Hals sitzt und sie fragen sich nun, ob das so sein muß.

Tatsächlich ist die Verfügung über die Unsummen an Spesengeld, die die Regierung in den letzten Jahren verpraßt hat, nur ein Teil der für einen einfachen Lohnabhängigen gar nicht mehr abschätzbaren Reihe von Privilegien, die sie genießt.

Dazu zählen in erster Linie Jahresbezüge, die schon die Millionengrenze überschritten haben, Wohnungsbeihilfen in der Höhe von 10.000,-S, das Recht schon nach vier Dienstjahren auf eine Pension in der Höhe von 48 - 80% ihres letzten Bezuges und vor allem eine unüberblickbare Anzahl bestdotierter Aufsichtsrat- oder anderer Managerposten in der Verstaatlichten- oder Privatindustrie. Ihre Lebensbedingungen haben nichts mit denen der Masse ihrer Wähler gemein, sondern gleichen denen der Kapitalisten, die ihren luxeriösen Lebenswandel aus dem Ertrag der rücksichtslosesten Ausbeutung von Millionen österreichischer Arbeiter bestreiten.

Die Politiker sind die Geschäftsführer der Bourgeoisie!

Die Voraussetzung dafür, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in der eine Handvoll Kapitalisten Millionen Arbeiter ausbeuten, bestehen kann, ist die Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, das die Grundlage der Macht ist, die die Kapitalistenklasse besitzt. Dieses Privateigentum an den Produktionsmitteln wird gegen die breitesten Schichten der werktätigen Volksmassen aufrechterhalten und hat für sie seit jeher nichts anderes bedeutet, als Ausbeutung, Ausplünderung, Elend und Unterjochung.

Für die Durchführung der Politik gegen die Arbeiterklasse und das Volk hat sich die Bourgeoisie einen Staatsapparat geschaffen, dessen hauptsächliche Aufgabe die politische Entrechtung und Unterdrückung der nach sozialer Befreiung strebenden Arbeiterklasse und der gesamten Volksmassen ist.

Die Kapitalisten können aber die Tätigkeit des bürgerlichen Staatsapparates alleine nicht organisiern und durchführen. Sie haben sich daher mit den Politikern und hohen Beamten ein ganzes Heer von Elementen herangezogen, die imstande und willens sind, von ihnen bestochen und ausgehalten diese Geschäfte zu besorgen. Geschäfte,

- die etwa darin bestehen, den "sozialgesetzlichen" Rahmen für die Steigerung der Ausbeutung zu schaffen,
- die etwa darin bestehen, die Massensteuerschraube immer stärker anzudrehen, um mehr Kapital für die Subventionierung der Kapitalisten bereitszustellen,
- die etwa darin bestehen, Schulen zu organisieren, in denen das Volk dazu erzogen wird, widerstandslos das Joch der kapitalistischen Ausbeutung auf sich zu nehmen,
- die etwa darin bestehen, selbständige Bewegungen, die sich gegen die politische Bevormundung, Gängelung und Unterdrückung des Volkes durch den bürgerlichen Staat richten, wie zum Beispiel die Arena-Bewegung, zu zerschlagen.

Wie sollte es nicht so sein, daß die bürgerlichen Politiker die Lebensgewohnheiten der Klasse annehmen, die sie aushält und deren Geschäfte sie führen? Besteht doch ein nicht unwesentlicher Teil ihrer Tätigkeit gerade darin, in prunkvoll ausgestatteten Regierungspalästen oder Nobeletablissements wie dem "Sacher" oder "Gerstner" bei rauschenden Empfängen oder "schlichten Arbeitsessen" mit den Vertretern der Kapitalistenklasse zu konferieren, von

Fortsetzung nächste Seite

Was den Politikern wieviel wert ist:

Kreisky	gab für "Arbeitsessen" 60.000,- aus, 400.000,- für sonstige Bewirtungen und 370.000,- für "Pokale"
Androsch	hatte 245.000,- "persönliche Ausgaben", 133.000,- rechnete er unter der Bezeichnung "kleine Ausgaben" für "Weine, Blumen, Kaffee, -risky und Bonbon-ieren" ab
Broda	gab insgesamt 1,3 Millionen aus, darunter 45.000 für "Konsumation im Parlament"
Staribacher	verbrauchte für "Bewirtung und Rauchwaren bei Sitzungen im Hause" 106.000,-
Lanc	verrechnete für "Arbeitsessen" 222.000,-

Die hier angeführten Ausgaben beziehen sich allein auf das Jahr 1974 und stellen nur einen kleinen Teil der vom Rechnungshof ausgewiesenen Summen dar

Slowenischer Kulturabend in Innsbruck

Am 2.10. veranstaltete der Slowenische Kulturverein im Innsbrucker Raiffeisensaal einen Kulturabend mit Musik, Gesang und Volkstanz. Zwischen den einzelnen Darbietungen hielt ein Sprecher der Slowenen Kurzreferate über die Situation im gemischtsprachigen Gebiet Südkärntens und über die Forderungen der Slowenenorganisationen nach Verwirklichung der Sprachenrechte für die Minderheiten.

In einem Gespräch mit dem Leiter des Kulturvereins erklärte dieser, daß er in der Veranstaltung ein Mittel sehe, dem Tiroler Publikum die Lage der Minderheiten näherzubringen - um es für ihre Forderungen zu gewinnen.

Zur Veranstaltung waren 35 Teilnehmer erschienen. Im Anschluß an die vielbeklatschten Darbietungen sprach ein Vertreter des KB Österreichs über die konkreten Rechte, die die Minderheiten brauchen, und über die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse im Kampf darum.

Die Versammelten verabschiedeten eine Resolution gegen die Regierungspolitik und für die Rechte der Minderheiten, die den Slowenenorganisationen übersandt wurde.

Nach einem Bericht von WU/ Ortsgruppe Innsbruck

Verherrlichung des »Abwehrkampfes« in Kärntner Schulen

Ein Teil der Hetze gegen die Minderheiten in Kärnten ist die Verherrlichung des "Kärntner Abwehrkampfes". Ein Beispiel: Jedes Kind muß in der Schule das "Kärntner Heimatlied" lernen. Die vierte Strophe heißt:

"Wo Mannesmut und Frauentreu
Die Heimat sich erstritt aufs Neu,
Wo man mit Blut die Grenze schrieb
Und frei in Not und Tod verblieb;
Hell jubelnd klingts zur Bergeswand:
Das ist mein herrlich Heimatland! "

So werden die imperialistischen Raufereien in Südkärnten nach Ende des 1. Weltkrieges als "Kampf um die Freiheit" ausgegeben. Tatsächlich war nur die Freiheit der österreichischen Kapitalisten, die Arbeiter in Kärnten weiter auszubeuten, erkämpft worden - und die Kinder der Slowenen, die sich statt Freiheit besondere Rechtlosigkeit als Minderheit eingehandelt haben, müssen solche chauvinistischen Lieder noch dazu bei allen möglichen Anlässen in der Schule singen. Das das geschieht, dafür wird schon gesorgt.

Ein Musiklehrer, der sich weigerte, diese Strophe des Liedes den Kindern beizubringen, und ihnen dessen nationalistischen Charakter erklärte, wurde von der Schulbehörde gemaßregelt.

Bericht von einer »SPÖ hält Wort«-Veranstaltung

Im Amtshaus-Neubau im 4.Bezirk gibt es einen Festsaal, ungefähr so wie ein Gemeindebaukabinett, nur größer. Am 23.9. sitzt dort Hannes Androsch auf dem Podium, wo gewöhnlich Klavierspieler oder Zauberer vor Pensionisten auftreten. Hinter ihm ein knalliges Transparent : SPÖ GIBT RECHENSCHAFT.

Im Saal: ca.140 Leute, großteils über 50, viele Frauen. Androschs "Rechenschaftsbericht" ist kurz, dafür nichtssagend.Er plaudert einfach locker daher: daß wir alle den Gürtel enger schnallen müßten, wie schon sein Freund Benya gesagt habe, daß er der Arbeitslosigkeit besonderes Augenmerk schenke, weil man von Arbeitslosen keine Loyalität erwarten könne und die Arbeitslosigkeit in Zukunft zum Terroristenproblem werden könne.

Androsch wirkt wie ein müder Conferencier, der für seinen Schmäh nicht einmal mehr einen Stichwortzettel braucht.

Die ersten Fragen sind finanz(amt)technischer Natur. Ein alter Mann zeigt auf, daß zwar die Lohnsteuer prozentuell immer steigt, die Absetzbeträge aber immer hinten nach hinken. Wann immer jemand sich über die Geldentwertung aufregt, daß man sich nicht mehr das leisten kann wie voriges Jahr, ist gerade, unter geschickter Regie des die Diskussion leitenden Bezirksparteiobmannes der SPÖ, das Mikrophon nicht dort.

Ein Gärtner arbeitet heraus, daß, wenn die Inflation über 8% beträgt, die Bruttolohnerhöhung aber nur 7,5% - man eigentlich draufzahlt.

Androschs elegante Antwort: Naja, wir Österreicher sind eben ein Volk von Lebenskünstlern. Wir verdienen zwar immer weniger, aber die Zahl der Autos und Fernseher steigt ständig. (Androschs eigener Beitrag zur Konjunktur waren freilich zwei sündteure Mercedes auf Staatskosten und eine 10-Millionen-Villa privat).

Dadurch, daß er jeden Frager sofort nach seinen persönlichen Verhältnissen ausfragt, worauf niemand gerne vor 140 Zuhörern antwortet, hält sich Androsch alle lästigen Frager vom Leib. Der Gärtner jedenfalls geht.

Der letzte Teil der Diskussion geht über die Scalagründe. Das Argument der SPÖ gegen einen Park anstelle eines Wohnbaues, ist die Belästigung durch Hunde, die im Park überall ihre Häufchen machen würden. Stolz erklärt der Diskussionsleiter: "Gnädige Frau, ich sags Ihnen ganz offen, und dazu steh ich auch als Bezirksobmann der Partei: Uns sind die Menschen wichtiger als die Hunde!"

Angesichts der Situation, daß es im 4.Bezirk kaum öffentlich zugänglichen Parks gibt, ist so ein Ausspruch eine glatte Frotzelei.

H.H.



Ein "Arbeitsessen" der Regierung wird vorbereitet

Fortsetzung von Seite 7

Die Politiker sind der Bourgeoisie ihr Geld wert

ihnen Aufträge entgegenzunehmen oder mit ihnen neue Geschäfte zu planen.

Die parasitäre Politikerbande wird zur Rechenschaft gezogen werden!

In seinem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung wird das österreichische Volk den bürgerlichen Staatsapparat zerschmettern und ein Staatswesen errichten, das die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft verwirklichen und frei sein wird von jeglicher Art korrupten und schmarotzerischen Gesindels. Seine Volksvertreter werden

- vom Volk mit klarem Auftrag gewählt
- dem Volk verantwortlich und jederzeit abwählbar sein und
- in der Höhe eines durchschnittlichen Facharbeiterlohns bezahlt sein, damit sie sich nicht der Lebensweise des Volkes entfremden können.

Der Kampf um diese Forderungen, die der Kommunistische Bund Österreichs in seinem Programm erhebt, wird vielen Menschen über den Charakter der bürgerlichen Politiker die Augen öffnen und dazu beitragen, daß sie sich fester gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen und die parasitäre Politikerbande zur Rechenschaft ziehen werden.

G.F.

Repräsentationskosten steigen immer mehr

1967	Die Spesen steigen von 8,2 auf 12,4 Millionen Schilling. Klaus überzieht von 2,2 Mio auf 5,3 Mio um 150 %
1968	Die Klaus-Regierung macht für alle Minister zusätzliche 100.000,- S jährlich flüssig - ausgenommen bleibt nur der Handelsminister - der bekommt 500.000,-
1971	Finanzminister Androsch überzieht sein Spesenkonto um 500%
1972	Finanzminister Androsch überzieht um 300%. Die gesamten Regierungsspesen betragen bereits 17 Mio S. Ein Beschluß billigt den Ministerien statt der zusätzlichen 100.00,- nun 150.000,- jährlich zu.
1973	Auch in diesem Jahr wird das Spesenlimit weiter hinaufgesetzt. Androsch erhält 900.000,- und die gesamten Regierungsspesen erreichen fast schon die 20 Millionen-Marke.
1974	Die Regierungsspesen betragen 23,8 Mio, Kreisky gibt statt der bewilligten 3,5 Mio insgesamt 5,7 Mio, das sind 65% mehr aus. Die Landesregierungen verbrauchen insgesamt 33,7 Millionen, davon Gratz und sein Stadtsenat allein 17,7.
1975	Die Regierungsspesen betragen bereits über 24 Mio
1976	Der Voranschlag spricht von 28,8 Mio, davon gehören Kreisky 3.7 Der Voranschlag der Landesregierungen beläuft sich auf 36 Mio.

Die Tabelle ist teilweise unvollständig, da eine genaue Dokumentation der Ausgaben in der Öffentlichkeit nicht existiert.

Atomkraftwerke: zerstört

Am Donnerstag, den 14. Oktober 1976 finden im Audi-Max der Technischen Universität Wien um 18,30 Uhr die erste "Aufklärungs"-Veranstaltung der Regierung über Atomkraftwerke statt.

Im ersten Teil des abgedruckten Artikels zeigten wir, was von dieser "Aufklärung" zu halten ist. Die Feststellung Kreiskys, daß das AKW-Zwentendorf auf alle Fälle in Betrieb genommen wird, weil bereits soviel Kapital investiert worden ist, beweist uns ganz klar, dass ausschließlich von den Interessen des Kapitals ausgegangen werden soll.

Weiters beschäftigten wir uns mit den vielgepriesenen "Sicherheitsvorkehrungen" und zeigten am Beispiel der Umweltverschmutzung im Raum Linz, wie mit solchen Vorkehrungen umgesprungen wird, wenn sie den Interessen nach maximalem Profit im Wege stehen. Red.

Der Widerstand breiter Teile des Volks gegen die geplanten Atomkraftwerke und gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf hat in den letzten Monaten stark zugenommen. Die Regierung wird nun zu beweisen versuchen, daß die Atomkraftwerke unerläßlich sind, damit die Produktion "floriert" und Kapital flott akkumuliert werden kann.

Gegen diese Versuche kann nur dann erfolgreich ein Kampf geführt werden, wenn man zeigt, dass nicht irgendeine teufliche Technik, sondern der Kapitalismus notwendig zur Zerstörung der Umweltbedingungen des Menschen führt.

Der Kapitalismus ist es auch der bewirkt, daß die Kernkraftwerke - als wichtiger Teil der kapitalistischen Industrialisierungen - zur beschleunigten Landflucht, zur Ausbreitung des "Pendelns" führt. Mit diesen sozialen Folgen, die bisher zu wenig beachtet wurden, beschäftigt sich der zweite Teil des Artikels:

Atomkraftwerke werden "aus wirtschaftlichen Gründen möglichst nahe an Verbraucherzentren gebaut, um die Netzverluste gering zu halten " (profil 2/74), also hinein in die Ballungszentren wie den Großraum Wien oder Linz. Dort ziehen sie aus denselben Kosten- und Profiterwägungen weitere Industrieansiedlungen nach sich. So soll das KKW St. Pantaleon die Energie liefern für die in der Industriezone Linz-Enns im Bau befindliche Erweiterung der Chemie-Linz, das fertige Tanklager Enns, eine Raffinerie und eine Erweiterung der Vöest, um nur

Die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte die Lebensbedingungen des Volkes

2. Teil Fortsetzung von Nr.3/76

die größten Brocken zu nennen. "7o.ooo neue Arbeitsplätze" soll diese Industrieachse schaffen, tönen Landesregierung und Arbeiterkammer in einhelliger Begeisterung. In welch gewaltigem Umfang die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Land- und Forstwirtschaft und der Ruin der kleinen Gewerbetreibenden vorangetrieben wird, wird nicht gesagt.

Das Beispiel: Industrieballungszentrum Linz. Die Folgen, die das Industriezentrum um St. Pantaleon haben würde, zeigt die Entwicklung um Linz selber: Bereits 1971 waren auf 12 der 445 oberösterreichischen Gemeinden 5o % aller Arbeitsplätze konzentriert. Diese Konzentration hat sich in den Jahren der Hochkonjunktur weiter verstärkt, wobei zwischen 197o und 1975 nahezu die Hälfte des Zuwachses von 5o.ooo unselbständig Erwerbstätigen auf Linz entfiel.

Die Folgen dieser Entwicklung sind riesige Pendlerströme: So pendelten 1971 in OÖ. 156.000 Menschen zur Arbeit, davon 11.000 mit über einer Stunde Fahrzeit. Nach Linz allein 53.000, davon 7.5oo mit über einer Stunde Fahrzeit (Österr. Statistisches Zentralamt). Die kilometerlangen Blechkolonnen, die sich täglich von und nach Linz bewegen, sind ein augenfälliger Ausdruck davon. Andererseits wechseln die Pendler auch den Wohnort und ziehen in die Ballungsgebiete. Von 1971 bis 1981 wird die Wohnbevölkerung in Linz-Land um 11,6 %, in Urfahr-Umgebung um 13,4 % zunehmen, hingegen im Bezirk Freistadt um 2,2 % und im Bezirk Rohrbach um 5,2 % abnehmen (Österr. Raumordnungskonferenz). So werden einerseits ganze Landstriche entvölkert, andererseits in den Städten die Wohnungsnot und das Elend der Entwurzelten in den Wohnsilos am Stadtrand verschärft.

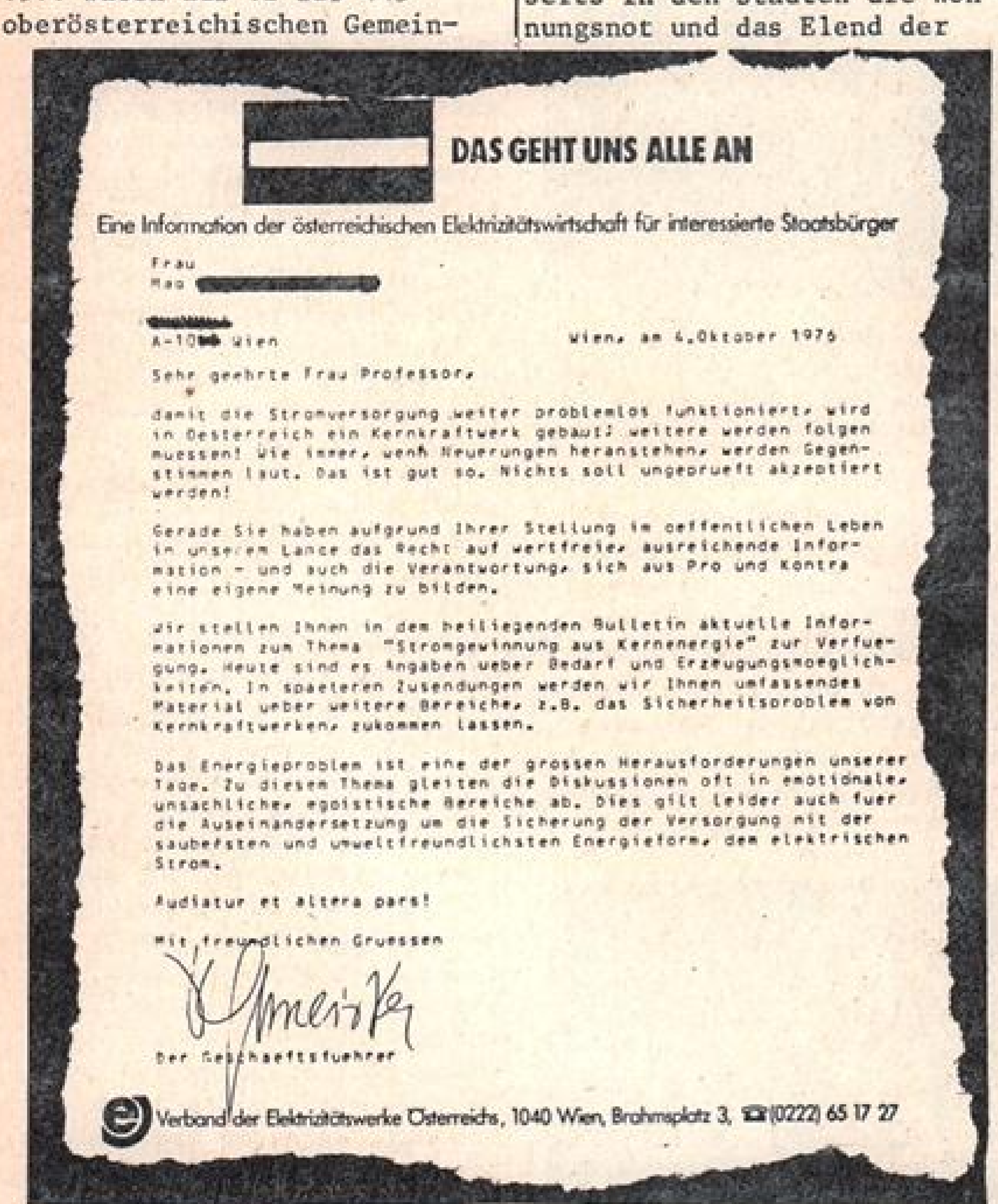
Die Planlosigkeit der Profitwirtschaft entwickelt Stadt und Land ungleich und zieht damit eine gewaltige Verschärfung des sozialen Elends nach sich. So notwenig es ist, daß die Vergesellschaftung der Produktion fortschreitet, so gewalttätig und ruinös geht dieser Prozeß im Kapitalismus - unter dem Diktat des Privateigentums an den Produktionsmitteln - vor sich.

Die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus ist dem Profitinteresse unterworfen und gerade dadurch in Fesseln geschlagen, in Fesseln für die Entwicklung einer menschenwürdigen Gesellschaft. Daß immer mehr Menschen gerade anhand der Frage der Atomkraftwerke dieser Sachverhalt offensichtlich wird, ist eine Aufgabe der Kommunisten.

Die Regierung will gemeinsam mit den Kernkraftwerkkapitalisten beweisen, daß der Bau von Kernkraftwerken unumgänglich ist, was auch immer dagegen zu sagen ist. Was die Regierung damit sagt ist, daß für den Kapitalismus die Zerstörung der Lebensbedingungen unumgänglich ist.

Das Volk, das gegen diese Zerstörung ist, muß den Spieß umdrehen: Wenn das im Kapitalismus notwendig ist, dann können wir uns eben nicht damit begnügen, den Bau und die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken zu bekämpfen, dann muß dieser Kampf fortgesetzt werden bis zur restlosen Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

P.K./Red



DAS GEHT UNS ALLE AN

Eine Information der österreichischen Elektrizitätswirtschaft für interessierte Staatsbürger

Frau
Mag [illegible]

[illegible]
A-10[illegible] Wien

Wien, am 4.Oktober 1976

Sehr geehrte Frau Professor,

damit die Stromversorgung weiter problemlos funktioniert, wird in Oesterreich ein Kernkraftwerk gebaut; weitere werden folgen muessen! Wie immer, wenn Neuerungen heranstehen, werden Gegenstimmen laut. Das ist gut so. Nichts soll ungeprueft akzeptiert werden!

Gerade Sie haben aufgrund Ihrer Stellung im oeffentlichen Leben in unserem Lande das Recht auf wertfreie, ausreichende Information - und auch die Verantwortung, sich aus Pro und Kontra eine eigene Meinung zu bilden.

Wir stellen Ihnen in dem beiliegenden Bulletin aktuelle Informationen zum Thema "Stromgewinnung aus Kernenergie" zur Verfuegung. Heute sind es Angaben ueber Bedarf und Erzeugungsmoeglichkeiten. In spaeteren Zusendungen werden wir Ihnen umfassendes Material ueber weitere Bereiche, z.B. das Sicherheitsproblem von Kernkraftwerken, zukommen lassen.

Das Energieproblem ist eine der grossen Herausforderungen unserer Tage. Zu diesem Thema gleiten die Diskussionen oft in emotionale, unsachliche, egoistische Bereiche ab. Dies gilt leider auch fuer die Auseinandersetzung um die Sicherung der Versorgung mit der saubersten und umweltfreundlichsten Energieform, dem elektrischen Strom.

Audiatur et altera pars!

Mit freundlichen Gruessen

Der Geschaeftsfuehrer

Verband der Elektrizitätswerke Österreichs, 1040 Wien, Brahmsplatz 3, ☎ (0222) 65 17 27

Diesen Brief sandte der Verband der Elektrizitätswerke Österreichs an Wiener Lehrer. Das beigelegte "Bulletin", das noch mehrere Fortsetzungen haben soll, behauptet in der ersten Nummer, daß der steigende Energiebedarf für den Bau von Kernkraftwerken unumgänglich notwendig sei.

KPÖ in einer Front mit Bundesregierung und Industrie

Der KPÖ-Gemeinderat von Zwentendorf und Landessekretär der KPÖ Niederösterreich, Loistl, tritt in einem kürzlich veröffentlichten Zeitungsinterview für die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf ein.

Die KPÖ-"Argumente" gleichen denen der KKW-Betreiber aufs Haar: "Wir (die KP-Fraktion im Zwentendorfer Gemeinderat; Anm. d. Verf.) haben uns bei der ersten Debatte, die wir im Gemeinderat führten, für den Bau ausgesprochen, und wir sehen keinerlei Veranlassung, uns heute davon zu distanzieren. Damals wie heute war uns klar, daß wir damit eine Verantwortung auf uns laden, und daß der Bau eines Kernkraftwerks auch ein Risiko in sich birgt. Aber Fortschritt ist immer mit Risiko verbunden".

Das Risiko "beschränkt" sich für die KPÖ auf die durchaus zugegebene Unfallgefahr. Dazu heißt es, "..daß die in der Umgebung eines solchen Kraftwerkes lebenden Menschen schon lange vorher bis ins Detail über all das aufgeklärt werden müssen, was für sie unter Umständen entscheidend werden kann. Vor allem muß jeder einzelne wissen, was in einem leider nicht hundertprozentig auszuschließenden Unglücksfall zu geschehen hat, was er selbst sofort zu tun hat." Damit wird nicht nur der Eindruck zu erwecken versucht, so ein "Unglücksfall" würde sich in den Dimensionen eines Verkehrsunfalles abspielen, sondern es wird auch Vertrauen in die bürgerlichen Politiker und ihre Sicherheitsvorkehrungen gepredigt, wenn die Politiker halt auch mehr aufklären sollten.

Die vorprogrammierte landesweite Propagandekampagne der Regierung für die Kernkraftwerke wird von der KPÖ begrüßt, allerdings schlägt sie vor, sie durch "unbedingt notwendige örtliche Information über die bestehenden Alarm- und Sicherheitspläne" zu ergänzen. Solange diese "Information" fehle, würden "...längst widerlegte Argumente gegen Kernkraftwerke doch offene Ohren finden und vor allem unter der Bevölkerung in der Umgebung solcher Kraftwerke Beunruhigung auslösen."

(Alle Zitate aus: Wiener Neustädter Nachrichten, 17.9. 1976) R.Sch.

SPÖ macht »Anti-ARENA-Schulung«

Bei der SPÖ wird zur Zeit eine Schulung für Funktionäre, im speziellen für Funktionäre der Jugendorganisationen (Sozialistische Jugend, Junge Generation) abgehalten, damit diese richtig geschult sind, um den Arenasympathisanten entgegenzutreten. Im besonderen wurde darauf eingegangen, wieso die Arenabesetzung illegal, kriminell und nichts Gutes ist. Illegal, weil es um Eigentum der Gemeinde geht, kriminell wegen "Sandlern" und "Rauschgift" und schlecht offensichtlich weil die SP keinen Einfluß hat und so nicht über die Möglichkeit verfügt, die Bewegung zu gängeln und unter ihre Kontrolle zu bekommen.

(aus einem Gespräch mit einem SJ-ler) S.S.

Ortsgruppe Wien
Zelle Ottakring

Besetzung der Arena - St.Marx abgebrochen:

Verhindern wir, daß es nun im Nachhinein zu faulen Kompromissen mit der Ge

Am Mittwoch, den 6.10. abends beschloß das Plenum der Arena, das an diesem Tag rund 500 Personen umfaßte, das Gelände zu räumen und damit die Besetzung abzubrechen. In einer Situation, in der aufgrund der Verwirrungs- und Spaltungsarbeit der Gemeinde die Bewegung geschwächt war trugen Verleumdungen der bürgerlichen Massenmedien, ständige Provokationen durch die Polizei und das Abdrehen von Strom, Wasser und Telefon dazu bei, daß die Besetzung nicht weiter aufrechtzuerhalten war. Zuvor, am Nachmittag desselben Tages, demonstrierten etwa 2500 Personen in der Wiener Innenstadt für die Forderungen der Arenabewegung:

Ein selbstverwaltetes Kultur-, Jugend- und Kommunikationszentrum auf dem Gelände des ehemaligen Auslandsschlachthofes St.Marx, das von der Gemeinde finanziert werden soll.

Die Demonstration, die sich in einem beeindruckend langen Zug durch die Innenstadt zum Schottentor bewegte, hat eines klargemacht : Der Kampf um selbstverwaltete Kultur- und Jugendzentren hat mit der mehr als vierteljährigen Besetzung des Schlachthofes, mit der Arenabewegung einen gewaltigen Aufschwung durchgemacht. Die Besetzung hat für einen grossen Teil der österreichischen und insbesondere der Wiener Bevölkerung den Beweis erbracht, daß die Interessen der Bevölkerung nur unabhängig von der Gängelung und Einflußnahme der Gemeinde und des Staates und nur gegen sie durchgesetzt werden können. Nicht zufällig galt der Kampf der Gemeinde gerade der Forderung nach Selbstverwaltung, die die Besetzer bereits in der ersten Nacht aufgestellt hatten. Schon in der Wahl des Ortes mußte die Gemeinde Wien die Selbstverwaltung verhindern : Die Interessen des Textilkapitalisten Böhm standen im Widerspruch zu den von mehr als 70.000 Wienern unterschriebenen Forderungen der Besetzer. Er will auf dem Arenagelände ein Textilgroßhandelszentrum errichten, das seinen Umsatz von 1,2 auf 3,5 Milliarden Schilling steigern soll. Kapitalisteninteresse gegen den Willen breiter Teile der Wiener Bevölkerung - so stand die Front, und die Gemeinde Wien bewies lehrstückhaft, welchen Herren sie dient: den Kapitalisten.

Durch die "Bereitschaft" über Alternativgelände zu verhandeln, gelang es der Gemeinde in einem gewissen Maß die Aufmerksamkeit der Arenabewegung von den vier Forderungen abzulenken und sie zu verwirren, was im Kampf um die Durchsetzung der Arenaziele einen Tempoverlust mit sich brachte. Die Gemeinde fühlte sich stark genug, um ohne viel Federlesens einen Beschluß zum Verkauf des Schlachthofes an die WIBAG (Wr.Betriebsansiedlungsgesellschaft m.b.H.) im Gemeinderat durchzuboxen. Der Verkauf wurde am 27.9. beschlossen. Vorbereitet und begleitet wurde diese Entscheidung mit der Einleitung einer Lügen- und Diffamierungskampagne in den bürgerlichen Massenmedien, die die gerechten Ziele der Besetzer in der Öffentlichkeit verunglimpfen sollte. So wurde z.B. ein völlig willkürlicher und durch nichts begründeter Großeinsatz der Polizei auf dem Arenagelände, bei dem mehrere unbeteiligte Personen durch Polizisten verprügelt und festgenommen worden waren, in den Massenmedien zu einer Schlacht von Kriminellen gegen die Polizei herumgebogen. Am 29.9. veranlaßte die Gemeinde, daß der Arena Strom, Wasser und Telefon abgesperrt wurden, wobei es nötig war, daß die umliegenden Wohnbezirke und zwei Fabriken vom Stromnetz abgetrennt wurden und Notstromaggregate aufgestellt werden mußten: Um der Arena zu schaden, wurde von der Gemeinde an einem Tag das Vielfache dessen ausgegeben, was sie in einem Vierteljahr an Energiekosten für die Arena bezahlt hatte.

All diese Gewaltakte der Gemeinde Wien und ihrer Polizei , die Lügen ihrer Schreiberlinge schufen eine Situation, in der die Besetzung nicht länger aufrecht erhalten werden konnte. Zu wenig Leute führten die Besetzung vormittags und in der Nacht weiter, zu wenige verhinderten die Zerstörung des Geländes durch eine Handvoll Radaubrüder. Das Plenum der Arena beschloß deshalb Mittwoch abends, die Besetzung mit einer großen Veranstaltung am Wochenende abzubrechen. Die Abschlußveranstaltung am Samstag, 9.10.1976 gestalteten die Besetzer und rund 1000 Besucher zu einer starken Manifestation des Willens, den Kampf um die grundlegenden Ziele der Arena weiterzuführen. Daß die Gemeinde dieses Mal noch am längeren Ast gesessen war, war für die Anwesenden ein Grund zu überlegen, wie die Kräfte neu gesammelt werden und sich in einer neuerlichen Bewegung um ein selbstverwaltetes Kultur- und Jugendzentrum Durchbruch verschaffen können.



"Weil die Arena leben muß, weg mit dem Gemeinderatsbeschluß!", war die am häufigsten gerufene Parole der Arenademonstration am 6.10.76. 2500 Teilnehmer demonstrierten für die Arenaforderungen.Nach der Demonstration nahm ein großer Teil der Demonstranten an einem Plenum in der Arena-St.Marx teil.



An die 1000 Jugendliche kamen am 9.10.76 zum Abschlußfest in die Arena.Unser Bild zeigt das im Anschluß an das Fest abgehaltene letzte Plenum, auf dem der Beschluß über den Abbruch der Arenabesetzung gefaßt wurde.

Dieser gerechte Wunsch führte jedoch auch zu einem Beschluß, den wir Kommunisten nicht für richtig halten. Das Plenum lehnte es ab, das Arenakomitee aufzulösen, trotz des Abbruchs der Besetzung, obwohl der konkrete Kampf um vier klare Forderungen beendet wurde, obwohl es gar keine Arena mehr gibt. Die Kampfleitung aufrecht zu erhalten, ohne daß der Kampf noch existiert, ist aber ein Unding, und weil das vielen Arenabesetzern klar war, wurde der Vorschlag der Kommunisten zur Auflösung des Komitees nur mit knapper Mehrheit abgelehnt. Ihn durchzusetzen wird eine wichtige Aufgabe am Samstag den 16.10. sein, für den das "Komitee" ein sogenanntes "Arenaplenum" im Albert Schweizer-Haus vorbereiten soll. Denn die Aufrechterhaltung der Kampfleitung über den Kampf hinaus ist nicht nur unnütz, sie birgt auch etliche Gefahren: zum Beispiel die Gefahr, daß im Namen einer dreimonatigen Besetzung ganz andere Ziele verfolgt werden, als sie die Teilnehmer an dem Kampf um die Arena verfolgt haben. Dort war das Ziel klar gesteckt: Kein Abbruch des Schlachthofes St.Marx, Errichtung eines Kultur-, Jugend- und Kommunikationszentrums, Selbstverwaltung und Finanzierung durch die Gemeinde Wien. Diese Kampfziele kann das Komitee allein aber zweifellos nicht weiterverfolgen, wenn das Plenum der Arena gerade den Abbruch des Kampfes beschlossen hat. Nach dem Arena-Abbruch ist es nun eine Sache an einer neuerlichen Bewegung für ein selbstverwaltetes Kultur-, Jugend- und Kommunikationszentrum zu arbeiten. Eine ganz andere Sache ist es aber etwa, um nun wenigstens "irgendwas" von der Gemeinde zu erhalten, von den 4 Forderungen, die der ganzen Bewegung Ausrichtung und Halt gegeben haben, abzugehen.

Solche Leute aber, die ihr Heil schon lange nur mehr in Verhandlungen mit der Gemeinde Wien suchen, deren Ziel irgendein Kulturzentrum im Inlandsschlachthof sein soll, haben die Möglichkeit, ein Komitee, das nicht durch das Plenum kontrolliert werden kann für ihre Ziele auszunützen. Ihnen darf es unter keinen Umständen gelingen, die

meinde kommt!

Arena letztlich doch noch in die Hände der Gemeinde zu führen. Gerade wo jetzt die Gemeinde Wien versucht, mit dem Angebot, daß das "Arenakomitee" bei der Einrichtung eines Kulturzentrums in der Freibank mitarbeiten "darf", aus der Arena politischen Gewinn zu schlagen.

Demgegenüber müssen die Teilnehmer an dem Kampf um die vier Forderungen der Arena einen klaren Trennungsstrich zwischen den Zielen der Gemeinde und ihren eigenen Zielen setzen. Daß Selbstverwaltung mit Verwaltung durch die Gemeinde Wien nicht unter einen Hut zu bringen ist, hat gerade der monatelange Kampf mit ihr herausgestellt und bewiesen.

Daß der gerechte Wunsch nach einer Fortsetzung des Kampfes gegen die Gemeinde Wien, der Wunsch trotz der soeben erlittenen Niederlage weiterhin um selbstverwaltete Kulturzentren zu kämpfen, in den falschen Beschluß zur Aufrechterhaltung des Komitees mündete, deutet darauf hin, daß nach wie vor Unklarheit über die Bedeutung der Selbstverwaltung und über den Charakter der Gemeinde besteht.

Geht es doch mit der Selbstverwaltung gerade darum, daß die Jugendlichen gegen die Gängelung, Bevormundung und Unterdrückung der Gemeinde, wie sie das etwa in den "Häusern der Jugend" praktiziert, Bedingungen schaffen, in denen einzig und allein die Betroffenen selbst zu bestimmen haben. Und ist es doch auf der anderen Seite gerade der Staat, dessen Teil die Gemeinde ist, der jede selbständige Volksbewegung, die zum Ziel hat, daß das Volk selbst über seine Lebensbedingungen entscheiden kann, zu unterdrücken und zu zerschlagen versucht - wie er das bei der Arena-Bewegung gemacht hat. Ohne die Arena-St.Marx gibt es aber auch keine Selbstverwaltung. Jetzt die Möglichkeit offen zu lassen, daß Leute im Namen der Arena mit der Gemeinde etwas aushandeln, heißt gerade denen in die Hände zu spielen, gegen die der gerechte Kampf geführt wurde.

Wenn daher wir Kommunisten beim "Plenum" dafür eintreten werden, das "Komitee" jetzt endgültig aufzulösen, so gerade um zu verhindern, daß sich die Bedingungen für weitere Kämpfe um die Bedürfnisse der Jugendlichen, die nach dem Arenaabbruch ja noch krasser hervortreten, noch weiter verschlechtern.

-ws-Ortsgruppe Wien/Red.

Für die sofortige Einstellung des IBERIA-Prozesses

Vor knapp mehr als einem Jahr demonstrierten an die 1500 Antifaschisten vor dem Büro der spanischen staatlichen Fluglinie Iberia gegen die Hinrichtung von 5 antifaschistischen Kämpfern durch die Franco-Schergen. Im Verlauf dieser Demonstration kam es zu einem Angriff auf das Büro und zu dessen Beschädigung. Die Polizei, die die Einrichtung des spanischen Faschistenregimes schützte, verprügelte die Demonstranten und Unbeteiligte. Zahlreiche Menschen blieben verletzt auf der Straße liegen, mehrere wurden festgenommen. Seit Mai läuft nun der Prozeß gegen 3 angeklagte Demonstranten. Auch in der 2. Verhandlungsrunde im Juli dieses Jahres konnten keinerlei Beweise für die Anklage erbracht werden. Ganz offensichtlich ist, daß nicht die "Wahrheitsfindung" sondern die Verurteilung der Angeklagten das Ziel dieser Verhandlungen ist.

So wurde z.B. die auf der ersten Verhandlung für jeden Zuschauer hörbare Aussage des Polizisten Dobianer:"H. (ein Angeklagter) stand am Rande der Nebenfahrbahn" nicht ins Protokoll aufgenommen; ein nachträglicher Zusatzantrag vom Richter mit den Worten "er könne sich nicht mehr erinnern" abgelehnt. Diese Aussage hätte z.B. bewiesen, daß der Angeklagte wegen der vielen parkenden Autos gar nicht die Möglichkeit gehabt hatte, dem Polizisten entgegenzulaufen und ihn anzugreifen, wie die Anklage behauptet. Auch die Aussage des medizinischen Sachverständigen zum Verletzungsgrad eines Polizisten, der angab, einmal an der Kniescheibe, dann am Unterschenkelknochen verletzt worden zu sein, wurde im Protokoll verdreht. Der Sachverständige sagte: "Polizeiwachtmeister Pacher ist, da nur ein Verdacht auf eine Verletzung vorlag, nach 7 Tagen zu einer Nachuntersuchung bestellt worden, wo man aber keine Verletzung feststellte". Warum Pacher dann zweieinhalb Monate im Krankenstand gewesen sei, könne er nicht sagen... Im Protokoll steht: "Der Sachverständige (..) erklärt, daß er infolge unzureichender Auskunft des Spitals derzeit nicht in der Lage sei, ein Gutachten über den Verletzungsgrad und die Berufsunfähigkeit des Polizeiwachtmeisters Pacher zu erstatten ...."

Fast drei Monate haben also, laut Protokoll, nicht genügt, den Verletzungsgrad des Polizisten Pacher festzustellen.

Eine weitere Sache, die die Methoden der Justiz beleuchtet, ist das Verschwinden des Fernsehfilms, auf dem festgehalten ist, wie H. von den Polizisten mißhandelt wird.

Es läßt sich ziemlich genau sagen, wann der Film verschwunden sein muß. Im Oktober 75 wurde der Film, der im ORF gesendet und von Hunderttausenden Menschen gesehen wurde, von H. zusammen mit seinem Anwalt besichtigt. Am 5.2. wurde der Film als Beweismittel beim Untersuchungsrichter angegeben. Anfang April wollte H. den Film nochmals sehen, bekam aber vom ORF die Auskunft, daß dies nicht ginge, da erst die Staatspolizei vorgemerkt wäre. Ende April, im Beisein des Anwalts, stellte sich dann heraus, daß die betreffende Passage im Film fehlt. Am 22.7. als Richter, Staatsanwalt, Beschuldigter und Anwalt die Filme sehen wollten, stellte sich heraus, daß überhaupt alle Filme, die bei der Iberia gedreht worden waren, verschollen sind. Im Prozeßprotokoll ließ der Richter dann lediglich vermerken, daß keinerlei Vorfälle von der Iberia vorgeführt wurden.

Der KB Österreichs fordert vom Bundesminister die sofortige Einstellung dieses politischen Prozesses.

K.P.Ortsgruppe Wien

Graz: Lehren aus dem Scheitern des Kampfs um selbstverwaltetes »Haus der Jugend«

Am 17.9. übergab Stadtrat Stingl (SPÖ) aufgrund des breiten Interesses und des Drucks einer Jugendbewegung für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum drei Schlüssel zum Grazer "Haus der Jugend" an die von der Gemeinde durch Subventionen abhängigen Institutionen "Kritisches Informationszentrum" (KIZ), "Spielbus" und "Märchenbühne". Gegen diese mit dem Grazer Jugendamt zusammenarbeitenden Institutionen stellte die Bewegung die Forderungen auf:

- "Haus der Jugend" in Selbstverwaltung
- Führung als Offenes Haus
- Finanzierung durch die Gemeinde

Trotz anfänglicher Erfolge, über die im letzten "Klassenkampf" berichtet wurde, mußte der Kampf am 9.10. abgebrochen werden. Stingl, der genau die Grazer Verhältnisse kennt, unter denen die Jugendlichen kaum eine Möglichkeit haben, ihre Freizeit frei von Bevormundung und Gängelung verbringen zu können und der die Ausstrahlung der Wiener Arena fürchtete, wollte mit seiner Schlüsselübergabe an die von ihm abhängigen Freizeitinstitutionen die Bewegung nach Selbstverwaltung von vornherein abblokken. ("...zu einer Arena darf es in Graz nicht kommen"). Das war ein hinterlistiger Schachzug, der auch teilweise Erfolg hatte.

In der Bewegung waren es dann auch diese bürgerlichen Kräfte, die ständig gegen den Gedanken der Selbstverwaltung auftraten, die in Wirklichkeit die Grundvoraussetzung ist für ein Jugendzentrum, in dem die Jugendlichen allein entscheiden. Die Jugendlichen ließen sich von diesen Kräften auf Verhandlungen einschwören. Auf eine Besetzung des "Haus der Jugend" als Druckmittel gegen die Gemeinde wurde nicht länger hingearbeitet. So wurden ohne klare Orientierung Verhandlungen mit dem Stadtrat aufgenommen, der glattweg alle Forderungen ablehnte. Das konnte er auch leicht, weil die Jugendlichen kein wirksames Druckmittel in der Hand hatten. Außerdem war kein dem Plenum verantwortliches Komitee gewählt worden.

Als beschlossen wurde, endlich unter Arbeitern und Schuljugendlichen die Informationsarbeit aufzunehmen, wurde dies von der Vertreterin des "Spielbus" zuerst vehement bekämpft. Als sie sich nicht durchsetzen konnte, änderte sie auf eigene Faust ein beschlossenes Flugblatt und schrieb ein neues, aus dem hervorging, daß sich die Jugendlichen mit Stingl geeinigt hätten.

Das ließen sich die Jugendlichen nicht gefallen. Sie weigerten sich dieses Flugblatt zu verteilen, worauf es eingestampft wurde. Das Vorgehen der Spielbusvertreterin war für die Jugendlichen eine wichtige Lehre.

Jedoch war es den Versöhnlern doch gelungen, Verwirrung zu stiften, sodaß die Jugendlichen am 29./30. September von der Forderung "Selbstverwaltung des Haus der Jugend" (Orpheum) abgingen und irgendein nicht näher bezeichnetes Jugendzentrum in Selbstverwaltung als Forderung aufstellten.

Damit wurde die Bewegung ihres Schwungs beraubt, niemand wußte, wann man ein solches "Jugendzentrum irgendwo" erkämpfen können soll. Die Folge war klar: Die Jugendlichen konnten keine Perspektive mehr sehen. Die Bewegung bröckelte ab, bis sie bis zum 8./9.10 vollkommen einschlief. He.Pu. O.G.Graz

Die Lüge von den »2 Chinas« findet keinen Anklang

Wien: Um die Freundschaft mit dem chinesischen Volk zu stärken, unterstütztenwir das Gastspiel des Revolutionären Tanzensembles der VR-China mit einem Informationsstand. Am Freitag, den 1.10. bauten wir vor dem Eingang der Wiener Stadthalle einen Büchertisch und Bildertafeln auf, die über die Erfolge der chinesischen Volksmassen im Klassenkampf berichteten. Es herrschte großes Interesse und es sammelten sich viele Besucher um unseren Stand an. Es dauerte nicht lange, bis eine Debatte darüber entbrannte, ob die Zulassung der "Original Peking Oper" aus Taiwan nicht eine Provokation für die chinesischen Volksmassen darstellt.

Es wurde festgestellt, daß mit der Zulassung des Taiwanesischen Auftritts die Lüge von "zwei Chinas" verbreitet wird. Dagegen sprachen sich mehrere Personen aus: "Was ist dagegen einzuwenden, daß hier auch die Taiwan-Oper vorgestellt wird? Man soll sich beides anschauen und dann vergleichen." - "Unsinn!", meinten andere, "es geht nicht um Vergleiche, sondern die Regierung von Taiwan ist illegitim. Die VR-China vertritt die Interessen der chinesischen Volksmassen, auch die der heute noch besetzten Provinz Taiwan! Kein EWG-Staat hat sich die Provokation angemaßt. Wenn man die sogenannte 'Original Peking Oper' in Österreich zuläßt, dann bedeutet das eine Aufwertung des reaktionären Regimes in Taiwan und zugleich einen Schlag gegen die VR-China!" "Das kann ich bestätigen!", rief eine Frau von ganz hinten. "Ich weiß, daß der chinesische Botschafter gegen die Einreise protestiert hat." Dagegen empörte sich ein älterer Herr: "Es darf in Österreich einreisen, wer will. Ich komme gerade von einer Reise aus Rotchina und nächsten Monat besuche ich Taiwan. Soll mir das etwa verboten werden?" - "Natürlich darf persönlich einreisen, wer will. Doch hier handelt es sich um staatliche offizielle kulturelle Beziehungen und nicht um Einzelpersonen, die privat Österreich besuchen! Außerdem dürften solche Leute wie Sie, die anscheinend aus lauter Langeweile die Welt bereisen, nicht viel mit den Interessen des chinesischen und österreichischen Volkes zu tun haben. Was arbeiten Sie eigentlich?" Als der ältere Herr nach einigem Herumdrücken zugeben mußte, daß er Bankier ist, wollten die meisten Leute seine Meinung gar nicht mehr hören. "Mit solchen Leuten kann man sowieso nicht diskutieren, sind ja selber Kapitalisten!"

In der Zwischenzeit versuchte die Polizei ununterbrochen mit zaghaften Versuchen die Menschentraube von etwa 2o Leuten zu zerstreuen, angeblich wegen Feuergefahr und Freihaltung des Fluchtweges. Außerdem sei der Stand hier gar nicht angemeldet, sondern am Urban Loritz-Platz. Doch die Diskussionsteilnehmer ließen sich nicht stören, beachteten die zwei Polizisten gar nicht und diskutierten weiter.

Es wurden an diesem Tag in einer halben Stunde 15 Broschüren und vier Zeitungen verkauft, das zeigt, daß die Manöver der Imperialisten, die Lüge von "zwei Chinas" zu verbreiten, zum Scheitern verurteilt ist und daß die Freundschaft zwischen dem österreichischen und dem chinesischen Volk im Wachsen begriffen ist.

p.b.
Zelle Ottakring/Wien

Kundgebung des KB gegen den Auftritt der Taiwan-Oper und für den sofortigen Abbruch aller Beziehungen zur Tschiang-Kai-Schek Clique



Am Samstag, 9.10., war im Konzerthaus in Wien die erste Vorstellung einer Theatergruppe der Tschiang-Kai-Schek-Bande angesetzt. Die Ortsgruppe Wien führte vor dem Konzerthaus eine Kundgebung durch, auf der die Beziehungen der österreichischen Regierung zum Tschiang-Kai-Schek-Regime auf Taiwan verurteilt und ihr Abbruch verlangt wurde. Tage vorher sah man die Ankündigungsplakate des reaktionären Spektakels mit Klebern "verziert", die die Aufschrift trugen: "Keine Einreisegenehmigung für die Agenten der Tschiang-Kai-Schek-Bande!"

Nach den ersten vier Berufsschultagen:

Hier lernt man das Unterdrücktwerden

"Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Für keinen Schultyp paßt dieser Spruch besser, als für die Berufschule" (Lehrbuch für die 1.Klasse der Berufschulen). Denn nicht nur die Lehrjahre sind keine Herrenjahre. Hier lernen wir unterdrückt werden und kuschen auch fürs spätere Leben.

1. Tag: Nach einer allgemeinen Einführung kommt der Direktor herein, um festzustellen, "ob ohnehin alle den Religionsunterricht besuchen werden". Dies sieht so aus, daß er feststellt: "Es gehen eh alle in Religion, oder?" Keiner getraut sich, zu widersprechen, um nicht schon am 1.Schultag unangenehm aufzufallen. Manche bekommen seinen Auftritt auch gar nicht so richtig mit, da sie noch bürokratische Arbeiten zu erledigen haben.

2. Tag: Es wird mit dem Unterricht begonnen: "Wirtschaftsrechnen mit Buchführung". Thema ist die Bruttolehrlingsentschädigung. Der Fachlehrer stellt fest, daß man nicht rein theoretisch dahin rechnen werde, sondern ganz praxisbezogen. Das sieht so aus: Die Lehrlingsentschädigung im 1., 2., 3. Lehrjahr beträgt 1080.-, 2200.- und 3400.- zuzüglich der Sonderzahlungen von 2 Lehrlingsentschädigungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld). Auf den Einwand hin, daß dies gar nicht stimmt, sondern viel zu hoch gegriffen ist und daß die meisten von einer "Sonderzahlung" überhaupt nichts sehen, da dieser Teil vom Lohn nicht vertraglich abgesichert ist, antwortet er, daß es auf ein paar Hunderter auf oder ab gar nicht ankommt; es ist ja ohnehin nur ein Rechenbeispiel. Das Ergebnis für alle 3 Jahre ergibt 93.520.-, wozu lakonisch festgestellt wird: "Soviel kostet ihr Lehrlinge euren Unternehmer. Das ist doch ein ganzer Haufen Geld".

In der Pause wird über die Lehrlingsentschädigung diskutiert. Einer redet dabei über die Existenzlohnforderung von 75 % des Facharbeiterlohns, mindestens aber S 3000.- für alle Lehrlinge und den Kampf um diese Forderungen, der bereits in Teilen der Gewerkschaftsjugend Fuß gefaßt hat.

In der nächsten Unterrichtsstunde kommt das Problem der Teilnahme der Schüler am Religionsunterricht nochmals zur Sprache. 11 von 30 Lehrlingen haben es vorgezogen, dem Religionsunterricht fernzubleiben. Der Fachlehrer gibt uns den Rat, lieber nicht mehr darüber zu sprechen sondern den Religionsunterricht stillschweigend zu besuchen, da wir dies dem Direktor "schon versprochen hätten" Als nachher der Religionslehrer das Klassenzimmer betritt, tragen trotzdem vier ihren Willen vor. Die anderen 7 Schüler getrauen sich nicht, ihren Willen vorzutragen, da sie schon gehörig eingeschüchtert worden sind. So übernimmt es einer, für sie zu sprechen, worauf der Pfaffe in ganz gehörigen Unmut verfällt und ob so einer großen Anzahl von Gottlosen seine freundliche salbungsvolle Larve fallen läßt.

3. Tag: Politische Bildung: Zuerst wird einmal über die Pflichten der Lehrlinge geredet. Doch der Unterricht ist ja nicht "einseitig"! Es wird auch gesagt, was der Lehrherr alles nicht tun darf, wenn auch schon weit nicht so ausführlich. Das ist jedoch, was uns offensichtlich mehr interessiert, da es hier bekanntlich zu viel mehr Übertretungen und Gesetzwidrigkeiten kommt. Der Haken bei Beschwerden gegen Lehrherrn kommt in der darauffolgenden Diskussion recht klar heraus. Wenn der Lehrherr seine Befugnisse noch so eindeutig überschreitet, und der Lehrling setzt sich zur Wehr, so hat der Lehrling, wenn er keine Zeugen aufbringen kann, nicht nur die Schikanen des Kapitalisten auf dem Hals, sondern eventuell auch noch eine Verleumdungsklage.

Einen neuen tiefen Einblick in unser Ausbildungswesen erhalten wir in der nächsten Stunde, als uns ein Fachlehrer darüber aufklärt, was ein Lehrling alles kau-

Taiwan-Propaganda in Oslo verhindert

Norwegische Studenten schlossen sich in der Osloer Konzerthalle Chateauneuf ein und verhinderten so die Provokation der Taiwan-Banditen, die ihre Oper auch dort aufführen wollten. Die Konzerthalle war am Tag zuvor für Vorlesungen verwendet worden. Die Demonstranten blieben nach den Vorlesungen und hielten die Halle so lange besetzt, bis auch der Termin der zweiten geplanten Veranstaltung verstrichen war. Vor der Konzerthalle entrollten Demonstranten Transparente in norwegischer und chinesischer Sprache: "Keine Faschistische Propaganda in Chateauneuf - die Vorstellungen müssen abgesagt werden!"

fürs spätere Leben

fen muß damit er überhaupt ein richtiger Fotografenlehrling sein kann.

Papier u. Schreibmaterial	ca.	100.-
Retuschierbesteck	ca.	300.-
Arbeitsmantel	ca.	200.-
	ca.	600.-

Dazu kommt eine Kamera, die jedoch nicht irgendeine sein darf. Es muß eine Kleinbild-Spiegelreflexkamera mit auswechselbarem Objektiv sein, die schon einige "Stückchen spielt". Diese Kamera, wie sie uns empfohlen wird, kostet um die 5000.-S. Dazu kommt noch Filmmaterial und Ähnliches. Auf die betroffenen Gesichter der Lehrlinge hin, tröstet uns der Fachlehrer ganz "mitleidsvoll": "Ihr könnt euch mit dem Kauf der Ausrüstung noch etwas Zeit lassen". Was er unter "Zeitlassen" versteht, erfahren wir schon kurz später: "Bis in 14 Tagen müßt ihr einige Fotos gemacht haben und die Kamera mitbringen". Wie das zu schaffen ist, ist den meisten unklar, da wir nach einem Monat Arbeit so um die 800 S verdient haben. Den meisten Eltern von uns ist es aber ohne einen Kredit aufzunehmen, nahezu unmöglich, eine derartige Summe innerhalb von 14 Tagen auf den Tisch zu legen!!

4. Tag: Im Wirtschaftskundeunterricht vertritt unser Fachlehrer die Ansicht, daß an der Krise die vielen Streiks der Arbeiter schuld sind. Einer von uns meldet sich und sagt, daß die Krise auf die Überproduktion zurückzuführen ist. Streiks sind ein gerechtes Mittel dagegen, daß die Unternehmer die Belastungen ihrer Krise auf die Werktätigen abwälzen. Später, als wir auf die vielen Arbeitslosen zu sprechen kommen, behauptet der Lehrer, daß einige Arbeitslose recht gut für die Volkswirtschaft und somit für uns alle wären. Auf die Frage eines Lehrlings, was denn daran gesund ist, antwortet er, daß er für soziale Fälle zwar Verständnis hätte, daß aber der "psychologische Effekt", nach dem Arbeit nicht etwas Selbstverständliches für jeden ist, zu bevorzugen ist. Darauf bekommt er zu hören, daß da wohl was in unserer Wirtschaft nicht in Ordnung sein kann, wenn so künstlich "Arbeitsmoral" produziert werden muß.- Das findet allgemeine Zustimmung in unserer Klasse.

R.Z., Fotolehrling, Ortsgruppe Linz

Skandalöse Zustände im oberösterreichischen Schulwesen

Was der von der Regierung durchgeführte Lehrerstop und Baustop für Schulen in Oberösterreich für Auswirkungen zeigen wird, kann man sich ausrechnen, wenn man sich folgende Zahlen vor Augen hält :

- im Juni 1976 befanden sich 47 Hauptschulen und 23 Volksschulen in Bau, in denen dann mit welchen Lehrern unterrichtet wird? 23 Hauptschulen und 24 Volksschulen sollten erweitert werden, weil der vorhandene Raum nicht mehr ausreichend war - für sie gilt wahrscheinlich der Baustopp
- laut einem Sprecher des freiheitlichen Lehrervereins gab es im Schuljahr 75/76 349 lehrerlose Klassen mit einer Schülerzahl über der gegenwärtigen Höchstrichtlinie von 36 Schülern.

Die baulichen Mängel der Schulbauten häufen sich.

- In St.Martin im Mühlkreis wurde vor kurzem die Hauptschule aufgelöst; der Unterricht im Schuljahr 76/77 soll in zwei Gasthäusern, im Pfarrheim, im Gemeindeamt und in einem stillgelegten Kaufhaus stattfinden.
- In der Muldenstraße, Linz, ist seit einem Jahr eine Berufsschule in einer Baracke untergebracht, in der tagelang das Licht ausfällt, die Wasserinstallationen öfters für längere Zeit blockiert sind und die im Winter praktisch nicht heizbar ist. Die Berufsschüler bekommen unfreiwilligen Anschauungsunterricht über die Lebensfähigkeit und Widerstandskraft von Ratten und Mäusen in derartigen schlechten Verhältnissen.

Hoch ist die Zahl der Fahrschüler in Oberösterreich, die einen Schulweg von mehr als zwei Kilometern haben (in Österreich insgesamt: 810.000); beispielhaft für die Verhältnisse in dieser Hinsicht ist Wilhering: seit 1969 wird der notwendige Bau einer Hauptschule verzögert und 300 Hauptschüler müssen täglich nach Linz, nach Leonding, Alharting und nach Ottensheim auspendeln.

M.Z.(Nach Berichten aus den Oberösterreichischen Nachrichten)

Proteste gegen Sparerlaß des Unterrichtsministers

Elternverein Murau/Stmk:

Am 30.September beschloß der Elternverein des Oberstufengymnasiums und der Frauenschule Murau eine Protestresolution an das Unterrichtsministerium. Darin protestieren die Eltern der Murauer Mittelschüler gegen eine Reihe von unannehmbaren Maßnahmen, die mit Schulbeginn vom Sinowatz-Ministerium und vom steirischen Landesschulrat verordnet worden sind:

- Zwei Turnlehrer werden gekündigt! Ein beträchtlicher Teil der Schüler hat dadurch keinen Turnunterricht.
- Alle Freigegenstände wurden per Verordnung gestrichen.
- Ebenso wurden alle Förderstunden für schwächere Schüler eingestellt.
- Das Tagesschulheim für Fahrschüler wurde gesperrt. 80% aller Schüler sind Fahrschüler, die damit "auf die Straße gesetzt"(Resolution) wurden.

Nachdem die Eltern der Murauer Schüler das Sinowatzministerium mit der Resolution aufgefordert hatten, diese Maßnahme zurückzunehmen, mußte das Ministerium in 2 Punkten nachgeben:

- Das Tagesschulheim wird wieder geöffnet.
- Die Förderstunden werden nicht eingestellt; allerdings wird jetzt eine "entsprechende Beteiligung von Seiten der Schüler vorausgesetzt."

K.W.

Bruck/Mur:

Bereits im September richtete der Dienststellenausschuß der Lehrer der Brucker Handelsakademie und Handelsschule eine Protestresolution gegen den "Sparerlaß" des Unterrichtsministeriums vom 7.Juli. Der Brucker Elternverein schloß sich dieser Resolution einstimmig an.

Deutschlandsberg/Stmk:

42 Schüler in einer Klasse!

Die Schüler der beiden ehemaligen sechsten Klassen des musischen Zweigs am Mupäd - Deutschlandsberg erlebten eine Überraschung: aus den beiden sechsten Klassen des Schuljahres 75/76 wurde eine Siebente für das Schuljahr 76/77 mit 42 Schülern.

Der Unmut der Schüler ist groß: "Wir sind jetzt 42 Schüler in der Klasse! - Dafür steht jetzt ein Klassenzimmer leer!", sagten die Schüler. "Bei der großen Schülerzahl kann ein Professor einen Schüler höchstens zweimal im Semester prüfen. Das ist besonders schlecht für die schwächeren Schüler."

Leibnitz: Teilerfolg

Nach Kündigung von 11 Sondervertragslehrern und einer drohenden Klassenzusammenlegung kam es zu einer Demonstration der Schüler und Eltern (siehe Klassenkampf Nr. 3/76). Zwar konnte die Zurücknahme der Kündigungen nicht erreicht werden, aber durch die Geschlossenheit der Schüler und Eltern gelang es, die vom Landesschulrat verordnete Zusammenlegung der vier Siebenten auf drei zu verhindern.

Die Eltern und Schüler hatten den frechen Vorschlag des Landesschulrats und der Direktion, die Eltern sollten die Überstunden der Lehrer für die vierte Klasse bis zu einer endgültigen Entscheidung am 14.Oktober übernehmen, zurückgewiesen.

P.L./Graz

Bäuerliche Zuschußrenten
Regierung drückt sich um Soforthilfe

Nach der Regierungsklausur auf der Schallaburg Anfang September war groß verkündet worden, daß die Regierung plane, die Zuschußrenten innerhalb von 15 Jahren auf das Niveau der industriellen Mindestrenten zu heben.

Da die elende soziale Lage der Zuschußrentner aber eine sofortige Hilfe erfordert, war es klar, daß dieser Plan völlig unzureichend war.

Kreisky stellte daher wenig später die Sache so dar, als ob es ohnehin nur wenigen Zuschußrentnern schlecht ginge und machte plötzlich die Länder verantwortlich, da diese Zuschußrentner Fürsorgefälle wären, was in die Länderkompetenz falle.

Zumindest für 70 Millionen Schilling Soforthilfe müßten die Länder aufkommen, den Rest - weitere 70 Millionen - würde der Bund tragen.

Es ist eine gewaltige Anmaßung, die durch die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft in große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten gekommenen alten Klein- und Nebener-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

...Zuschußrenten

werbsbauern als Fürsorgefälle zu bezeichnen. Kreisky hat wohl damit spekuliert, auf diese Weise das ganze Problem beiseitezuschieben. Ganz abgesehen davon aber ist der in diesem Zusammenhang gemachte Finanzierungsvorschlag von zusammen 140 Millionen nichts anderes als eine Augenauswischerei: diese Summe würde gerade genügen, um 5000 Zuschußrentnern 2000,- Schilling 14mal im Jahr zu zahlen (nach "Presse" vom 9./10.Oktober 1976). Tatsächlich gibt es aber 103.000 Zuschußrentner, von denen ein grosser Teil unter dem Existenzminimum lebt.

"Zuschußrentner" sind nämlich jene alten Bauern, die vor dem 1.1.1970 in die Rente gegangen sind (alle, die nachher in die Rente gegangen sind, erhalten die "Bauernpension"). Sie bekommen vom Staat eine Pauschale von 300,- bis 500,-S zum Ausgedinge. - Das Ausgedinge ist eine Leistung des Hoferben in Naturalien, die der Altbauer bekommt, wobei sich die Höhe nach dem vom Finanzministerium geschätzten "Einheitswert" des ehemaligen Besitzes des Altbauern richtet. Ein großer Teil der Altbauern aber erhält überhaupt kein Ausgedinge, sei es, daß er mit seinem Nachfolger Streitigkeiten hat, sei es, daß er gar keinen gefunden hat, sei es, daß sein Nachfolger selbst in größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt.

Ist schon der "Soforthilfe-Plan" Kreiskys lediglich ein Manöver, um die Unruhe der armen Schichten am Land einzudämmen und der ÖVP das Wasser weiter abzugraben, so bedeutet der Gesetzesentwurf, den die Regierung im Juni im Parlament einbrachte, nicht nur keine Hilfe für die Zuschußrentner sondern geradezu eine üble Spekulation, die darauf hinausläuft, das Problem solange mit möglichst wenig Kosten für den Staat hinauszuzögern, bis möglichst viele der Altbauern gestorben sind (dieser Gesetzentwurf wird voraussichtlich mit Anfang kommenden Jahres in Kraft treten) : der Entwurf sieht die Erhöhung der Zuschußrente um 500,- S auf 1000,- S vor sowie ihre schrittweise Anhebung auf das Mindestrentenniveau innerhalb von 15(!) Jahren, bei gleichzeitigem schrittweisen Abbau des Ausgedinges. Die Absicht liegt auf der Hand: die Regierung spekuliert damit, daß innerhalb dieser Frist ein grosser Teil der Betroffenen bereits gestorben ist. Auch die 500,- Erhöhung ist viel zu niedrig, denn mit 1000,-S im Monat kann niemand leben. H.H.

32. ASVG - Novelle Die weitere Erhöhung des Hilflosenzuschusses

Über ein Jahr ist es nun her, daß die Regierungspartei den ersten Entwurf zur 32. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) vorgelegt hat.

Ursprünglich war ihr Inkrafttreten für Juli 1976 geplant. Wegen einer Unzahl von Kritiken und Protesten mußte die SP-Regierung den Termin der Beschlußfassung auf das kommende Frühjahr verschieben.

Die SPÖ, die sich während der Alleinregierung der ÖVP als "Partei der weitreichenden Reformen" profilierte, versucht mit einem Bündel von Reformprogrammen den Drang der Massen nach Veränderung abzufangen. Obwohl die tatsächliche Erfahrung der Massen mit diesen Reformen zu einer zunehmenden Desillusionierung über den Charakter der SPÖ führt, versucht die SP ihr Image als Reformpartei weiter aufrecht zu erhalten. Gerade in der Sozialpolitik ist ihr dies bis zur 32. ASVG-Novelle noch relativ ungehindert gelungen. Es ist daher nötig, auch auf diesem Sektor die SPÖ das zu entlarven, was sie ist: Der geschäftsführende Ausschuß der Bourgeoisie!

Die Klarheit darüber ist die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse den reaktionären SP-Reformen die Politik der Arbeiterschutzforderungen zum Schutz vor den Auswirkungen der kapitalistischen Ausbeutung entgegenstellen kann.

Die Bedingungen dafür sind günstig. Die Diskussion um die 32. ASVG-Novelle, die einen wichtigen Teil der Sozialpolitik der SP ausmacht, hat einen Haufen Dreck in Fragen der sozialen Versorgung überhaupt ans Tageslicht gefördert. Mit der ideologischen Ausrichtung ihrer Funktionäre durch Schulungen, Artikelserien in Arbeit & Wirtschaft etc. versucht die SPÖ dem zu begegnen. Es ist zu erwarten, daß die Debatte in Gewerkschaftsgremien und Betrieben weiter zunehmen wird.

Bisherige Änderungen an der Novelle haben gezeigt, daß es berechtigt und möglich ist, daß die Gewerkschaft auf die Sozialpoltik Einfluß nimmt.

Aus all diesen Gründen ist es für die kommunistische Bewegung wichtig, nicht abseits zu stehen, sondern aktiv einzugreifen, den Standpunkt der Arbeiterklasse zu vertreten und die Forderungen der Arbeiterklasse zu propagieren. Darum beginnt in dieser Nummer des "Klassenkampf" eine Serie, die die einzelnen Punkte der 32. ASVG-Novelle behandeln wird.

Die SPÖ-Regierung hat in Aussicht gestellt, daß mit der 32. ASVG-Novelle für etwa 60.000 Menschen, die gesetzlich als "Hilflose" anerkannt werden, eine wesentliche Verbesserung eintreten soll. Die Mindestgrenze des Hilflosenzuschusses soll in mehreren Etappen um je S 200,-- angehoben werden mit dem Endziel einen Zuschuß zu erreichen, der von der Höhe der Pension unabhängig ist und ab 1987 in einem einheitlichen Betrag besteht.

Die derzeitige Regelung:

Bezieher einer Pension und einer Versehrtenrente haben die Möglichkeit, auf Antrag einen Hilflosenzuschuß zu bekommen. Dies jedoch nur dann, wenn sie den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. So gilt als Grundvoraussetzung, daß sie "derart hilflos sind, daß sie ständig der Wartung und Hilfe bedürfen." (§ 105a des ASVG). Unter Wartung versteht man, daß sie für die Ausübung existenznotwendiger Verrichtungen (z. B. An- und Auskleiden, Körperreinigung, Verrichtung der Notdurft) der Hilfe einer anderen Person bedürfen. Die Hilfe hingegen bezieht sich auf Anforderungen im normalen Leben (wie Einkaufen, Kleiderreinigung, Beistand auf der Strasse, etc.)

Es ist also keineswegs einfach, einen Hilflosenzuschuß gewährt zu bekommen. Meist ist es dazu notwendig, sich erniedrigenden Kontrollen und bürokratischen Schikanen zu unterwerfen. Ein allgemein schlechter Gesundheitszustand, durch ärztliche Zeugnisse belegt, genügt keineswegs. Meist ist ein Lokalaugenschein mit der Gewährung verbunden, der als "Untersuchung" getarnt ist. Kleidet sich der Antragsteller dann vor dem Arzt etwa selbständig aus, kann er seinen Antrag schon in den Wind schreiben, denn laut dem oben zitierten Text muß er sowohl hilfe- als auch wartungsbedürftig sein. Für Bezieher einer Versehrtenrente gibt es dann noch die zusätzliche Bestimmung, daß sie eine Vollrente erhalten müssen, also vollkommen erwerbsunfähig sein müssen, und ihre "Hilflosigkeit" nach der obigen Definition nachweislich mit dem Unfall bzw. der Berufskrankheit ursächlich zusammenhängen muß. Es ist daher keine Seltenheit, daß man diese Leute mit dem Hinweis, daß sich ihr Gesundheitszustand infolge des "natürlichen Alterns" verschlechtert hat und kein Zusammenhang mit dem Unfall besteht, abweist.

Übersteht man trotzdem alle diese Schikanen, dann wird ein Zuschuß gewährt, der die Hälfte der Pension, mindestens jedoch S 1.031,-- und höchstens S 2.061,-- bzw. bei den Versehrten die halbe Vollrente beträgt. An der Tatsache, daß dieser Zuschuß von der gewährten Penisons- und Rentenhöhe abhängt, gibt es seit Jahren Kritik seitens der Gewerkschaft und Arbeiterkammer. Zuletzt stellte der österreichische Arbeiterkammertag fest: "Notwendige Mehraufwendungen des Hilflosen sind unabhängig von der Einkommenshöhe!" (zitiert nach Arbeit & Wirtschaft, 9/76, S. 8)

Zu begrüssen ist es daher, daß dieses Problem aufgegriffen wird und von einem einheitlichen, von der Höhe der Pension bzw. Rente unabhängigen Zuschuß hingesteuert wird. Auch eine Anhebung ist natürlich längst notwendig. Wenn man bedenkt, daß als "hilflos" nur der anerkannt wird, der einer ständigen Pflege durch eine Pflegeperson bedarf, so erkennt man, daß weder der Höchstbetrag und natürlich schon gar nicht der Mindestbetrag von S 1.031,-- ausreicht. Der Zuschuß müßte in einer Höhe sein, die es ermöglicht, die Kosten für eine Pflegeperson zu bestreiten, d.h. mindestens S 4.000,--!

Schaut sich nun mancher kranke Rentner und Pensionist hoffnungsvoll die neuen Regelungen an, so wird er bald eines besseren belehrt:

- An die Abschaffung der bürokratischen Gängelungen und Schikanen wird überhaupt nicht gedacht. Weiter soll die heutige Definition für "hilflos" in Kraft bleiben.
- Die Bestimmung, daß der Zuschuß von der Höhe der Pension abhängt, wird ebenfalls beibehalten, ein einheitlicher Zuschuß soll erst 1987 (!!) erreicht werden.

Besonders empörend jedoch ist die Methode, mit der diese Vereinheitlichung erreicht werden soll. Die Obergrenze des Hilflosenzuschusses soll nicht mehr nach der vollen Richtzahl, mit der auch Pensionen, Renten usw. aufgewertet werden, steigen sondern nur mehr nach der halben Richtzahl. Für 1977 bedeutet dies, daß z.B. Pensionisten, die aufgrund ihrer Pensionshöhe S 2.061,-- als Hilflosenzuschuß bekommen, nicht um 7 % sondern nur um 3,5 % mehr bekommen! Daß selbst diese geplanten 7 % sogar nachweislich unter der offiziellen Teuerungsrate liegen, nur nebenbei. Für diese Pensionisten bedeutet die geplante Reform der SP also eine tatsächliche Verschlechterung!

...usses wird gebremst

Für den anderen Teil der Pensionisten, die an der Untergrenze liegen, soll es die volle Erhöhung gemäß der Richtzahl geben, plus zusätzliche Erhöhungen von S 2oo,--, von denen allerdings erst zwei konkret geplant sind, und zwar eine beim Inkrafttreten der Novelle, die andere am 1. Jänner 1978. Ob und wann weitere solche außerturliche Erhöhungen erfolgen sollen, ist unbekannt. Wenn man sehr optimistisch rechnet und eine Anpassung mit 1o % ab 1977 annimmt, so kommt man für 1987 auf einen von der Pension und Rente unabhängigen und einheitlichen Hilflosenzuschuß in der Höhe von S 3.455,--. Ein stattlicher Betrag - nur daß er schon heute, elf Jahre bevor man ihn frühestens bekommt, nicht zu dem taugt, wozu er taugen soll.

Wie man es auch dreht und wendet: Die geplante Reform bedeutet nicht einmal einen Schritt vorwärts, geschweige denn einen Sprung, wie die "Arbeiterzeitung", Zentralorgan der SPÖ, meldet. Offensichtlich dient diese "Reform" nur dazu, um den bestehenden Unmut abzuschwächen und die gesamte 32. ASVG-Novelle nicht als das erscheinen zu lassen, was sie tatsächlich ist: Ein planmäßiger Angriff auf die Sozialversicherung der Werktätigen, um einen geeigneten Boden für eine vermehrte Entrechtung und gesteigerte Ausbeutung im Betrieb zu schaffen. Denn die Reform des Hilflosenzuschusses ist nur ein kleiner Teil der 32. ASVG.Novelle. Einer Novelle, von der die Regierungspartei behauptete, daß einige Bestimmungen sicherlich ihr Für und Wider haben, aber daß es auch einige unbestreitbare Verbesserungen gibt. Daß dies zumindest nicht beim Hilflosenzuschuß der Fall ist, liegt wohl auf der Hand.

p.b.

Im vergangenen Jahr wurden in Österreich 247 Industriebetriebe oder -betriebsstätten stillgelegt. Dadurch gingen 6.104 Arbeitsplätze verloren. Die Zahl der Konkurse und Ausgleiche erreichte 1975 Rekordwerte. Während es die Pleite gegangenen Kapitalisten zumeist verstanden, noch aus ihrer Pleite mit Profit herauszusteigen, sah die Lage für die Arbeiter und Angestellten wesentlich anders aus: Sie, die jahrelang für die Eigentümer der nun geschlossenen Betriebe geschuftet hatten, standen plötzlich auf der Straße und mußten die bittere Erfahrung machen, daß sie oft nicht einmal den Lohn ausgezahlt bekamen, der ihnen noch zustand.

Konkursversicherung geplant

Daß man den Lohn bekommt, ist wohl das Mindeste

Von einem Großteil der bekannten Fälle weiß man, daß die Betroffenen oft monatelang schon vor der Konkurseröffnung keine Löhne ausbezahlt erhielten, daß sie, wenn es dann zum Konkurs kam, wieder monatelang, oft jahrelang, auf ihr Geld warten mußten - wenn dann überhaupt noch etwas da war. Dazu der Verlust des Arbeitsplatzes!

So war es bei der Firma Schmid und Söhne in Wilhelmsburg, die 1974 in Konkurs ging und damals ihren Arbeitern und Angestellten 16,5 Millionen Schilling an Löhnen, Abfertigungen, Sonderzahlungen und Kündigungsentschädigungen schuldete. Diese wurden erst am 2.August 1976 (!) an die Angestellten ausgezahlt. So war es bei der Firma Panhans, wo hundert Kollegen keinen Groschen erhielten, so bei den Großbetrieben Junior und Merino in der Steiermark (bei Merino wurden nach der Konkurseröffnung von 510 Beschäftigten 270 entlassen), so war es bei der Firma Medicus in Villach, wo 120 Kollegen einige Monate keine Löhne ausbezahlt bekamen. Diese Aufzählung könnte man noch sehr lange fortsetzen.

Ausgleich und Konkurs waren stets ein wirksames Mittel für die Kapitalisten, aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten profitabel herauszukommen. Über die diversesten legalen Betrügereien kann das Privatvermögen aus der Konkursmasse herausgehalten werden, wobei die Überschreibung des Vermögens an die Ehefrau nur der einfachste Trick ist. Währenddessen verlieren Arbeiter und Angestellte nicht nur den Arbeitsplatz, von dem ja ihre Existenz abhängt, sondern auch ihre Löhne und übrigen Ansprüche an den Kapitalisten. Nach dem geltenden Recht sind nämlich ihre Ansprüche mit denen anderer Gläubiger nicht gleichgestellt (z.B. haben Finanzamt und Sozialversicherung Vorrang). Überhaupt ist die Rechtslage äußerst undurchsichtig und kompliziert. Jemand, der materiell ohnehin nicht abgesichert ist, kann jedenfalls keinen Prozeß führen, schon gar nicht gegen einen Kapitalisten, bei dem er noch angestellt ist und wo er vielleicht hofft, doch noch behalten zu werden.

ÖGB SCHLÄGT KONKURSVERSICHERUNG VOR:

Zur Sicherung der Löhne und Gehälter schlägt nun die Gewerkschaftsführung und der neue Sozialminister Weißenberg die Einführung einer Konkurs-Versicherung vor, für den Fall von Ausgleich oder Konkurs. Der Entwurf für dieses Gesetz, das zugleich mit einer Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz sowie einer Novelle zur Konkurs- und Ausgleichsordnung geschaffen werden soll, sieht vor allem folgendes vor:

- *Anspruch auf diese Versicherung hat jeder Arbeitnehmer, der bei Eintritt der Zahlungsunfähigkeit des Unternehmers noch nicht verjährte Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis hat. Dazu gehören auch die Sozialversicherungsbeiträge.*
- *Umfassen soll die Versicherung den Ersatz für den ausständigen Lohn, wobei es keine Rangordnung nach der Höhe geben soll.*
- *Die Mittel sollen ausschließlich durch die "Arbeitgeber" aufgebracht werden, die Kosten sollen 0,1 Prozent vom Unternehmeranteil der Arbeitslosenversicherung betragen.*
- *Durchgeführt werden soll das Ganze von einem öffentlich rechtlichen Versicherungsträger, verwaltet durch die Arbeitsämter.*

Alle Einzelheiten soll die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz regeln. Der Ausgleichs- oder Masseverwalter soll verpflichtet sein, dem Arbeiter und Angestellten seine Rechte bezüglich Lohn oder Abfertigung gegenüber dem Arbeitsamt zu bescheinigen und diesem auch Auskünfte darüber zu geben. Sobald man einen Antrag auf Ersatzleistung stellt, geht der Anspruch auf den Versicherungsträger über, der seinerseits sofort das Geld auszahlt. Die Novellen zur Konkurs- und Ausgleichsordnung sollen unter anderem beinhalten :

- *die Gleichstellung aller Forderungen*
- *die Verlängerung der Austrittsfrist (bisher 1 Tag vor der Konkurseröffnung) auf 6 Monate, wobei auf die kollektivvertraglichen Kündigungsfristen Bedacht genommen werden soll.*

Eine Versicherung, die die Kapitalisten selbst bezahlen müssen und die den Arbeitern und Angestellten sofort die ausständigen Löhne auszahlt, ist auf jeden Fall gut und notwendig. Selbstverständlich ist, daß der Kapitalist die Prämie zahlt, denn er bleibt ja den Lohn schuldig, er hat ja den Profit aus der Arbeitskraft gezogen. Und daß der Lohn ausbezahlt wird für geleistete Arbeitszeit, das ist wohl das mindeste, was man verlangen kann!

Fortsetzung nächste Seite

Schmid-Kollegen mußten 2 Jahre auf ihr Geld warten

Nach mehr als zweieinhalb Jahren bekommen die Angestellten der Anfang 1974 in Konkurs gegangenen Wilhelmsburger Gießerei M. Schmid und Söhne das ihnen zustehende Geld. Vom Konkurs waren damals 80 Angestellte und 560 Arbeiter betroffen.

Die Gewerkschaft der Privatangestellten, die die Ansprüche der Angestellten rechtlich vertreten hat, bezeichnet im "Privatangestellten" (Nr. 9/76) die Erfüllung der Anspruchsforderungen als ein "Wunder". Das ist traurig genug, und wirft nur ein Licht auf Verhältnisse, wo nicht einmal garantiert ist, daß man den zustehenden Lohn für die gesamte geleistete Arbeit bekommt.



Schmid-Wilhelmsburg 1974: Die Arbeiter und Angestellten erfahren vom Konkurs der Firma

Fortsetzung von Seite 1

Zu den bevorstehenden Kollektivvertragsverhand der Metall- und Bergarbeiter

Vielen Belegschaften ist es gelungen, innerbetriebliche Lohnerhöhungen durchzusetzen oder sich gegen den Abbau beziehungsweise die Streichung von Prämien und Sonderzahlungen zur Wehr zu setzen. In einigen Betrieben konnten die Arbeiter erfolgreiche Schritte setzen gegen geplante Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen und für einen besseren Schutz der Arbeitskraft vor Verschleiß und Abnützung.

Ein einziges neues Gesetz gegen die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse

In einer Situation, die gekennzeichnet ist von einer rapiden Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, von der Ausdehnung des Arbeitstages und der Steigerung der Arbeitshetze, hat die Regierung zwar das ganze Jahr über von tollen Verbesserungen beim Arbeiterschutz und bei der sozialrechtlichen Stellung der Lohnabhängigen geschwätzt, aber tatsächlich nur ein einziges neues Gesetz eingeführt, das eine wirkliche Änderung im Arbeiterschutz bedeutet: das Gesetz zur Verlängerung des Mindesturlaubs. Es besagt, daß ab 1.Jänner 1977 der Mindesturlaub von 3 auf 4 Wochen angehoben wird.

Darauf mußten die Lohnabhängigen allerdings auch ganze 13 Jahre warten, denn so lange ist schon der 3-Wochen-Mindesturlaub in Kraft. Wenn man bedenkt, wie in diesen 13 Jahren die Arbeitsintensität gestiegen ist, dann wird leicht deutlich, daß das Gesetz bei weitem nicht ausreicht, um das zu kompensieren, geschweige denn, daß der gesetzliche Mindesturlaub jetzt wirklich ausreichend wäre. Es kommt ja auch nicht von ungefähr, daß sogar die Kapitalisten dem neuen Urlaubsgesetz zugestimmt haben, hat sich doch der Gesundheitszustand und die Lebenslage der Lohnabhängigen in den letzten Jahr derart verschlechtert, daß eine weitere Steigerung der Ausbeutung ohne gleichzeitiger Verlängerung des Mindesturlaubs praktisch nicht mehr möglich gewesen wäre. Zu allen anderen Fragen des Arbeiterschutzes hat es aber nicht einmal das gegeben: Weder wurde das Arbeitszeitgesetz, das vollkommen unzureichend ist für die Sicherung des 8-Stunden-Tages geändert, noch hat die Regierung daran gedacht, in Fragen der Nacht- und Schichtarbeit gesetzlich eine Einschränkung festzulegen. Dabei hat sich gerade auf diesem Gebiet die Lage für die Lohnabhängigen auf dem Tiefpunkt der Krise massiv verschlechtert.

Auch über bessere gesetzliche Bestimmungen im Falle der Krankheit, der Invalidität, der Altersversorgung u.s.w. wurde zwar viel geredet, Gesetze im Sinne der Arbeiterschaft sind nirgends herausgekommen.

Die Bedeutung der kommenden Verhandlungen

Die Tatsache, daß es heuer wieder leichter möglich ist als im letzten Jahr, durch innerbetriebliche Kämpfe den Angriffen der Kapitalisten entgegenzutreten, ändert nur wenig an der Bedeutung der Kollektivvertragsverhandlungen und an der Notwendigkeit, sich rechtzeitig und mit aller Kraft auf die Verhandlungen vorzubereiten.

Der Kollektivvertrag regelt den Lohn und die Arbeitsverhältnisse von mehr als 300.000 Beschäftigten in der Metallindustrie und im -Gewerbe.

Beim Lohn wie bei den Arbeitsverhältnissen hat sich die Lage für die Arbeiter und Angestellten seit dem letzten Abschluß weiter verschlechtert.

Auch wenn es in einer Reihe von Betrieben gelungen ist, durch hartnäckige Gegenwehr den Lohnabbau in Grenzen zu halten, aufgehalten werden kann der Reallohnabbau in der jetzigen Situation nur durch die Zusammenfassung der Kraft und Kampfstärke aller Arbeiter der ganzen Branche. Man braucht sich nur ungefähr auszurechnen, wieviel der Reallohn tatsächlich gesunken ist, dann wird schnell klar, daß solche Beträge auch bei einer noch so kampfstarken Belegschaft heute nicht im Betrieb durchgesetzt werden können. Weiters stehen bei den KV-Verhandlungen auch solche Fragen zur Debatte, die überhaupt in betrieblichen Kämpfen nicht oder nur äußerst schwer im Sinne der Arbeiterschaft geregelt werden können. So z.B. die unbedingt notwendige Anhebung der kollektivvertraglich festgelegten Mindeststundenlöhne, oder die Abschaffung der "Spezial"-Lohngruppen für Frauen und Jugendliche. Auch in Bezug auf bessere Abfertigungsregelungen ist es fast nur auf kollektivvertraglicher Ebene möglich, Besserungen durchzusetzen. Und auch wenn es in einem Betrieb gelingt, hier etwas zu erkämpfen, ist es unbedingt notwendig, das im Kollektivvertrag abzusichern.

Daher ist es nicht nur notwendig, jetzt im Betrieb die Gegenwehr gegen die Angriffe der Kapitalisten zu organisieren, man muß sich auch rechtzeitig darauf vorbereiten, bei den Kollektivvertragsverhandlungen so weit als möglich die eigenen Interessen durchsetzen zu können. Dazu ist es jetzt vor allem notwendig sich über die wichtigsten Fragen für den kommenden Abschluß eine Meinung zu bilden, damit bei Beginn der Verhandlungen unter den Arbeitern bereits weitgehend Klarheit darüber herrscht, was beim kommenden Kollektivvertragsabschluß erreicht werden soll.

Worum geht es bei den Verhandlungen?

Seit dem Inkrafttreten des letzten Kollektivvertrags mit Februar 1976 hat der Lohnabbau bei den Arbeitern und Angestellten das ganze Jahr angehalten. Bereits der letzte Abschluß war so niedrig, daß die in den vergangenen 15 Monaten erfolgte Teuerung schon nicht mehr ausgeglichen wurde. Bei den kommenden Verhandlungen müßte es auf jeden Fall einmal darum gehen, das Real-

Fortsetzung von Seite 15

Konkursversicherung geplant...

Der Konkurs-Rekord im letzten Jahr hat tausenden Arbeitern und Angestellten den Arbeitsplatz und oft auch den Lohn gekostet. Dementsprechend gewachsen ist auch die Empörung darüber und dementsprechend stark war der Druck auf die ÖGB-Führung. Jeder Konkurs ist zudem ein schwerer Schlag für die Ideologie von der Partnerschaft zwischen Kapitalist und Arbeiter: der Kapitalist, der pleite geht, saniert sich noch privat dabei und rafft beiseite, was nur möglich ist. Die Geprellten sind die Arbeiter und Angestellten, die nun merken, wie weit es her ist mit der "Partnerschaft"

Die Versicherung ist nötig, aber keine Versicherung kann die Unsicherheit im Kapitalismus beseitigen

Auch wenn man auf ausständigen Lohn versichert ist, wird sich nichts daran ändern, daß man auf der Straße steht, wenn die Firma zusperrt. Daß durch den Arbeitsplatzwechsel - sofern man überhaupt gleich Arbeit findet - die Ansprüche aus dem früheren Dienstverhältnis (Urlaubsanspruch, Kündigungsfrist, Abfertigung, Anspruch auf Entgeltfortzahlung) verlorengehen.

Nichts ändern wird sich daran, daß weiterhin jährlich an die Tausend kleine und größere Betriebe von den Monopolen niederkonkurrenziert werden. Daß es keine Sicherheit gibt, solange das Eigentum an den Fabriken privat ist und der Kapitalist einfach zusperren kann, wenn es für ihn profitabler ist, als weiterzuproduzieren. Daß es keine Sicherheit gibt, solange nicht an der Stelle der Ausbeuterwirtschaft die im Interesse der Bedürfnisse des Volkes geplante sozialistische Wirtschaft errichtet wird.

Wenn nun die Arbeiter und Angestellten auf Lohnauszahlung versichert werden sollen, dann wirft das nur ein Licht auf Verhältnisse, in denen nicht einmal garantiert ist, das man was erhält für seine Arbeit.

Da die Konkurs-Versicherung in die Arbeitslosenversicherung eingegliedert werden soll, wobei dann im Konkursfall aus einem Gesamtfonds geschöpft werden soll, kann es natürlich dazu kommen, daß wiederum die Werktätigen den größten Teil der Versicherung selbst zahlen oder andrerseits der Staat überschüssige Gelder in Zeiten geringerer Konkursfälle für alle möglichen Zwecke verwendet, die mit den Interessen der Versicherten nichts zu tun haben. Dem kann nur entgegengetreten werden, wenn man entschieden für eine Verwaltung der gesamten Sozialversicherung durch die Versicherten selbst eintritt. Das bedeutet, daß man die Versicherung den Händen des Staates und der Kapitalisten entreißen muß, und für die Bezahlung aller Sozialversicherungsbeiträge ausschließlich durch die Kapitalisten eintritt.

I.Sch./Red.

lungen

lohnniveau zu halten. Die Kapitalisten haben bereits angekündigt, daß sie auf einen solchen Abschluß aus sind, der den Lohn weiter drückt. Für die Arbeiter müßte der Abschluß zumindest soviel bringen, daß keiner nachher weniger verdient als die Lebenshaltung sich seit dem letzten Abschluß verteuert hat. Das heißt, daß für jeden mindestens ein Schillingbetrag herausschauen müßte, der die Teuerung seit dem letzten Abschluß voll abgilt, und der auch die Verteuerung der Lebenskosten einkalkuliert, die in keinem Index aufscheint: die gestiegenen Ausgaben durch die zunehmende Arbeitsbelastung, die gestiegenen Steuern, Abgaben usw.

- Gerade die Erfahrungen im letzten Jahr und die Gefahr, daß es bereits 1977 zu einer neuerlichen Krisenvertiefung kommen kann, zeigen die Bedeutung, die den kollektivvertraglich festgesetzen Mindeststundenlöhnen zukommen. Die Mindeststundenlöhne sind derzeit so niedrig, daß kein Arbeiter davon einigermaßen leben könnte. So würde zum Beispiel ein Facharbeiter laut Kollektivvertrag nicht mehr als 33,- S brutto verdienen. Für die Lohngruppe 10 (jugendliche Arbeitnehmer) sind überhaupt nur 24,20,- S im Kollektivvertrag festgelegt.

Auch wenn es derzeit so ist, daß fast kein Arbeiter auf den Mindeststundenlohn angewiesen ist, so bedeutet diese niedrige Festlegung der Mindeststundenlöhne im Kollektivvertrag doch eine ständige Bedrohung für die Arbeiter. Man braucht sich nur an das letzte Jahr zu erinnern, wo in einer Reihe von Betrieben versucht wurde, mit der Drohung des Arbeitsplatzverlustes die tatsächlich ausgezahlten Löhne auf die im Kollektivvertrag festgelegten Mindeststundenlöhne zu drücken. Es kommt auch nicht von ungefähr, daß die Kapitalisten ebenso wie bei den Ist-Lohnerhöhungen bei den Mindeststundenlöhnen um jeden Groschen feilschen, bedeuten doch niedrige KV-Löhne bessere Bedingungen für sie, die Ist-Löhne im Betrieb zu senken. Es wäre notwendig, im Kollektivvertrag die Mindeststundenlöhne kräftig in Richtung Ist-Lohnniveau zu heben und die Differenz zwischen KV-Lohn und Ist-Lohn, die bereits bis zu 20,-S ausmacht, zu verringern.

- Eine weitere wichtige Frage, die im Zuge der Verhandlungen ansteht, ist die Höhe der Lehrlingsentschädigungen. Diese werden, im Gegensatz zu den Mindeststundenlöhnen kaum überbezahlt. Laut gültigem Kollektivvertrag liegt die Lehrlingsentschädigung zwischen 1.500,- (erstes Lehrjahr) und 3.200,- (viertes Lehrjahr). Diese Tatsache macht die Lehrlinge zum finanziell schlechtestgestellten Teil der Arbeiterschaft. Vor allem im ersten und zweiten Lehrjahr ist die Entschädigung so niedrig, daß ein Lehrling ständig seinen Eltern auf der Tasche liegen muß, wenn er nicht überhaupt von vornherein darauf verzichten muß, einen Beruf zu erlernen. Dazu kommt, daß die

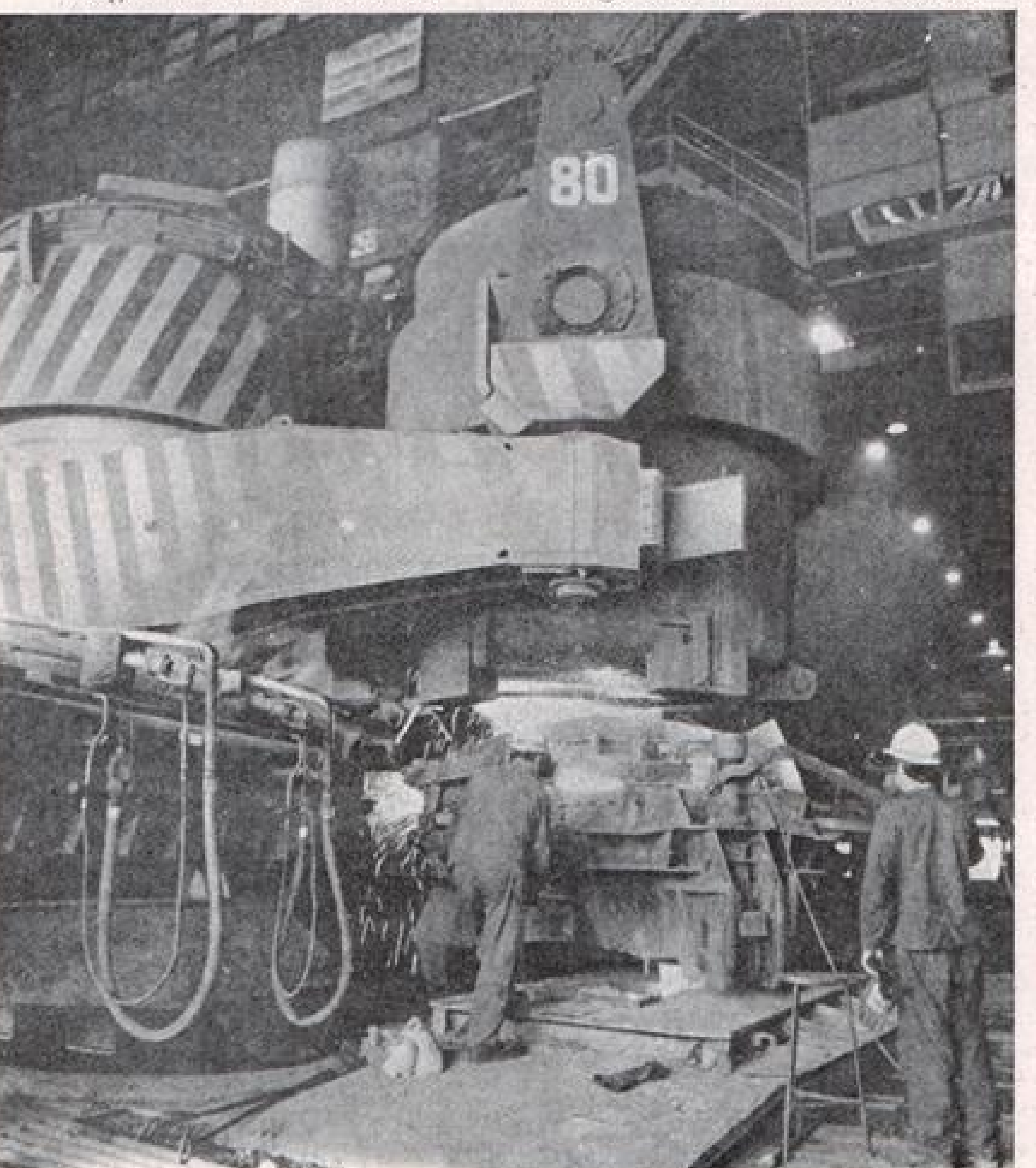
Fortsetzung auf Seite 18

VÖEST/Linz:
Durch Nacht- und Schichtarbeit in Lebensgefahr

Die Arbeit im Stahlwerk ist durch Hitze, Staub und Abgase schon tagsüber eine schwere Schinderei. Durch die Nacht- und Schichtarbeit wird sie noch drückender. So hat das flüssige Erz,das auf unserer Anlage (auf dem Bild eine ähnliche aus dem LD III-Stahlwerk) zu einem Strang gegossen wird, eine Temperatur von rund 1600 Grad C. Es ist weißglühend, milchflüssig und spritzt bei jedem Arbeitsgang über die Gießbühne. Entsprechend vorgeheizt und hitzestrahlend sind die Gießpfannen und Verteilerrinnen. Heiß bis glühend auch die Abdeckbleche, die Gasbrenner zum Vorheizen und natürlich die Kokille selbst, die wie die Verteilerrinne öfters gewechselt wird. Vor allem im Sommer klebt da bei der schweren Arbeit die Kluft klatschnaß auf der Haut, im Winter kommt die kalte Zugluft dazu.

Wegen der Arbeitshetze und dürftigen Sicherheitseinrichtungen ist die Unfallgefahr groß, vor allem die Gefahr schwerster Verbrennungen. Es vergeht auch fast keine Woche ohne schwereren Unfall im Stahlwerk. Kleinere Verbrennungen sind für jeden fast tägliche Gewohnheit. Davon zeugen die durchlöcherten Unterleibchen. Tatsächlich haben die meisten in den ersten Monaten Alpträume, bevor man abstumpft und damit noch mehr in Gefahr kommt.

Drastisch erhöht wird das Risiko auf jeden Fall in der Nachtschicht, die bei uns von 21 Uhr 30 bis 5 Uhr 30 dauert. Auch wenn man sich vorher ein, zwei Stunden hinlegt (was bei Pendlern, den Nebenerwerbsbauern und allen, die noch nebenher im Pfusch arbeiten, sowieso nicht drin ist) schafft man es bestenfalls bis Mitternacht ohne Schwierigkeiten. Spätestens nach vier Stunden bewegen sich alle wie Schlafwandler und sacken zusammen, sobald sie sitzen. Für die Kranführer ist das nicht anders, trotz Ablöse alle zwei Stunden. Denn bei nur zwei Stunden Schlaf werden Körper und Konzentration nicht wieder fit. Und ständige Konzentration ist erforderlich, wenn hunderte Tonnen flüssiges Erz in randvolle Pfannen, wenn glühende Verteiler, Kokillen und sonstige Lasten zentimetergenau versetzt und verfrachtet werden müssen.



Abguß einer 136-Tonnen-Schmelze, auf einer Stranggußanlage: Mit einer Temperatur von rund 1600°C wird der Rohstahl aus der Gußpfanne über die Verteilerrinne in die nach unten offene wassergekühlte Kupferkokille zu einem Strang vergossen.

Wie mörderisch unter diesen Bedingungen die Profitproduktion werden kann, haben wir vor kurzem in einer Nachtschicht gegen 4 Uhr früh erfahren. Nach einer Fehlreaktion eines Kranführers sind über uns zwei Kräne zusammengestoßen. Dadurch ist die an den Trossen des angefahrenen Krans hängende Verteilerrinne auf die mit flüssigem Erz gefüllte Verteilerrinne gekracht. Ich wollte im Winkel zwischen diesen beiden tonnenschweren Stahltrümmern gerade die Trossen aushängen und konnte mich nur mit einem Sprung und um Haaresbreite retten.

Nach dem ersten Schock und dem Abbruch des Gießvorgangs haben etliche Kollegen auf den Kranführer zu schimpfen begonnen. Daraus hat sich eine große Debatte entwickelt. Die Auffassung, daß der Kranführer schuld sei, hat dann schnell an Boden verloren. Demgegenüber hat die Ansicht immer mehr Zustimmung gefunden, daß die Profitjagd der Vöest die wirkliche Ursache ist. Einmal weil die Vöest auf unsere Kosten die nach ÖNORM 9600 vorgeschriebenen Anfahrsicherungen einspart, die durch elektronische Sperren den Zusammenstoß von Kränen verhindern könnten. Offensichtlich hat der die Anlage abnehmende "Sachverständige" mehr Verständnis für die Sache des Vöest-Profits als für die Sache der Belegschaft aufgebracht.

Den großen Profit schöpft die Vöest aber vor allem aus unserer Knochenarbeit über acht endlose Nachtstunden, die unsere Gesundheit ruiniert, Aufmerksamkeit und Konzentration absinken läßt und uns damit in Lebensgefahr bringt. Die meisten Kollegen stimmten deshalb auch darin überein, daß die Nachtarbeitszeit in unserem Stahlwerk (wo man aus technischen Gründen nachts nicht überhaupt abstellen kann) auf vier Stunden, das wäre die Hälfte des Normalarbeitstages beschränkt werden sollte.

P.K./Linz

Fortsetzung von Seite 17

... Metall- und Bergarbeiter KV

Kapitalisten die niedrige Entschädigung nutzen zur Ausbeutung der Lehrlinge als billige Hilfskräfte und zum Ausspielen gegen die älteren Arbeiter.

Schon am 14. Bundesjugendkongreß des ÖGB wurde für das dritte Lehrjahr die Forderung nach 75% vom Facharbeiterlohn erhoben. Gleichzeitig wurde damals aber auch eine gestaffelte Bezahlung der Lehrlinge festgelegt (1.Lehrjahr 40%, 2.Lehrjahr 55%), was wieder bedeuten würde, daß im 1. und 2.Lehrjahr kein Lehrling von der Entschädigung leben könnte.

• Aber trotz des Beschlusses wurde bei den letzten Verhandlungen nichts in dieser Richtung im Kollektivvertrag festgelegt. Dagegen hat es bereits in den Jugendgewerkschaften Proteste gegeben. In einigen Jugendgruppen wurden Beschlüsse gefaßt, die ebenfalls in Richtung einer ausreichenden Entschädigung gehen. Dort wurde auch die Forderung nach mindestens 3.000,- S für jeden Lehrling aufgestellt. Diese Forderung ist sehr wichtig, solange die 75%-Forderung zwar die Grundlinie angibt, aber nur für das 3.Jahr steht.

Das im Kollektivvertrag zu verankern, würde sowohl die Lage der Lehrlinge entscheidend verbessern, als auch die Spaltung in der Arbeiterschaft herabsetzen.

• Eine besonders schädliche und spalterische Bestimmung im Kollektivvertrag, für deren Änderung man eintreten müßte betrifft die "Spezial"-Lohngruppen für Frauen und Jugendliche. Diese Lohngruppen (6,8,9,10) dienen den Kapitalisten zu nichts anderem als die Löhne bestimmter Arbeitergruppen nieder zu halten. Das bedeutet für die Kapitalisten aber nicht nur billige Arbeitskräfte, sondern ermöglicht es ihnen gleichzeitig, diese Gruppen als Lohndrücker gegen die anderen Arbeiter einzusetzen.

• Wurden im letzten Jahr die Abfertigungsbestimmungen auch etwas verbessert, so sind sie doch immer noch äusserst unzureichend. Noch immer ist es so, daß ein Arbeiter erst nach 5 Jahren Betriebszugehörigkeit Anspruch auf Abfertigung hat, was gerade angesichts der Tatsache, daß die Kapitalisten jetzt wieder Arbeitskräfte aufnehmen, die, sobald die Auftragslage ein bißchen sinkt, erneut auf der Straße stehen werden, völlig ungenügend ist. Eine wirkliche Verbesserung bei den Abfertigungen wird erst dann erreicht werden, wenn die Abfertigung nicht an eine bestimmte Dauer der Betriebszugehörigkeit gebunden ist, sondern wenn jeder Arbeiter sofort nach Ablauf der Probezeit Anspruch auf eine einmonatige Abfertigung hat.

Eine weitere Sache, die im Zusammenhang mit den Abfertigungsbestimmungen unbedingt aus dem Kollektivvertrag gestrichen werden müßte, betrifft die Ausnahmeregelung für die Gießereikapitalisten. Diese brauchennämlich bei Auflösung des Betriebes entweder überhaupt keine oder nur einen Teil der Abfertigung auszahlen. Das bedeutet, daß in einem solchen Fall Arbeiter, die zufällig in einem solchen Betrieb beschäftigt waren, nicht einmal Anspruch auf die kollektivvertraglich festgelegte Abfertigung haben.

• Und schließlich sollte im Kollektivvertrag endlich eine Bestimmung getroffen werden, die es den Kapitalisten verbietet, Arbeiter zu kündigen, die sich gerade im Krankenstand oder im Urlaub befinden. Dieses Vorgehen ist bei einer Reihe von Kapitalisten besonders beliebt, weil dadurch alles ruhig und einfach abläuft, ohne daß der Betroffenen überhaupt anwesend ist. G.Sch.

Geretsberg/OÖ: Streik der Busfahrer

Am 9.September führten 40 Kraftfahrer des Autobusbetriebes Scharinger Geretsberg (Oberösterreich) einen einstündigen Warnstreik durch. Der Streikbeschluß, der vom Betriebsrat gefaßt wurde, wurde durch die Landesorganisation Oberösterreich der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr (HTV) unterstützt.

Der Grund des Warnstreiks war, daß die Kraftfahrer von Linienfahrzeugen und Schulbussen sich schon seit Jahresbeginn 1976 bemühen, von der oberösterreichischen Landesregierung eine Zusage zu erhalten, daß im kommenden Winter die Räumung und Streuung der Straßen Oberösterreichs besser durchgeführt wird und rechtzeitig erfolgt: da diese Zusage bisher unterblieb, wurde dieser Warnstreik durchgeführt.
(Nach "Zeitrad", Organ der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr, Nr.10/76)

Textil KV: Ein guter Abschluß?

Wie ernst der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder, Steinle die Forderungen seiner Gewerkschaft und seine Äußerungen selbst nimmt, zeigen seine Erklärungen auf einer kürzlich stattgefundenen Landesleitungssitzung in Graz. Jetzt gehe es unter anderem um eine Angleichung der Löhne an das österreichische Durchschnittsniveau. (Die Löhne liegen 25-30% unter dem österreichischen Durchschnittsniveau). Die Gewerkschaft werde alles daransetzen, um bis zum Jahr 1979/1980 den Lohnrückstand der Textil-,Bekleidungs- und Lederarbeiter gegenüber dem österreichischen Durchschnittsniveau um die Hälfte abzubauen. Genau dieselben Worte haben wir unter anderem auch auf dem 10.Gewerkschaftstag dieser Gewerkschaft gehört.

Dazwischen liegt aber der Abschluß der Textilarbeiter, der alles andere als eine Angleichung der extrem niedrigen Löhne der Textilarbeiter an die österreichischen Durchschnittsverdienste brachte, ein Abschluß, der nicht einmal den bisherigen Reallohn sichert: Die Arbeiter bekommen nur ca. 400,- S brutto mehr. Außerdem ist die Erhöhung auf den Kollektivvertragslohn schlechter ausgefallen als auf den Ist-Lohn. Dabei wäre es gerade notwendig gewesen, die Kollektivvertragslöhne kräftig in Richtung Ist-Lohnniveau zu erhöhen, weil die Kapitalisten sehr oft auf den Kollektivvertragslohn zurückgreifen.

Steinle gibt nun vor, daß dieser Abschluß richtig gewesen wäre und meint noch, daß analoge Resultate auch für die Beschäftigten der Bekleidungs- und Schuhindustrie zu erwarten wären. Zudem er den Abschluß der Textilarbeiter als richtig ausgibt, will er nun auch die anderen Abschlüsse auf diesem Niveau festlegen. Das zeigt uns, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter die Gewerkschaftsführer auf klare und richtige Forderungen festlegen müssen und selbst in die Verhandlungen eingreifen müssen.

Kapsch/Wien
Wir lassen uns nicht spalten - Innerbetriebliche für alle

Die Empörung im Betrieb über die Aufteilungsart der innerbetrieblichen Lohn- und Gehaltserhöhung ist groß. Die 3,5 % der Lohn- bzw. Gehaltssumme sollen vom Meister bzw. Abteilungsleiter nach Gutdünken auf ihre Abteilung aufgeteilt werden.

Ein Teil der Kollegen soll überhaupt nichts bekommen;
ein Teil ein bißchen etwas;
die anderen etwas mehr usw.

Damit wird die Belegschaft gespalten, Mißtrauen, Neid, Konkurrenzdenken sollen unter die Kollegen getragen werden.

Wer daran Interesse hat, sind die Kapsch-Kapitalisten und ihre Firmenleitung. Sie profitieren davon, wenn die Einigkeit der Belegschaft durch solche spalterischen Verteilungsmethoden von Lohnerhöhungen untergraben wird.

Der Betriebsrat unterstützt die Firmenleitung dabei. Die Argumentation ist bekannt: Eine solche Form der Lohnerhöhung schaffe die Möglichkeit, Lohnunterschiede auszugleichen, indem die Schlechterverdienenden mehr bekommen als die, die mehr verdienen. Das ist absurd. Denn kein Abteilungsleiter oder Meister verteilt die Lohnerhöhung nach diesem Gesichtspunkt - das hat man schon voriges Jahr gesehen.

Auf diese Argumentation fällt auch kaum jemand mehr herein. Deshalb ist das zweite Argument: Mit dieser Form der Lohnerhöhung wird die Leistung honoriert - die "Fleißigen" bekommen mehr, die "Faulen", die "Obezahrer" und die "Blaumacher" bekommen nichts.

Das sagt die Firmenleitung auch - und manche Kollegen glauben, dass da doch etwas Wahres dran sei.

Es ist aber doch so, daß vom "Obezahn" nicht die Rede sein kann - außer bei den hohen Angestellten und verschiedenen Abteilungsleitern oder Meistern, deren "Arbeit" im Kommandieren und Antreiben der Kollegen besteht. Aber gerade diese Herrschaften brauchen sich um ihre Gehaltserhöhung keine Sorgen zu machen.

Die Arbeiter und der Großteil der Angestellten arbeiten genug - was wir an unserer Müdigkeit am Abend und am Wochenende merken und die Kapsch-Kapitalisten an ihren Profiten.

Dagegen hat sich bei der vorjährigen Innerbetrieblichen gezeigt, wer vor allem leer ausgeht: Kollegen, die sich nicht alles gefallen lassen, die z.B. für bessere Arbeitsbedingungen eintreten. Diese Kollegen sollen bestraft werden, damit sie aufhören, sich zu wehren und schön ruhig werden, um vielleicht beim nächsten Mal nicht leer auszugehen - da sie ja jeden Groschen mehr gut brauchen könnten.

Was wir brauchen ist dagegen ganz klar: Die 3,5 % der Lohnsumme müssen auf alle gleichmäßig aufgeteilt werden!

R.B.
Zelle Kapsch/Wien

Küche im Franz-Josefs-Spital
Menschenunwürdige und gesundheitsgefährdende Zustände

"Wenn das nicht eine Küche der Gemeinde Wien wäre, sondern eine private, dann wäre sie schon längst gesperrt worden! Bei uns tummeln sich die Schaben und Mäuse zwischen den Kochtöpfen..."....und.."schon seit 15 Jahren verspricht man uns diese Bruchbude herzurichten oder überhaupt eine neue Küche zu bauen,...geschehen ist aber gar nichts!", erzählt eine empörte Diätassistentin.

Im Gewerkschaftsflugblatt der Gemeindebediensteten "Für Dich" heißt es über die Küche im FJ-Spital: *"Was es dort zu sehen gibt, und unter welchen Bedingungen dort unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten müssen, ist einfach unglaublich.*
Die Fenster der Spitalsküche sind in einem desolaten Zustand, die Fensterstöcke- und flügel vermorscht. Durch fingerdicke Fugen zieht es. Unsere Kollegen sind einer ständigen Zugluft ausgesetzt. Viele Erkrankungen sind die Folge.
Der Fußboden ist die reinste Rutschbahn, er stellt eine echte Gefahr dar. Mehrere Unfälle gehen auf sein Konto. Das Wasser vom Küchenfußboden dringt durch die Decke und rinnt über die Mauern. Die Traversen sind verrostet. Und ausgerechnet hier im Keller befindet sich eine 'Garderobe' für einen Teil des männlichen Küchenpersonals. Dieser Raum ist derart naß, daß Schuhe und Kleider verschimmeln. Die 40 Kolleginnen und Kollegen der Küche haben nur einen Baderaum mit 2 kleinen Duschen ohne Trennwände. Insgesamt stehen ihnen 2 WC zur Verfügung. Zur Händereinigung während des Kochvorganges und der übrigen Arbeit sowie nach Benützung des Klosetts muß mit einem einzigen Waschbecken das Auslangen gefunden werden."

Von der Spitalsdirektion erfährt man, daß jetzt ohnehin alles in Ordnung gebracht wird.

Was wird aber in Wirklichkeit gemacht? Vom Küchenpersonal erfuhr ich, daß nur die Fenster frisch hergerichtet werden und ein paar Löcher in der Wand verputzt werden. "Das ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein", meinte eine Bedienstete. "Was wir aber bräuchten, wäre überhaupt eine neue Küche. Schon seit 15 Jahren vertröstet man uns, - immer mit derselben alten Leier: die Gemeinde hat halt kein Geld dafür!"

Ob wir am Arbeitsplatz unsere Gesundheit aufs Spiel setzen müssen, oder ob das Essen der Patienten unter den unhygienischsten Zuständen zubereitet werden muß, ist den Gemeindebossen egal. Während sie großzügig die den Werktätigen über Steuern und Tarife abgepreßten Gelder den Kapitalisten hinten und vorne in die Taschen stecken, sparen sie bei uns beim Allernotwendigsten.

Auch die gewerkschaftliche Vertretung, der Vertrauenspersonenausschuß (Betriebsrat) im Franz-Josefs-Spital, weiß seit Jahren über die katastrophalen Zustände in der Küche genau Bescheid. Oft genug wurde er von den Kollegen aus der Küche auf ihre Probleme aufmerksam gemacht und aufgefordert, etwas zu tun. Außer ein paar halbherzigen Versprechungen, die dann nie eingelöst wurden, ist aber bisher nichts Entscheidendes geschehen.

Das ist weiter nicht verwunderlich. Denn solange sich der Betriebsrat der derzeitigen Gewerkschaftsführung, die in diesem Fall nur die Interessen der Gemeinde vor Augen hat, beugt, wird für uns weiterhin nicht viel herausschauen.

Das kann sich aber schnell ändern, wenn wir unserem Betriebsrat bei der Vertretung unserer Interessen gegenüber der Gemeinde ordentlich den Rücken stärken, etwa indem das Küchenpersonal unter allen Kollegen des Franz-Josefsspitals für die Forderung nach Neubau der Spitalsküche Unterschriften sammelt. Ein solcher Schritt zur Herstellung der Einheit der Kollegen würde die Position des Betriebsrates gegenüber dem Dienstgeber beträchtlich stärken, und damit die Voraussetzung für die Mobilisierung der ganzen Kraft der Belegschaft durch den Betriebsrat schaffen. Dann wird es auch möglich sein, wie es uns heute die Postler und ihre Gewerkschaft zeigen, etwa durch die Androhung, nur "Dienst nach Vorschrift" zu machen, unsere Forderungen gegenüber der Gemeinde durchzusetzen! P.Z.

Zelle Allgemeines Krankenhaus /Wien

Gewerkschaft fordert höheres Km-Geld

Da zahlreiche öffentlich Bediensteten vor allem auch im Postbereich, ihr Privatauto für Dienstzwecke verwenden müssen, Autopreise, Reparaturpreis und Benzinpreise aber ständig steigen, hat die Gewerkschaft der Öffentlich Bediesteten an den Finanzminister die Forderung nach Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes gestellt. Nach monatelangen Verhandlungen hat nun das Finanzministerium ein Angebot gemacht, das niedriger ist als 1974: 2,40.- bie 1500 Kubikzentimeter. Die Gewerkschaft lehnt dieses niedrige Angebot ab, ein weiterer Verhandlungstermin wurde für den 18.Oktober angesetzt. Kampfmaßnahmen wurden angekündigt, sollten die Gewerkschaftsforderungen nicht erfüllt werden. In diesem Fall wollen die öffentlich Bediensteten sich weigern, ihr Privatauto für Dienstzwecke zu verwenden, bis ein kostendeckendes Kilometergeld festgesetzt ist.

Post: Protest gegen Rationalisierungsprogramm wächst
Neun-Punkteprogramm der Gewerkschaft

Wo der Staat als Unternehmer auftritt, führt er sich nicht anders auf als private Kapitalisten. Die Regierung und die Manager der Verstaatlichten Industrie und der Staatsbetriebe (z.B.Bahn, Post), das sind die Vertreter des Kapitals, die den Kollegen dort gegenüberstehen.

Auf die Wirtschaftskrise haben sie überall in den verstaatlichten Unternehmen und im Öffentlichen Dienst mit einem verschärften Druck auf die Arbeiter und kleinen Angestellten und Beamten, mit Reallohnabbau und Antreiberei reagiert.

Die längste Zeit schon sind die Kollegen von Post und Telegraph unter Beschuß gekommen. Einerseits hat die Generaldirektion der Post und Verkehrsminister den "Unternehmensplan 1975-79" eingesetzt. Dieser bestimmt eine laufende beträchtliche Ausweitung der Leistungen der Post, so zum Beispiel sollen in diesem Zeitraum die Fernanschlüsse um gut 1/3 steigen.

Gleichzeitig erleben die Postler:

- *Reallohnabbau, weil das laufende Gehaltsabkommen völlig unzureichend ist*
- *Aufnahmestop seit 2 Jahren; jetzt soll der Beschäftigtenstand um weitere 2% oder ca.1000 Kollegen sinken (laut Abendjournal, 4.10.)*
- *Die Generaldirektion bestimmt, daß sofort um 5% weniger Überstunden zugelassen werden. Das bedeutet eine Verschärfung des Reallohnabbaus, viele sind bei dem schlechten Gehalt auf Überstunden einfach angewiesen.*
- *Die Wiedereinführung der Samstagsarbeit für die Briefpostzustellung wird erwogen.*
- *Der Finanzminister wälzt Pläne für eine "Kommerzialisierung" und "Reprivatisierung" und damit soll den Postlern Angst gemacht werden, weil das noch weitergehendere Verschlechterungen zur Folge hätte.*

Durch all diese Manöver ist die Unruhe unter den Postlern angewachsen. Fürs erste sah sich daher die Regierung gezwungen, die Personaleinsparungen zurückzunehmen (Kurier, 5.10.76). Doch wird weiterhin von "betrieblichen Einschränkungen" gesprochen. So wird der Reinigungsdienst bereits eingespart (in Graz) und die Wartung der Postautos oder anderer nicht postspezifischer Angelegenheiten sind der nächste geplante Schritt.

In dieser Situation ist jetzt die Gewerkschaft mit einem 9-Punkte-Programm für die Herbstarbeit unter die Kollegen gegangen:

- *Entschließung der Gewerkschaft (siehe Klassenkampf 3/76) gegen die Versuche der Regierung zur Kürzung des Personalstands, Wiederaufnahme des Samstagdienstes und der Kommerzialisierung des Post- und Fernmeldebetriebes*
- *Höheres Kilometergeld*
- *Feiertagsregelung*
- *Urlaubsrecht*
- *Pragmatisierung von Teilbeschäftigten*
- *Dienstzweigegesetz*
- *Beförderungsrichtlinien*
- *Überstellungsverluste*

Unterstützen wir alle die Forderungen, die unsere Einheit stärken und der Verteidigung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen dienen. Fassen wir unsere Forderungen und die Schritte zu ihrer Durchsetzung in Resolutionen auf dem Arbeitsplatz zusammen, und zwingen wir damit die Gewerkschaft gegen den Unternehmer Staat eine entschiedene Position zur Verteidigung unserer Interessen zu vertreten.

H.Wö./Wien/Red.

Leserbrief

Schikanierung einer Arbeitslosen

Im Juli dieses Jahres verlor ich aus Einsparungsgründungen meinen Arbeitsplatz als Helferin in einem Privatkindergarten, in dem ich drei Jahre eingestellt war. Vom Arbeitsamt erhalte ich nun nur für 4 1/2 Monate Arbeitslosengeld und das beträgt ganze 987,-S monatlich. Davon kann man nicht leben.

Da ich noch in der Ausbildung stehe, d.h. die Externistenprüfungen für Kindergärtnerin mache und das Abendgymnasium für Berufstätige seit 2 Jahren besuche, könnte ich also nur eine Teilzeitarbeit annehmen, die man in Kärnten schon lange kaum mehr bekommt.

Nun erfuhr ich zufällig, daß es möglich sei, vom Arbeitsamt eine Beihilfe für eine begonnene oder erst beginnende Ausbildung zu erhalten. Doch der zuständige Herr vom Arbeitsamt erklärte mir dazu, daß ich:

1. für die Abendschule gar nichts bekäme, da "die Matura schließlich keine Ausbildung sei" (ohne die ich aber die Kindergartenprüfung nicht ablegen kann),
2. für die Kindergärtnerinnenprüfungen ich vielleicht eine Unterstützung bekäme, wenn ich folgende Sachen vorlege: einen Lebenslauf, ein Ansuchen, einen ausgefüllten Fragebogen des Arbeitsamts, eine genaue Bestätigung der Kindergärtnerinnenschule und den Nachweis, daß Kindergärtnerinnen gebraucht werden. Gleichzeitig fügte er hinzu: "Ich kann mir aber bei dem Kindergärtnerinnenüberschuß nicht vorstellen, wie Sie diese Bestätigung von der Landesregierung bekommen sollen."

Ich versuchte es dennoch. Nach einem erfolglosen Besuch bei der zuständigen Stelle der Landesregierung rief ich die Frau Landesfachinspektorin für Kindergärten an und bat Sie um die Bestätigung. Sie ließ mich zehn Minuten warten und erklärte mir dann, dafür leider nicht kompetent zu sein. Als ich dann fragte, wer denn eigentlich dafür zuständig sei, wenn nicht sie, die höchste Stelle, gab sie mir den "guten" Tip, mich noch einmal beim Arbeitsamt zu erkundigen.

An meinem Beispiel kann man recht gut sehen, welche Schwierigkeiten einem Arbeitslosen in diesem Staat bereitet werden, wenn er um seine "großartige" Arbeitslosenunterstützung aufzubessern, noch andere Beihilfen (die ihm von Rechts wegen zustehen) erhalten will. Durch diese Schwierigkeiten lassen sich bestimmt viele von vornherein abschrekken. Daß es so kompliziert und bürokratisch zugeht, wenn ein Arbeitsloser die ihm zustehende Unterstützung haben will und er dann darauf verzichtet bzw. verzichten muß, liegt im Interesse dieses Staates, der nichts mit den Interessen der Werktätigen gemein hat.

G.K./Klagenfurt

Korrektur zur Nettolohnberechnung in der letzten Nummer

Der Redaktion sind bei der Bearbeitung des Artikels "Lohnsteuer frißt immer mehr weg" in der letzten Nummer des "Klassenkampf" (3/76) schwerwiegende Fehler unterlaufen. Bei der zweiten Tabelle wurde eine irreführende und ganz falsche Methode angewandt. Von den neuen Brutto-Löhnen abzüglich Sozialversicherung und Lohnsteuer wurde einfach "die Inflation" abgezogen und als neuer "Nettolohn" dem alten Nettolohn gegenübergestellt. Mit dieser Methode wurde "bewiesen", daß nach der Erhöhung die Arbeiter und Angestellten weniger auf die Hand bekommen werden, was falsch ist. Darüber hinaus wurde die "Inflation" vom alten Bruttolohn berechnet und die jährliche Inflationsrate zugrunde gelegt, obwohl z.B. die Laufzeit des Metall- und Bergarbeiter-Kollektivvertrags 15 Monate betragen dürfte. Ferner war auch die Annahme einer 9%-Lohnerhöhung nicht realistisch. So hat Sekanina auf einer Vorarlberger Betriebsrätekonferenz erklärt, daß bei den Metall- und Bergarbeitern mit 7% abgeschlossen werden sollte. Eine Aussage, die zwar später dementiert wurde, aber offensichtlich gezielt in die Welt gesetzt worden war. Im Folgenden haben wir zwei neue Tabellen zusammengestellt, denen eine 7,5%-Lohnerhöhung und die Steigerung des offiziellen Index für den gesamten Zeitraum des laufenden Metallkollektivvertrags zugrundegelegt wurden. Dabei wurde von der Steigerung der offiziellen Indexpunkte für die Laufzeit des KV ausgegangen. (Index Dez. 75: 167,3; Sept.76: 177,6 - entspricht 6,2% für die ersten neun Monate, oder geschätzt für 15 Monate Laufzeit: 10,3%).

Was bleibt einem Metallarbeiter nach 7,5% Lohnerhöhung, abgeschlossen im März 1977

	brutto	Sozialversicherung	brutto minus Sozialversicherung	Lohnsteuer(I) mit Alleinverdienerfreibetrag, 1 Kind	netto (I)	Lohnsteuer ohne Alleinverdienerfreibetrag, 2 Kinder, je zur Hälfte veranlagt (II)	netto (II)
alt	6000,-	834,-	5166,0	0	5166,-	163,70	5002,30
neu(+7,5%)	6450,-	896,55	5553,45	73,30	5480,15	273,30	5280,15
alt	7500,-	1042,50	6457,50	325,30	6457,50	525,30	6257,50
neu(+7,5%)	8062,50	1120,77	6941,73	460,70	6481,03	660,70	6281,03
alt	9000,-	1220,10	7779,90	696,30	7083,60	896,30	6883,60
neu(+7,5%)	9675,-	1279,16	8395,84	869,--	7526,84	1096,00	7326,84
alt	10500,-	1351,35	9148,65	1082,90	8065,75	1282,90	7865,75
neu(+7,5%)	11287,50	1420,30	9867,20	1322,20	8545,00	1522,20	8345,00

Wie hoch müßte der Nettolohn sein, um die Teuerung abzugelten?

netto(I), bei 7,5% Erhöhung	um 10,3% Teuerung abzugelten müßte der Nettobetrag hoch sein:	netto(II), bei 7,5% Erhöhung	um 10,3% Teuerung abzugelten müßte der Nettobetrag hoch sein:
5480,15	5698,10	5280,15	5517,54
6481,03	7177,62	6281,03	6902,02
7526,84	7813,21	7326,84	7592,61
8545,00	8896,52	8345,00	8442,98

Die Redaktion wird in Zukunft besonders Augenmerk darauf richten, beim Umgang mit Zahlenmaterial sorgfältig vorzugehen, um dem Klassenfeind keine unnötigen Angriffsflächen zu bieten.

Abfangjäger:

Ein wei des Bundes -

Ende August flog Lütgendorf zusammen mit sechs Parlamentsabgeordneten und Bundesheeroffizieren in einer israelischen Militärmaschine nach Israel, "um sich persönlich ein Bild vom Mehrzweckflugzeug 'Kfir-C-2' zu machen". Das Gelände der israelischen Herstellerfirma "Israel Aircraft Industries" war auf Wunsch Lütgendorfs während der Vorführung für Journalisten hermetisch abgeriegelt worden. "Informierte Kreise sind der Auffassung, daß bei der gegenwärtigen Sparwelle, die von der Regierung ausgelöst worden sei, Lütgendorf die Frage der Beschaffung von Abfangjägern möglichst klein spielen will. Insbesondere könne er keinerlei Zusagen machen, da die Grundsatzentscheidung, ob sich Österreich zum Schutz seines Luftraums überhaupt Abfangjäger leisten soll, noch nicht gefallen ist." (alle Zitate: Presse, 18.8.1976)

Die Forderung nach der Anschaffung von Abfangjägern wird seit der Bundesheerreform 1971 immer wieder von österreichischen Militärs erhoben. Moderne Abfangjäger sind Jagdflugzeuge, die mit doppelter Schallgeschwindigkeit (2400km/h) fliegen können, die mit Lenkraketen bewaffnet sind, welche imstande sind, ihr Ziel selbständig zu suchen und die mit elektronischen Ausrüstungen ausgestattet sind, welche es gestatten, mit Überschallgeschwindigkeit in Bodennähe zu fliegen, feindliche Radaranlagen auszuschalten und feindliche Lenkwaffen zu bekämpfen. Solche Abfangjäger sind technisch höchstentwickelte und automatisierte Systeme, bei denen der Pilot kaum mehr selbständige Entscheidungen zu treffen hat. Sie sind auch dementsprechend teuer. Sie kosten je nach Ausrüstung und Leistung zwischen 100 und 400 Millionen Schilling pro Stück! Und dabei stellen Abfangjäger nur einen Bruchteil der gesamten Kosten für eine wirksame Verteidigung des Luftraumes gegen einen hochgerüsteten Gegner dar. Diese Gesamtkosten sind für Österreich zu groß. Die österreichische Militärpolitik hat dieser Tatsache Rechnung getragen. "Die bereits fertiggestellte Doktrin der Raumverteidigung, auf die selbstverständlich Ausrüstung, Organisation und Ausbildung abgestimmt werden, bietet einem potentiellen Angreifer ein Konzept an, dessen Regeln er nicht vorausbestimmen kann, das auf seine Waffensysteme nicht wunschgemäß reagiert und das Blitzsiege fast unmöglich

terer Schritt zur Einbeziehung heeres in die NATO-Konzeption

macht. Es wird damit aber auch der für einen Kleinstaat unlösbaren Aufgabe einer Luftraumverteidigung eine Alternative gegenübergestellt. Die Luftraumüberwachung in Krisen- und Neutralitätsfällen erübrigt sich damit allerdings nicht." (Lütgendorf in Österreichische Militärische Zeitschrift, 2/72). Die Anschaffung von Abfangjägern soll dieser Luftraumüberwachung in Friedenszeiten dienen. Der Widerspruch, daß Lütgendorf zwar für den Frieden, (Krisen- und Neutralitätsfall) eine Luftraumüberwachung für notwendig hält, gleichzeitig aber (was sich offensichtlich auf den Kriegsfall bezieht), die Luftraumverteidigung als eine für einen Kleinstaat unlösbare Aufgabe darstellt, ist nur ein scheinbarer. Tatsächlich ist auch in Friedenszeiten die Überwachung des österreichischen Luftraumes eine unlösbare Aufgabe. Die Aufgabe, die zu lösen ist, besteht vielmehr darin, daß dem NATO-Luftüberwachungssystem auf österreichischem Territorium ein Vorposten gegen die Warschauer Pakt Staaten eingeräumt wird.

Diese immer intensivere Zusammenarbeit des Bundesheeres mit der NATO ist kein Zufall. Ihre Gründe liegen im geänderten westeuropäischen Bedrohungbild und in der wirtschaftlichen Kettung Österreichs an die NATO-Staaten, insbesondere an die USA und die BRD, die Österreich zu einem Teil des westlichen imperialistischen Lagers macht.

Im NATO-Luftraumüberwachungs system soll eine Lücke geschlossen werden

Mit riesigem Aufwand haben sich die Militärblöcke der beiden Supermächte in aller Welt mit einem "elektronischen Verhau" von Radarsystemen umgeben, der auch in Friedenszeiten voll in Tätigkeit ist. "Typisch für derartige Systeme ist das NADGE (Nato Air Defence Ground Environment), ein multinationales Programm an dem 14 NATO-Staaten, teils als Finanziers, teils als Lieferanten, teils als beides beteiligt sind und dessen Anlagen sich auf neun europäische NATO-Staaten verteilen. Es erstreckt sich von Norwegen über Mitteleuropa (überdeckt also voll auch Österreich) bis in die Türkei ... Rund 20 % des Kapitals, das für die europäische Luftverteidigung aufgewendet wurde, steckt in diesem Großsystem. Die Erfassungsbereiche gehen über die Grenzen der NATO-Staaten etwa 300 bis 600 km hinaus". (Brigadier Sigmund in ÖMZ 4/75) Die Luftverteidigung der NATO hat in Spannungszeiten vor Kriegsausbruch die Aufgabe die Flugbewegungen jenseits der Grenzen zu erfassen und zu analysieren, um einen drohenden Überraschungsangriff aus der Luft abwehren zu können.

Für die Luftabwehr stehen der NATO in Europa neben dem genannten Radarfrühwarnsystem NADGE noch Flugabwehr-Raketenverbände und Abfangjägerverbände zur Verfügung. Dabei liegt das Hauptproblem für die NATO gerade in den kurzen Anflugstrecken für den Gegner, was bei der laufenden Steigerung der Fluggeschwindigkeiten zu außerordentlich kurzen Warn- und Reaktionszeiten führt. So können z.B. Luftangriffe auf die BRD in 3 (Hamburg) bis maximal 21 (Saarbrücken) Minuten nach Überfliegen ihrer Ostgrenze erfolgen.

Österreich bildete in diesem NATO-Konzept dabei bisher einen schwachen Punkt. Der Gebirgszug der Alpen schafft zahlreiche "radartote" Räume und schwer zu lösende Probleme bei der Identifizierung feindlicher Flugzeuge. Unser Gelände ist also förmlich eine Einladung für die Luftwaffe der Warschauer Pakt Staaten, die NATO-Luftverteidigung durch Benützung österreichischen Luftraumes zu unterfliegen oder zu umgehen. Solange nicht auch in Österreich Luftraumüberwachungsanlagen und Abfangjäger installiert sind, solange stellt Österreich eine weiche Flanke der NATO für Luftangriffe dar. Die Anstrengungen des Bundesheeres auf diesem Gebiet können daher nicht allein mit den österreichischen Bedürfnissen auf militärischem Gebiet erklärt werden. Sie sind vielmehr Teil einer Abstimmung mit dem NATO-Konzept.

So wurde im Jahre 1973, dem Jahr der Inbetriebnahme von NADGE, mit dem "Unternehmen Goldhaube" begonnen, der Errichtung von je einer Großraumradarstation am Kolomansberg in Oberösterreich (die inzwischen in Betrieb ist) und auf der Koralpe in der Steiermark. Erst mit diesen Stationen, die mehr als 2 Milliarden Schilling kosten und ins NADGE integriert sein werden, wird es der NATO möglich sein, den Flugverkehr in der ganzen Tschechoslowakei und in Ungarn zu überwachen.

Wenn es nach dem Willen der NATO-Machthaber und ihrer Handlanger im österreichischen Bundesheer geht, dann sollen auch 24 Abfangjäger in Österreich stationiert werden und praktisch die NATO-Luftflotte gegen den Warschauer Pakt stärken.



Die beiden österreichischen Großraumradarstationen bilden eine wichtige Ergänzung des NATO-Frühwarnsystems "NADGE".

Diese Pläne sind offenbar in ein konkretes Stadium getreten. Vier konkurrierende Flugzeughersteller haben bisher ihre Maschinen dem österreichischen Bundesheer präsentiert. Im Frühjahr 1975 hatten die schwedischen SAAB-Werke ihr neues Allwetter-Jagdflugzeug Viggen JA-37 auf dem Flugplatz Langenlebarn vorgeführt. Das Flugzeug erreicht in weniger als 100 Sekunden nach dem Lösen der Bremsen eine Höhe von 10.000 Metern, hat eine hochentwickelte Elektronik-Anlage mit Zielsuch-und Verfolgungseinrichtungen und kann mit einer Vielfalt von Waffensystemen ausgerüstet werden, die von Kanonen und Bomben über ungelenkte Raketen bis zu weitreichenden Lenkwaffen für sieben Aufhängepunkte unter Tragflächen und Rumpf reichen. Eine Maschine dieses Typs kostet mehr als 200 Millionen Schilling. Darüber hinaus haben sich die Schweden bereiterklärt, für eine Übergangszeit den Österreichern eine Anzahl von Abfangjägern des älteren Typs "Draken" leihweise zur Verfügung zu stellen. Die SAAB-Werke haben auch ein verlockendes Kompensationsgeschäft vorgeschlagen: Die Semperit-Werke können durch die Übernahme von Aufträgen einen Teil der Kosten in Form von Waren, die Österreich nach Schweden transportiert, dekken.

Im Herbst 1975 hatten die Bundesheerpiloten die Möglichkeit, den amerikanischen Abfangjäger F5-E Tigre II der Firma Northrop zu testen. Dieses Flugzeug ist für das Bundesheer unter anderem deshalb von Interesse, weil sich heuer die Schweizer Armee entschlossen hat, ihre Luftwaffe damit auszurüsten. Das Angebot liegt im Preis unter dem schwedischen Viggen. Der NATO wäre dieser Typ schon allein deshalb am willkommensten, weil seine elektronische Ausrüstung dem NATO-Standard am besten entspricht.

Die französische Firma Dassault liegt mit ihrer "Mirage F-1", die 150 Millionen pro Stück kostet, nicht besonders gut in der Konkurrenz, weil sie nach der Vorführung im April 1976 keine Zusagen über günstige Zahlungsbedingungen machen konnte, weil der französische Staat auf Barzahlung bei Waffenverkäufen besteht.

Der israelische "Kfir C-2", der einen Nachbau der "Mirage" mit amerikanischem Triebwerk und eigener Elektronik darstellt, ist für die österreichische Bourgeoisie aus dem Grund verlockend, weil die Israelis einerseits einen sehr niedrigen Preis von 90 Millionen pro Stück verlangen und andererseits der VÖEST einen Riesenauftrag versprochen haben. Für Israel würde ein solcher Verkauf ein bedeutender politischer Erfolg und eine große Unterstützung in seinem Kampf gegen die palästinensische Revolution bedeuten. Das wissen auch die österreichischen Bourgeois.. "Der größte Nachteil der israelischen Option (d.h. des Angebots, W.K.) liegt auf politischem Gebiet. Das Herstellerland liegt im unruhigen Nahen Osten; es gilt Rücksicht auf den arabischen Markt zu nehmen, der vermehrt erschlossen werden soll. Offen ist schließlich auch, die damit zusammenhängende Ersatzteilfrage. Wer garantiert im Krisenfall den Nachschub?" ('Presse' vom 28.8.1976)

WK

Erdbeben in Friaul: Das kapitalistische System entwaffnet den Menschen im Kampf gegen die Natur

Am 15.September ereignete sich in Friaul ein neuerliches schweres Erdbeben in einer ununterbrochenen Kette seit dem 6.Mai. Die Folgen dieses neuerlichen Bebens waren schlechthin katastrophal: Häuser und öffentliche Einrichtungen, die in mühevoller Arbeit von der Bevölkerung aufgerichtet worden waren, brachen wieder zusammen, die meisten der noch intakten Fabriken wurden total zerstört, Verkehrsverbindungen, Wasser- und Stromleitungen wurden unterbrochen. Die Ausmaße der Zerstörung sind eine Folge davon, daß alle Neubauten der letzten Monate überstürzt und als Provisorien aufgebaut worden sind, ohne den entsprechenden Schutzbestimmungen, wie sie in den erdbebengefährdeten Gebieten gefordert sind, zu entsprechen.

Die Kapitalisten haben das Kapital, soweit es nicht durch die Beben zerstört wurde, aus der Region gezogen und für die nächste Zeit haben sie nicht vor, sich dort wieder anzusiedeln. Der Präsident der Industriellenvereinigung von Gemona, Bertoli, hat bereits klargelegt: "Für uns Industrielle liegt das Haupterfordernis für die Wiederaufnahme der produktiven Aktivitäten in dieser Zone, in gesicherten Verhältnissen und in einem festen Stock von Arbeitern."

Solange die kapitalistische Produktionsweise existiert, bestimmen und beherrschen diejenigen, in deren Privatbesitz sich Maschinen und Rohstoffe, die Produktionsmittel befinden, auch über die Möglichkeiten rasch und organisiert Hilfe und Wiederaufbau zu leisten.

Den friaulischen Arbeitern bleibt nichts anderes übrig, als sich den Bedingungen der Kapitalisten zu unterwerfen. Sie werden daran gehindert, ihre Arbeitskraft im Erdbebengebiet selbst zum Wiederaufbau einzusetzen, weil für das Profitstreben der Kapitalisten die Friaul uninteressant geworden ist. Die Verhältnisse zwingen sie, dorthin zu gehen, wo sie einem Kapitalisten ihre Arbeitskraft verkaufen können.

Für die kapitalistische Regierung hat das gleichzeitig den Vorteil, daß man die Probleme der friaulischen Bevölkerung aus dem Auge verliert, indem man einfach das Gebiet von seinen Menschen säubert. In diesem Sinn "beobachtet" die Regierung Andreotti diese Entwicklung mit Genugtuung und setzte entsprechende Maßnahmen, um der Bevölkerung der Friaul den Entschluß zum Verlassen zu "erleichtern".

Die Friulaner haben lange gezögert. Nach dem 15.September erst verließen sie zu Zehntausenden ihre Heimat; nicht freiwillig, sondern unter dem Druck der Verhältnisse, die ihnen keinen anderen Ausweg mehr bieten. In Gemona ist die Bevölkerungszahl nach dem Beben von 11.500 auf 5000 gesunken, in Trasaghis von 4800 auf 1400. In Gemona wurden den nach einer Woche weder Decken noch Wasser ausgegeben; es war nicht abzusehen, wann die unterbrochenen Stromleitungen wieder funktionsfähig gemacht würden. In Bordano ist die Ausgabe von Nahrungsmitteln eingestellt worden. Von den versprochenen 15.000 Soldaten sind nur 3000 eingetroffen und diese hatten in der Hauptsache den Auftrag, die Bevölkerung bei der Evakuierung zu unterstützen. An wirksame Maßnahmen zum Wiederaufbau der betroffenen Gebiete dachte die Regierung im Moment nicht, die Unterstützungsmaßnahmen sollen erst im Frühjahr in Angriff genommen werden.

In den Badeorten an der Adria leben die Friulaner nun zusammengepfercht unter den schlechtesten Bedingungen und der Willkür von Handelskapitalisten ausgesetzt und den Spekulanten, die die trostlose Lage der Geflüchteten und die Lebensmittelknappheit ausnützen und mit den Preisen um 50 % und mehr hinaufgehen.

Die kostenlose Verteilung der Lebensmittel verläuft chaotisch und planlos; es fehlt am Nötigsten. Aber das Schlimmste, sagen die Friulaner, ist die Ungewissheit und der Druck einer völlig ungewissen Zukunft.

Nicht genug, daß die Regierung keinerlei Anstrengungen machte, die Schäden des Erdbebens so schnell wie möglich zu beseitigen, daß sie keinerlei Maßnahmen ergriff, um die Arbeitsbedingungen der Bevölkerung zu sichern, besaß sie auch noch die Frechheit, Steuererleichterungen für die Friulaner als wirksame Unterstützung anzupreisen, wo doch klar sein muß, daß es in der Region keine Arbeit gibt, die Bevölkerung also größtenteils auch keine Steuern zahlt. Dazu kommt noch, daß der Ministerrat am 17.9. unter dem Deckmantel der Hilfe für Friaul eine Ausplünderungswelle für die gesamte italienische Bevölkerung beschlossen hat, das sogenannte "una tantum", eine Sonderabgabe, die 163 Milliarden erbringen soll. Zurecht sind die Italiener, die dem Schicksal der Bevölkerung von Friaul gewiß nicht gleichgültig gegenüberstehen, empört über diese Maßnahme. Fortschrittliche Organisationen haben erklärt, daß diese Sondersteuer nichts als ein Teil der gesamten Steuerausplünderung ist, wenn auch mit einem hübschen Namen versehen, und daß dieses "una tantum" in Wirklichkeit ein "una semper" ist. Die italienische Bevölkerung hat guten Grund der Regierung und ihrer Finanzpolitik zu mißtrauen. Noch gut erinnert man sich an die Erdbebenkatastrophe im Belice-Tal 1968, in Anschluß an die vom Parlament ebenfalls Millionengelder aus den Geldtaschen des Volkes bewilligt wurden. Bis heute allerdings sind die damals einkassierten und gesammelten Gelder nicht den Obdachlosen in Belice zugekommen. Die Gelder sind vielmehr in den Händen einer Erdölgesellschaft gelandet, die damit ihre Anlagen ausgebessert und vergrößert hat.

(Nach Informationen aus "Lotta Continua", "Quotidiorno dei Lavoratori") U. H.

Die Folgen eines Erdbebens im sozialistischen China und im kapitalistischen Italien.



Wattens *Diese Gegenüberstellung auf einer Wandzeitung hat in Wattens großes Interesse hervorgerufen. Die Zelle Swarovski verkaufte sechs "Peking Rundschau", in der über den Kampf gegen die Folgen des Erdbebens in der Volksrepublik China berichtet wird.*

Kapitalisten sind an Erdbebenvorhersage nicht interressiert

Nach dem ersten großen Beben in der Region Friaul hat eine Gruppe italienischer Professoren öffentlich erklärt, daß es möglich und in der Praxis erwiesen sei, Erdbeben rechtzeitig zu erkennen und vorauszusagen. Sie stützten sich dabei auf eine von der UNESCO veröffentlichte Untersuchung, sowie auf die praktischen Beispiele aus der Volksrepublik China, wo es Seismologen, unterstützt von sorgfältigen Beobachtungen durch die gesamte Bevölkerung, gelungen war, das Beben vom 4.2., mit der Stärke von 7,3 vorauszusagen. Sie prangerten die Haltung der italienischen Regierung an, die sich weigert, für diesbezügliche Nachforschungen Mittel bereitzustellen und deckten auf, daß die letzte Karte über Erdverschiebungen, die auf der Grundlage der ständigen Beobachtungen und Messungen mindestens einmal jährlich angelegt werden müßte, aus dem Jahr 1962 stammt.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt hat die amerikanische Wirtschaftszeitung "Science News" im Auftrag von Wirtschaftskreisen eine Untersuchung über die sozialen und ökonomischen Auswirkungen einer Erdbebenvorhersage herausgegeben. Nach diesen Untersuchungen würden durch die Vorhersage eines Erdbebens vom Standpunkt der kapitalistischen Profitwirtschaft grosse Verluste entstehen. An Hand von Beispielen aus der Wirklichkeit enthüllte die Zeitschrift, daß Erdbebenvorhersagen, eine wirkungsvolle Bekämpfung dieser Naturkatastrophe deshalb für die Kapitalisten riskant und unprofitabel ist.

Eines der Beispiele: Das "Institut of Technology" sagte für das Gebiet von S.Fernando Valley in der Nähe von Los Angeles ein Beben mittlerer Stärke voraus. Eine Woche nach der Veröffentlichung hatten bereits vier der großen Versicherungsgesellschaften den Verkauf von Erdbebenpolicen eingestellt. Ein Kreditinstitut stellte die Vergabe von Hypotheken für das betroffene Gebiet ein. "Science" veröffentlichte weiters, daß der Stadtrat von Los Angeles bereits in Erwägung gezogen hatte, jeden, der eine Erdbebenvorhersage veröffentlicht, auf Schadenersatz zu verklagen, falls die Immobilienwerte fallen sollten.

Es ist die Herrschaft des Privateigentums, die die Massen in Friaul im Kampf gegen die Naturkatastrophe entwaffnete. Erst wenn der Mensch Vorrang vor dem Profitstreben einiger weniger hat, erst im Sozialismus wird der Mensch imstande sein, über die Natur zu triumphieren.

Die sozialistische Volksrepublik China, wo in den letzten Monaten und Jahren gewaltige Erfolge in der Voraussage von Erdbeben erzielt werden konnten, und wo gerade jetzt erfolgreich der Kampf gegen Erdbebenfolgen geführt wird, liefert uns dafür ein großartiges Beispiel.

U. H.

Spanien

Die Kampffront gegen das Faschistenregime weitet sich aus

Am 21.September traten die Postarbeiter in Madrid in einen Streik um höhere Löhne. Anfangs versuchte die Regierung noch mit mehreren 100 "freiwilligen" Streikbrechern die Kampffront der Postler aufzuweichen. Dieser Versuch wurde jedoch zunichte gemacht angesichts der breiten Unterstützung, die die Postarbeiter in ihrer Auseinandersetzung mit den staatlichen Dienstherren bekamen: Die 800 Angestellten der Postsparkasse Madrid begannen am 27.9. mit einem Solidaritätsstreik und am gleichen Tag dehnte sich der Streik auf 42 der insgesamt 52 spanischen Provinzen aus. Das Regime wagte es nicht, die Postbeamten unter Militärbefehl zur Arbeit zurückzutreiben, wie es das im Frühjahr getan hatte."Die spanischen Offiziere fürchteten, daß die Armee bei der Bevölkerung als Repressionsmacht in Verruf gelangen könnte, wenn sie sich allzu oft für das Zerschlagen von Streiks, mit denen die zivilen Behörden nicht fertig werden, hergibt." (Neue Zürcher, 29.9.) Am 1.10. karrte das Militär einen Lastwagen voll Soldaten zum Madrider Hauptpostgebäude, die man als Briefträger einsetzen wollte. Die streikenden Briefträger empfingen sie mit dem Ruf: "Armee, in die Kasernen!" - Die Soldaten blieben in ihren Fahrzeugen sitzen, ohne auszusteigen.(Neue Zürcher, 3./4.10.)

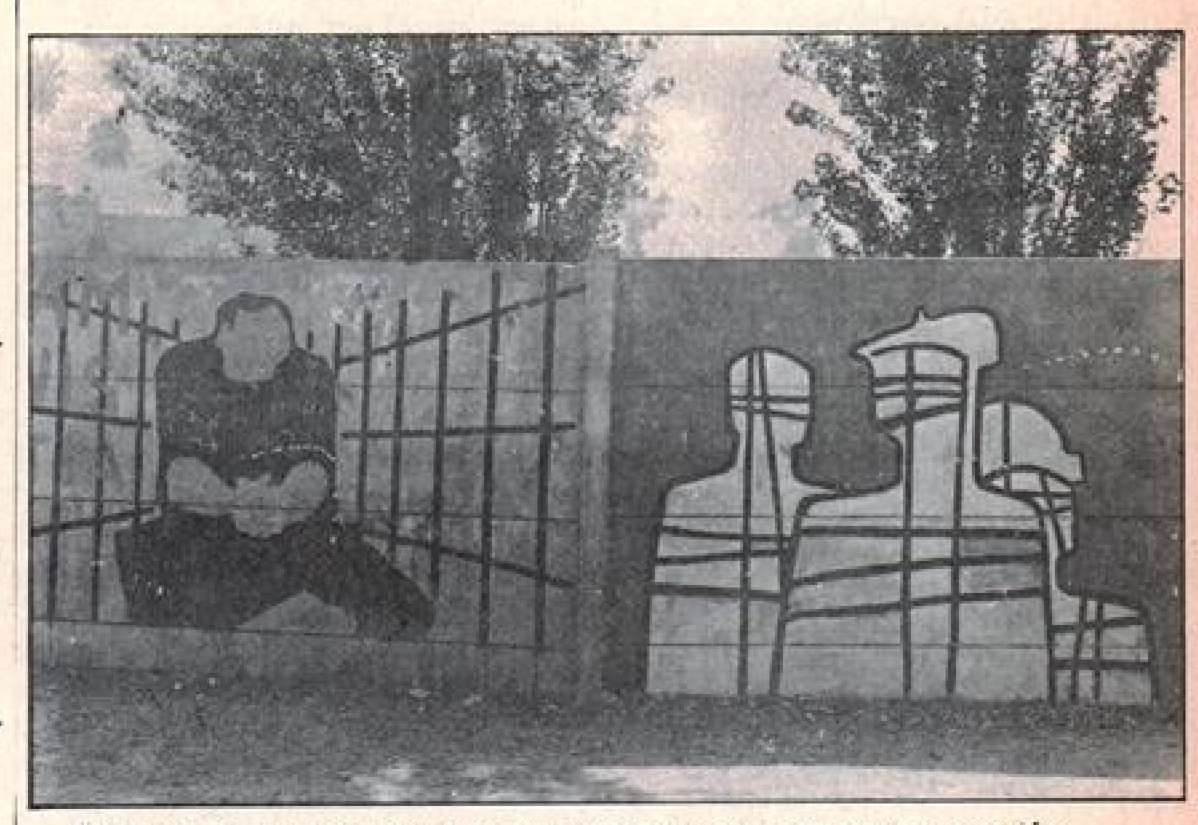
Über 200.000 Arbeiter von Madrid hielten am 1.Oktober einen "Kampftag" -Streik ab als Antwort auf den Mord an einem Studenten, der am Tag zuvor bei einer Kundgebung von der Guardia Civil ermordet worden war. Die staatlichen Gewerkschaftsyndikate versuchten den Streik zu sabotieren, trotzdem aber wurde in zahlreichen Fabriken auf Versammlungen, die von den Arbeiterkommissionen organisiert wurden, die Beteiligung an diesem Proteststreik gegen die Gewalttaten des Faschistenregimes beschlossen. Führend waren die Arbeiter aus den Metall-, Maschinenbau- und Druckereibetrieben. Zahlreiche Fabriken mußten geschlossen werden. (Hsinhua, 2.10.)

Der Frage der gewerkschaftlichen Organisation kommt bei allen Streiks in den letzten Wochen eine steigende Bedeutung zu. Sowohl beim Streik der Postarbeiter, wie auch bei den streikenden Metallarbeitern von Sabadell, bei den Bauarbeitern von Galizien wurde neben den Forderungen um Löhne und Arbeitsbedingungen immer auch die Forderung nach gewählten gewerkschaftlichen Vertretern erhoben. "Die Arbeiter lehnen es ab, daß die Verhandlungen mit dem Betrieb oder mit dem Staat durch Vertreter der 'Franco-Syndikate' geführt werden und stellten in allen Fällen die Forderung, daß ihre frei gewählten Vertreter für sie sprechen." (Presse, 6.10.) Das bringt das Regime und die Kapitalisten in eine unangenehme Lage, denn sie sehen sich gezwungen, "direkte Fühlung mit den neuen Sprechern der Arbeiter zu suchen, die legal nicht anerkannt sind." (Presse, 6.10.)

Die gelben staatlichen Einheitssyndikate, die einzig legalen Arbeiterorganisationen befinden sich offensichtlich in Auflösung; ihre Funktion als Hebel der faschistischen Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse können sie nicht mehr erfüllen. Deshalb bastelt die Regierung seit einigen Wochen an einer "Syndikatsreform", womit sie sich allerdings auf kein Vertrauen unter der spanischen Arbeiterklasse stützen kann. Die Massen haben ausreichend Erfahrungen mit den "Demokratisierungsbestrebungen" der herrschenden Klasse, die sich noch jedes Mal als eine neue Form der Kontrolle und Unterdrückung erwiesen haben und die zu nichts anderem dienen, als den Vorwand zu liefern, gegen die, die sich diesem Schwindel widersetzen, noch brutaler und grausamer vorzugehen.

Die Völker Spaniens wissen, daß sie von "oben" nichts geschenkt erhalten, daß sie sich ihre Rechte und Freiheiten selbst erkämpfen müssen. Und dieses Wissen steigert die Kampfkraft und Entschlossenheit der Arbeiterklasse und des Volkes in Spanien. Das zeigen die Kämpfe der letzten Wochen.

M.Z.



Überall in Spanien werden die Forderungen des Volkes auf die Straße getragen. Hier eine Wandmalerei in Bilbao: AMNESTIE!

500.000 im Generalstreik für »volle Amnestie«

Unter dieser Losung hatte fast die gesamte baskische Opposition zu einem Generalstreik am 27.September aufgerufen, dem Jahrestag der Ermordung von 5 Antifaschisten durch Francos Henker. Der Generalstreik wurde zum breitesten, den das Baskenland je gesehen hatte. Eine halbe Million Arbeiter aus Industrie, Handel, Erziehungs- und Dienstleistungssektor beschlossen in Versammlungen am Streik teilzunehmen. In Ondarroa waren alle Geschäfte geschlossen - ausgenommen das des Bürgermeisters. In der Fabrik Cuberteria Trikol de Asturias blieben nur 3 Zeugen Jehovas bei der Arbeit. In vielen Orten demonstrierten Tausende mit Transparenten und der Baskenfahne, die trotz Verbots überall wehte.

Italien: Imperialistisches Sanierungsprogramm

Unter dem Druck der EG-Kommission hat die italienische Regierung sich bereit erklärt, die bestehende Bardepotpflicht, bei der Importeure einen Teil des Wertes der eingeführten Waren bei der italienischen Staatsbank zu hinterlegen haben, um 40% zu senken und im Laufe der nächsten Monate überhaupt auf Null abzubauen. Die kapitalistische Regierung ist zu diesem Schritt gezwungen, weil die imperialistischen Partner in der EWG ansonsten weitere Kredite gesperrt hätten. Die eigenen Währungsreserven Italiens reichen gerade für die laufenden Kredit- und Zinsenrückzahlungen aus, sodaß es sich beim Internationalen Währungsfonds erneut mit 500 Millionen Dollar verschulden muß. Im Jahr 1977 wird Italien noch weitere 1,6 Milliarden Dollar brauchen, um die Zinsen für die rund 16 Mrd. Dollar Auslandsschulden begleichen zu können (Presse, 5.10.).Die Verlängerung ihres laufenden Kredits von 2 Milliarden Dollar benutzen die BRD-Imperialisten dazu, die italienische Regierung an die "Einhaltung wirtschaftspolitischer Verpflichtungen, die Italien früher bei internationalen Kreditabmachungen eingegangen" sei, (Handelsblatt, 27.8.) zu erinnern, womit offensichtlich eine verschärfte Gangart gegenüber der Arbeiterklasse gemeint ist.

Auswirken wird sich die Aufhebung der Bardepotspflicht für die werktätigen Massen in Italien in Form stark steigender Inflation, die sich schon jetzt durch den seit September 1975 gestiegenen Großhandelspreisindex um 26% abzeichnet. Gegen die wachsende Staatsverschuldung sieht die Regierung Andreotti gemäß dem Diktat der europäischen Imperialisten die Sanierung des Staatshaushaltes auf dem Rücken der Arbeiter vor, sowie einen Lohnstopp und Maßnahmen zur verschärften Auspressung der Arbeitskraft, wie z.B. die Umwandlung von bisher arbeitsfreien kirchlichen Feiertagen in Arbeitstage. Preiserhöhungen für Tabakwaren hat Andreotti schon Anfang Oktober erlassen, Erhöhungen der Tarife für staatliche Dienstleistungen und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hat er in Aussicht gestellt. 4.000 Milliarden Lire will sich die Regierung auf diese Art zusätzlich aus den Taschen der Arbeiterklasse holen.

Die Revisionisten von der KPI erklärten ihre "Übereinstimmung" mit diesem arbeiterfeindlichen Sanierungsprogramm der Regierung, mit dem die Arbeitskraft der italienischen Werktätigen noch stärker der Profitgier der imperialistischen Konzerne preisgegeben wird.

M.Z.

Bundestagswahlen in der BRD

Die Stabilität ist hin!

"Kontinuität, aber auch Gefahr einer Instabilität" - so faßte die "Presse" die in- und ausländischen Meinungen über das Wahlergebnis in der Bundesrepublik zusammen. Die Bourgeoisie ist sich also unsicher, wie der Wahlausgang jetzt tatsächlich einzuschätzen ist. Die sozialdemokratische SPD hat zwar Verluste erlitten, allerdings nicht so weitreichende, daß man von einem "Rechtsruck" sprechen könnte. Dementsprechend sind auch die beiden Koalitionsblöcke in der BRD unzufrieden und unsicher. Die Rechtskoalition CDU/CSU ist enttäuscht, weil die von ihr gestellte Alternative "Freiheit oder/ statt Sozialismus" nicht so recht gegriffen hat, und die sozialdemokratisch-liberale Koalition hat sich für die "Stabilität" und das "Modell Deutschland", mit dem sie in den Wahlkampf gezogen ist, eine deutlichere Behauptung ihrer Mehrheit erwartet.

Das "Modell Deutschland" der Sozialdemokratie hat einen Riß bekommen. Die "Stabilität" Deutschlands ist schon seit langem mit einem Anwachsen der spontanen Streik- und politischen Massenbewegung in der BRD in Widerspruch geraten. Sie ist angeschlagen worden durch Streiks insbesondere in der Metallindustrie, durch den harten Streikkampf bei den Druckern, durch die Bewegung im öffentlichen Dienst gegen Lohnraub, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung. An zahlreichen Orten haben sich demokratische Massenbewegungen entzündet gegen die Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat; so z.B. in Heidelberg und in Frankfurt gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den Verkehrsmitteln; so im Kampf gegen Einsparungen im Volksbildungswesen; an vielen Schulen finden Streiks der Lehrer und Demonstrationen von Eltern, Schülern und Lehrern gegen diese Einsparungen statt; eine andauernde Protestbewegung richtet sich auch gegen das Abtreibungsstrafrecht und gegen die politischen Säuberungen im Staatsdienst. Immer häufiger geht in der BRD die Polizei gegen alle diese Bewegungen vor, und noch häufiger muß sie sich auch vor ihnen zurückziehen - am deutlichsten ist ihr das im Kampf gegen das Kernkraftwerk in Wyhl passiert.

Das von der Sozialdemokratie gepriesene "Modell Deutschland" hat sich als ein Modell der Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Massen herausgestellt zum Zweck der Erhöhung der Profite der Kapitalisten und der Expansion des westdeutschen Monopolkapitals, um auch aus anderen Ländern Profite herauszuschlagen.

Dieser Kurs wird von der Finanzbourgeoisie diktiert.

Das "Handelsblatt", die Zeitung der bundesdeutschen Kapitalistenklasse, hat noch vor Bekanntwerden des Wahlergebnisses für den Tag nach der Wahl folgenden Satz in Druck gehen lassen: "Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist mehr zu einem Methodenproblem als zu einer Frage der Inhalte geworden, die weitgehend vorgegeben sind." Die "vorgegebenen Inhalte" sind Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse



und Unterdrückung der demokratischen Massenbewegungen im Volk, sowie die Expansion des BRD-Imperialismus. Problematisch erscheint der deutschen Kapitalistenklasse die Methode der Durchsetzung. In welcher Richtung sie dabei denkt, darüber gibt das abgedruckte Plakat Auskunft.

Die Verschärfung der Ausbeutung und der politischen Entrechtung der Massen wird in Zukunft mit Schmidt an der Regierung nicht leicht durchzusetzen sein. Noch schwerer tut sich die Finanzbourgeoisie, eine solche Form der Unterdrückung der Arbeiterklasse mit einer Kohl/Strauß - Regierung auszuüben, weil der CDU/CSU die Machtpositionen in der bürgerlichen Gewerkschaftsführung fehlen, die die Bourgeoisie für die Niederhaltung der Massen braucht.

Die Arbeiter und Angestellten Westdeutschland werden sich dagegen wehren, und für diese Kämpfe brauchen sie eine marxistisch-leninistische Führung. Der "Kommunistische Bund Westdeutschlands" hat den Wahlkampf genutzt zu einer Entlarvung der bürgerlichen Parteien, die den Kurs der verschärften Reaktion betreiben, und hat das Ziel propagiert, eine revolutionäre Kommunistische Partei in den fortdauernden Kämpfen der Volksmassen aufzubauen. Daß dafür die Bedingungen gut sind, hat sich gezeigt während des Wahkampfes, wo es mehrmals gelungen ist, den Wahlveranstaltungen der Bürgerlichen den Charakter der Selbstbeweihräucherung zu nehmen und sie zu einer Tribüne der Anklage ihrer reaktionären Politik zu machen. Die 21.415 Erststimmen und die 19.970 Zweitstimmen, die der KBW in den Bundestagswahlen bekommen hat, zeigen, daß sich die Organisation beim Aufbau der Kommunistischen Partei auf einen festen Stab von Revolutionären stützen kann.

M.Z.

LETZTE MELDUNG ZUM LIBANON:

Am 11.10, dem selben Tag, an dem die USA erneute Lieferungen hochmoderner Waffen an Israel beschließt, gibt die PLO in Beirut bekannt, daß israelische Verbände im Südlibanon gemeinsam mit den Faschisten kämpfen. Diese Angriffe auf die PLO sollen deren Verbände verstärkt binden und die syrische Offensive im Bergland östlich von Beirut fördern (ORF, Herald Tribune)

Korea-Veranstaltung

Die Ortsgruppe Wien des Kommunistischen Bundes Österreichs veranstaltete am 22.September eine Informationsveranstaltung über Korea. Neben Referaten über die Geschichte der US-Aggression und den Kampf des koreanischen Volkes dagegen, sowie über den Widerstand gegen die faschistische Diktatur im Süden wurde auch ein Film über die Demarkationslinie und die ständige Verletzung des Waffenstillstandes durch die USA gezeigt. Die 300 Anwesenden beschlossen einstimmig, unter anderem die österreichische Bundesregierung aufzufordern, auf der 31. UNO-Vollversammlung die gerechten Vorschläge der Koreanischen Volksdemokratischen Republik - Ersetzung des Waffenstillstandsabkommen durch ein Friedensabkommen zwischen den beteiligten Parteien, USA und KVDR, Abzug der US-Truppen aus Südkorea - zu unterstützen. Die südkoreanischen Behörden wurden aufgefordert, die im August verurteilten demokratischen Persönlichkeiten und alle politischen Gefangenen freizulassen.

Arbeiterkundgebung in Seoul

Trotz Ausnahmezustand und dem Terrorregime Pak-Chung-Hees hielten am 18.9. südkoreanische Jungarbeiter eine Großkundgebung in Seoul ab, um die Freilassung eines Gewerkschaftsführers zu fordern, der Streiks der Textilarbeiter organisiert hatte, was unter der Herrschaft der US-Marionettenclique natürlich verboten ist. Als Polizei die Kundgebung angriff, wichen die Teilnehmer nicht zurück, sondern verteidigten sich mit äußerster Härte.

(Nach "Neue Zürcher Zeitung",22.9)

Aussprache zwischen der Arabischen Studentenorganisat

Am 6. Oktober fand eine Aussprache zwischen Vertretern der Arabischen Studentenorganisation und des Zentralkomitees des KB Österreichs statt. Dabei wurde die Arabische Studentenorganisation offiziell von der im August erfolgten Gründung des KB Österreichs informiert und es wurden einige Fragen von beiderseitigem Interesse beraten. Darunter die Vorstellungen beider Organisationen zur Aktionseinheitspolitik und die Teilnahme des seinerzeitigen KB Wien an einer im Juli vom Kurdischen Studentenverein in Österreich initiierten Demonstration vor der irakischen Botschaft.

Zur ersten Frage bekräftigte die Delegation des ZK des KB Österreichs den Standpunkt, den bereits der KB Wien im "Klassenkampf" Nr. 9/76 anläßlich der Libanon-Demonstration vom 22.6.1976 bezogen hatte, und es konnten einige damals entstandene Mißverständisse ausgeräumt werden.

Zur zweiten Frage stellte die Delegation fest, daß die Teilnahme an der genannten Demonstration ein schwerer politischer Fehler war und daß sie in Widerspruch zu seinerzeitigen Beschlüssen des KB Wien und auch zu den Auffassungen des KB Österreichs steht. In einem Flugblatt, auf dem der KB Wien als Unterzeichner aufschien, wurde die irakische Regierung als Komplize des US-Imperialismus bezeichnet und ihr Zusammenarbeit mit dem CIA vorgeworfen, was in offenkundigem Widerspruch zur tatsächlichen antiimperialistischen Politik des Irak steht. Weiters wurde die irakische Regierung als geschworener Feind des kurdischen Volkes bezeichnet, was in offenkundigem Widerspruch zur tatsächlichen Politik der irakischen Regierung steht, wie sie z.B. in der jüngst erlassenen Amnestie für Kurden

Die palästinensische Revolution ist unbesiegbar !

Die syrische Invasion im Libanon soll die palästinensische Revolution in die Knie zwingen, hoffen die Imperialisten. Ihre Rechnung ist bisher nicht aufgegangen. Im Gegenteil konnte die syrisch-faschistische Offensive im Libanongebirge Anfang Oktober gestoppt werden, und gleichzeitig schreitet die Aufstandsbewegung im gesamten besetzten Palästina stürmisch voran.

Erneute Massenkämpfe in Palästina

Im September wurde ein Plan des israelischen Gouverneurs von Nordgaliläa, Yisrael König, bekannt, der die "Reduzierung" des arabischen Bevölkerungsanteiles gegenüber dem jüdischen im 1948 besetzten Teil Palästinas (dem "israelischen Kernland") vorsieht: Abbau arabischer Arbeiter in den Fabriken, verstärkter Landraub an den arabischen Bauern und Rückreiseverweigerung für arabische Studenten aus Galiläa, die im Ausland studiert hatten - das sind die Hauptpunkte dieses famosen Konzeptes, das ein deutliches Licht auf den rassistischen und kolonialistischen Charakter des Zionismus wirft. Gegen diesen Plan haben bald darauf arabische und jüdische Bewohner Nazareths und Nordgaliläas demonstriert (vgl. "Klassenkampf", 3/76). Am 28.9. solidarisierten sich die Bewohner des Westuferlandes und des Gazastreifens mit ihnen in einem Generalstreik, der lückenlos durchgeführt wurde. In Nablus kommt es dabei zu Barrikadenkämpfen gegen die Polizei. Im 1948 besetzten Teil Palästinas führen am selben Tag sämtliche arabische Arbeiter im öffentlichen Dienst einen zweistündigen Streik durch. Am 3.lo. kommt es wiederum zu Strassenschlachten, diesmal in Nablus und Hebron. Die Armee geht mit Tränengas vor und verhängt eine Ausgangssperre. Zur selben Zeit streiken in den meisten Orten des Westuferlandes die Schüler.

Die israelischen Kolonialbehörden gehen dabei mit immer größerer Brutalität vor. Sie nehmen die Provokationen des "Gush Emunim" (einer militantzionistischen Sekte) gegenüber der nationalen und kulturellen Identität des palästinensischen Volkes zum Anlaß, um die Kämpfe als "Religionskrieg" darzustellen. Die israelische Armee nimmt den "Gush Emunim" natürlich in Schutz. Darauf kommt es am 5.lo. zu verstärkten Massendemonstrationen in Ramallah, Tulkarem, Jenin, Nablus, Hebron und Jerusalem, mit denen sich die arabische Bevölkerung im "israelischen Kernland" solidarisiert.

Die gesamte Aufstandsbewegung gegen die Kolonialmacht Israel in den letzten Wochen zeigt den wachsenden Zusammenschluß der palästinensischen Massen der 1967 besetzten Gebiete mit denen des 1948 besetzten Teils Palästinas. Sie hat in geringen Ansätzen auch Teile der jüdischen Bevölkerung erfaßt. Eine große Rolle spielten unter den Forderungen auch solche gegen die syrische Invasion im Libanon. Nichts kann den zionistischen Kolonialstaat, nichts kann sämtliche Imperialisten härter treffen als diese entschlossene Fortsetzung und bewußte Steigerung der palästinensischen Revolution.

Verstärkte Offensive Syriens und Einmischung von USA und SU im Libanon

Schließlich sind die imperialistischen Bestrebungen darauf gerichtet, die Führerin der palästinensischen Revolution, die PLO, im Libanon zu brechen und zu zerschlagen. Ende September versuchten Syrien und die "christlichen" Faschisten eine Offensive, um Westbeirut einzukreisen und seine Landverbindungen zum Südlibanon abzuschneiden. 24 kleinere Orte im Gebirge konnten sie nach erbitterter Gegenwehr der palästinensischen und nationalrevolutionären libanesischen Verbände erobern, doch schon am 2.lo. kam diese Offensive vor Aley zum Stehen, nachdem die syrisch-faschistischen Truppen schwere Verluste hinnehmen mußten und insgesamt nur einen 2o km breiten Streifen nördlich der Hauptstraße Beirut-Damaskus unter ihre Kontrolle brachten (Neue Zürcher, 3./4.lo.). Am lo.lo. beginnen wieder Verhandlungen zwischen Vertretern der PLO und des syrischen Verräterregimes.

Die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte USA und die Sowjetunion, benützen die syrische Invasion jetzt verstärkt für ihre direkte Einmischung im Libanon und im Nahen Osten. Beide Supermächte propagieren dabei die Einberufung einer "Genfer Friedenskonferenz". Der Geschäftsträger der Sowjetunion im Libanon "hat sich mit Präsident Sarkis besprochen und nach dem Treffen erklärt, sein Land sei nun zum ersten Mal direkt(!) und offiziell(!) in die Libanon-Frage verwickelt, weil es die Intervention fremder Truppen nicht billige" (Neue Zürcher, 3./4.lo.). Am 3.lo. veröffentlichte die Sowjetunion einen "Friedensvorschlag", der die Abhaltung einer Genfer Konferenz für November vorsieht: Dabei will sie internationale Garantien für die Sicherheit aller Staaten des Nahen Ostens (Israel ausdrücklich inbegriffen) übernehmen und den Abzug Israels aus dem 1967 besetzten Teil Palästinas fordern (Volksstimme, 3. lo.).

Die Beiruter Zeitung Al-Hawadess berichtete am 1.lo., Syriens Präsident Assad habe nach einem Briefwechsel mit Breschnew erklärt: "Wir erwarten von unseren sowjetischen Freunden, daß sie uns verstehen und auf unserer Seite sind." Assads Erwartungen sind berechtigt.

US-Außenminister Kissinger sprach sich am 29.9. und in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung am 3o.9. ebenfalls für eine Genfer Konferenz aus, allerdings nach "vorbereitenden Gesprächen", die offenkundig dem Zweck dienen sollen, den Einfluß der anderen Supermacht auf die Abwicklung dieser Konferenz zurückzudrängen. Über Zypern beliefern die USA die christlichen Faschisten täglich tonnenweise mit Waffen; an Syrien haben sie heuer erstmals um 8o Millionen Dollar Waffen verkauft, während die Sowjetunion den Hauptteil der syrischen Waffen liefert.

Politisch zielen die Imperialisten im Libanon darauf ab, daß sich das palästinensische Volk geschlagen gibt und Israels Existenz akzeptiert. Der heldenhafte Widerstand der libanesischen und palästinensischen Massen im Libanon und die revolutionäre Offensive im besetzten Palästina beweisen, daß sie damit nicht durchkommen.

a.g.

Protest gegen die Einmischung der beiden Supermächte im Nahen Osten

Rom, Zehntausende Menschen beteiligten sich am 25.September an einer Demonstration und Kundgebung zum Protest gegen die Einmischung der beiden Supermächte im Nahen Osten und für die Unterstützung des gerechten Kampfes des palästinensischen Volkes. Unter den Demonstranten waren Arbeiter, Angestellte, Studenten und Angehörige aus verschiedenen Teilen ganz Italiens, sowie Studenten aus den arabischen Ländern. Auf Transparenten und in Sprechchören wurde der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus propagiert: "An der Seite der palästinensischen Widerstandsbewegung im Kampf gegen die beiden Supermächte!", "Keine amerikanische und sowjetische Einmischung im Mittelmeer!", "Supermächte - raus aus dem Mittelmeer!"

(Nach Hsinhua, 28.9.1976)

Terror gegen Palästinenser und Revolutionäre im besetzten Palästina

Erklärung von Lutfia Hawari, Palästinenserin, nach 7 Jahren Haft ausgewiesen.

"Ich wurde verhaftet von den israelischen Behörden, gefoltert, inhaftiert und schließlich aus den besetzten Gebieten ausgewiesen, nachdem mein Haus mit Dynamit in die Luft gesprengt worden ist. Und das alles, weil ich Palästinenserin bin, weil ich das Bewußtsein erlangt habe, daß ich meine Würde als Angehörige des palästinensischen Volkes verteidigen und mit allen Mitteln gegen die zionistische Besetzung kämpfen muß.

Die Folgen der Folterungen, denen ich seit 1969 sechsmal unterworfen wurde, sind die folgenden: Während der Haft im Gefängnis von Ramleh, wo faschistische Methoden praktiziert werden, wurde ich während allen Verhören geschlagen, mir wurden dabei zwei Wirbel gebrochen, jetzt bin ich teilweise gelähmt. Die Ärzte des Internationalen Roten Kreuzes und der Liga für Menschenrechte können das bezeugen. Ich kann auch den Fall eines anderen inhaftierten Genossen, Neama Mahmoud El Hussein, anführen, aus dem Lager von Jebalia im Gaza-Streifen, 17 Jahre alt, der bei seiner Verhaftung von Schlägen völlig entstellt war (obwohl er bereits vorher verletzt worden war), der ein Auge verloren hat, dem man dann eine Hand gebrochen hat. (Der volle Bericht liegt dem IRK vor). Die Ärzte haben auch festgestellt, daß man ihm Projektile nicht aus dem Leib entfernt hat, was zu Infektionen führte. 7 Jahre lang war er unter derartigen Bedingungen inhaftiert, dann wurde er freigelassen, weil er dem Tode nahe war, jetzt darf er Gaza nicht verlassen, damit er als Zeugnis im Ausland lebendiges Zeugnis von den Verbrechen der Zionisten ablegen kann ..."

(aus: AVANTI POPOLO PALESTINESE, Zeitschrift des Palästinakomitees Novara)

ion und dem KB Österreichs

zum Ausdruck kommt. Angegriffen wurde in dem genannten Flugblatt auch der im März in Algier abgeschlossene Vertrag zwischen Irak und dem Iran, der zur Beendigung der subversiven Aktivitäten des Schah-Regimes gegen den Irak führte und damit die Möglichkeiten für die Einmischungsversuche der Supermächte, die stets bestrebt sind, die Länder der Dritten Welt gegeneinander zu hetzen, einschränkte. Aus diesen Gründen verurteilte die Delegation des ZK des KB Österreichs dieses Flugblatt und die Demonstration und gab bekannt, daß das ZK diesen Standpunkt auch gegenüber der irakischen Botschaft zum Ausdruck bringen würde. Die beiden Delegationen konnten volle Übereinstimmung in dieser Frage feststellen.

Walter Lindner,
Sekretär des ZK

Die Bedingungen stellen heute die Befreiungsbewegungen

» Sofortige Übertragung der Macht an das Volk von Zimbabwe! «

Der erfolgreiche bewaffnete Befreiungskampf des Volks von Zimbabwe, das aufgrund jahrelanger politischer Mobilisierungsarbeit der Befreiungsbewegung entschlossen dafür kämpft, das rhodesische Kolonialregime zu zerschlagen und einen unabhängigen Staat zu errichten, hat die westlichen Imperialisten in Angst und Schrecken versetzt und zwingt sie, verzweifelt "Lösungsmöglichkeiten" zu suchen. Ein Resultat dieser Aktivitäten ist der sogenannte Kissinger-Plan, mit dem der Forderung des Volkes nach einer afrikanischen Mehrheitsregierung scheinbar nachgekommen wird.

Im scheinbaren Aufgreifen dieser berechtigten und weltweit unterstützten Forderung sehen die Imperialisten ihre letzte Chance, den Schlägen des revolutionären Befreiungskampfes zu entkommen und sich ihr Ausbeutungsparadies Rhodesien unter einer neuen äußeren Form doch noch zu erhalten. Verwirrung unter das kämpfende Volk zu tragen, die Befreiungsbewegung zu spalten und zu schwächen, ebenso wie die Front der afrikanischen Staaten und die internationale Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Zimbabwe - darauf zielt das Betrugsmanöver der Imperialisten ab.

Kissinger plante, "vernünftige" und "unvernünftige" Afrikaner gegeneinander auszuspielen, um mit den "Vernünftigen" eine Regierung bilden zu können, die am System der Unterdrückung nichts ändert. Sein Plan läuft darauf hinaus, daß der koloniale Staatsapparat unangetastet bleibt, und es lediglich einigen Afrikanern gestattet wird, in einer "gemischtrassigen Regierung" zu sitzen und an der Niederhaltung des Volkes teilzuhaben.

Entschlossene Ablehnung des Kissinger-Planes

Für eine solche Regierung hat das Volk aber nicht jahrelang gekämpft. An seinem Willen, den Kampf für das unmittelbar nächste Ziel - die Erringung der nationalen Unabhängigkeit - weiterzuführen, ohne sich von irgendeiner Seite beirren zu lassen, scheiterten die Spaltungsversuche der Imperialisten.

Der Kissinger-Plan wurde von der gesamten Befreiungsbewegung Zimbabwes sowie von den sie unterstützenden afrikanischen Staaten einhellig abgelehnt.

In den letzten Tagen haben Vertreter des US- und britischen Imperialismus unter den Afrikanern dafür geworben, daß der Plan mit ein paar Kompromissen doch noch angenommen wird. Diese Kompromisse beziehen sich auf die Besetzung verschiedener Ministerposten; am Wesentlichen, der Erhaltung des gesamten Machtapparates, ändert sich dadurch natürlich nichts. Unter diesen Bedingungen hat nun Großbritannien für den 25.Oktober eine Verfassungskonferenz zur Bildung einer "gemischtrassigen Übergangsregierung" einberufen, die eine schwarze Mehrheitsregierung in 2 Jahren vorbereiten soll.

Gemeinsames Vorgehen von ZANU und ZAPU

Diese klägliche Fortsetzung der Entspannungsmanöver Kissingers erlitt eine deutliche Abfuhr. Hatten die westlichen Imperialisten darauf gehofft, verhandlungswillige Vertreter der Befreiungsbewegung herausbrechen zu können und sie mit einem Posten in der gemischtrassigen Übergangsregierung zum Verrat an ihrem Volk zu bringen, war die Folge im Gegenteil verstärkte Einheit, verstärkter Kampfwille der Befreiungsbewegungen: R.Mugabe, Generalsekretär der ZANU und J.Nkomo, Vorsitzender der ZAPU - Befreiungsorganisationen, die in letzter Zeit getrennt marschiert waren - verlangten gemeinsam die "totale und sofortige Übertragung der Macht an das Volk von Zimbabwe durch die Kolonialmacht, nämlich die Regierung Großbritanniens" und nur darum könnten Verhandlungen geführt werden. In einem Sechspunkteprogramm fordern sie die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Verzicht auf die "Wehrdörfer", Erlaubnis politischer Betätigung, Einstellung aller politischen Gerichtsverfahren und Rückkehr aller Mitglieder von Befreiungsbewegungen nach Zimbabwe.

Die Stärke der afrikanischen Vertreter liegt im Volk, das mit den Waffen in der Hand bereit ist, bis zur vollständigen Kapitulation seiner Feinde zu kämpfen.

Heftige Rivalität der beiden Supermächte im Südlichen Afrika

Die westlichen Imperialisten, mit der USA an der Spitze, werden weiterhin versuchen, diese vollständige Kapitulation mit allen Mitteln hinauszuschieben, denn sie haben in Zimbabwe viel zu verlieren.

Das Land ist ungeheuer reich an Rohstoffen, insbesondere solchen, die für die Kriegsproduktion wichtig sind: Chrom, Nickel, Asbest, Lithium.

Allein am Chrom läßt sich ermessen, welche Bedeutung die Beherrschung Zimbabwes für den US-Imperialismus hat. Rhodesien ist der drittgrößte Chromproduzent der Welt, wobei die USA die dortige Chromgewinnung heute weitgehend unter Kontrolle hat. Wenn ihr das Volk von Zimbabwe diese entzieht und seine nationalen Reichtümer im eigenen Interesse verwaltet, so wird dies eine entscheidende Einschränkung des Spielraums der USA gerade in der Rüstungsproduktion bedeuten. Das hat für die USA umso mehr Bedeutung, als die zweite Supermacht, mit der sie um die Wette rüstet und sich auf einen neuen Weltkrieg vorbereitet, der größte Chromproduzent und Lieferant der Welt ist.

Niederhaltung des revolutionären Ansturms der Völker im südlichen Afrika heißt für den US-Imperialismus weiters, sich die Herrschaft über den Seeweg um Kap Horn zu erhalten, über den ein Großteil der Versorgung Westeuropas und der USA mit Erdöl und anderen wichtigen Rohstoffen geht.

In wirtschaftlicher und strategischer Hinsicht ist also das südliche Afrika für die Stärke des US-Imperialismus allgemein äußerst entscheidend, im besonderen für eine starke Position im Ringen um Europa, auf das sich beide Supermächte in ihrem Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft heute konzentrieren.

Die Sowjetunion setzt aus diesen Gründen ebenfalls alles daran, ihre imperialistischen Interessen im südlichen Afrika durchzusetzen. Sie geht mit aller Entschlossenheit vor, den gerechten Befreiungskampf für ihre Zwecke einer künftigen Knebelung des Volkes auszunutzen, indem sie unter dem Deckmantel der "brüderlichen Hilfe" versucht, die Befreiungsbewegung zu infiltrieren, zu schwächen und zu spalten und sie so unter ihre Kontrolle zu bringen. So wie sie in Angola die nationale Befreiungsbewegung in einen "revolutionären" und einen "konterrevolutionären" Teil gespalten hat, versucht sie das auch in Namibia, Südafrika und Zimbabwe.

Wer fortschrittlich und wer reaktionär ist, wen oder was die Sozialimperialisten unterstützen, ob Entspannung oder Krieg propagiert wird, bestimmt sich einzig und allein von daher, wie sie ihre räuberischen Interessen am besten verfolgen können. Diese Politik ist besonders gut in Zimbabwe zu studieren: Bis zum Beginn dieses Jahres war Nkomos's ZAPU die Befreiungsbewegung Zimbabwes, während die ZANU reaktionär und der ANC nicht vorhanden war. Heute ist laut Berichterstattung der "Volksstimme" die ZAPU reaktionär und die ZANU die Befreiungsbewegung Zimbabwes.

»Wir sind unseren eigenen Befreier «

Diesen Absichten gegenüber betonen die ZANU und der ANC immer wieder deutlich, daß das Volk von Zimbabwe sein eigener Befreier sein muß, wenn es tatsächlich unabhängig sein will. Der Kampf, der heute in Zimbabwe geführt wird, ist der beste Beweis, daß es die Befreiungsbewegung verstanden hat, dieses Prinzip in die Tat umzusetzen!

Die gegenwärtigen gemeinsamen Besprechungen um ein einheitliches Vorgehen der Führer der Befreiungsbewegung erteilte der Sowjetunion ebenfalls eine Abfuhr. Präsident Nyerere von Tansania erklärte am 19.9., was die Völker Afrikas wollen: "Wir befreien uns selbst und werden kämpfen, wenn die Supermächte meinen, daß sie in ihrer Rivalität um Hegemonie im südlichen Afrika gegeneinander antreten müssen." (Hsinhua, 19.9.)

el.ri.

Freiheit für M.Echenique !

Vor über einem Jahr wurden der uruguayanische Patriot Mario Echenique und seine beiden Brüder in Argentinien verhaftet. Er ist politischer Sekretär einer revolutionären Organisation, der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays; seine Verhaftung dient den Regimes beider Länder dazu, die Entwicklung des antifaschistischen Kampfes ihrer Völker einzudämmen. Heute droht ihm die Ermordung in Argentinien oder Abschiebung nach Uruguay, dessen Regime für seine grausamen Polizeimethoden bekannt ist. Das "Solidaritätskomitee mit dem Kampf der Lateinamerikanischen Völker" in Ecuador organisiert deshalb eine internationale Solidaritätskampagne um die Freilassung für Mario Echenique und seine Brüder durchzusetzen. Der Kommunistische Bund Österreichs sandte ein Protesttelegramm an die argentinische Regierung.

Anläßlich des 8. Jahrestags des Überfalls der Sowjetunion auf die Tschechoslowakei im August 1968 erschien in der "Peking Rundschau" der folgende Artikel. Er stellt die verstärkte Politik der kolonialen Unterwerfung dar, die der Sozialimperialismus seit dem damaligen, erstmals offen imperialistischen Gewaltakt gegenüber den Ländern des Ostblocks verfolgt.

Moskau verschärft seine Kontrolle über die Länder Osteuropas

Der Überfall der sowjetischen Revisionisten auf die Tschechoslowakei vor acht Jahren war eine große Entlarvung der heimtückischen Natur der sowjetischen Sozialimperialisten.

Seit dem Einmarsch in die Tschechoslowakei hat die Sowjetunion Zug um Zug die Kontrolle und Ausplünderung der osteuropäischen Länder verschärft und mit verdoppelten Anstrengungen das, was sie "sozialistische Integration" nennt, vorangetrieben. Es ist ein Versuch, diese Länder auf wirtschaftlichem, militärischem und ideologischem Gebiet ihrer scharfen Kontrolle zu unterstellen, sie zu versklaven und zu unterdrücken.

Im Jahre 1968 tischten die sowjetischen Revisionisten einen "Integrations"-plan auf. Im Juli 1971 nahm der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ein "Komplexprogramm zur Wirtschaftsintegration" an, in dem für die Länder des RGW die Durchführung der "Integration" in Produktion, Wissenschaft und Technik, Aussenhandel sowie in Währungs- und Finanzangelegenheiten innerhalb eines Zeitraums von 15 bis 20 Jahren festgelegt wurde.

Im März 1969 unterbreitete die Sowjetunion einen Vorschlag zur Errichtung einer sogenannten Ständigen Organisation zur Koordinierung der Außenpolitik der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts mit dem Ziel einer"Integration der Diplomatie". Auf diese Weise soll die diplomatische Souveränität dieser Länder unter ihre Kontrolle gebracht werden.

Seit Oktober 1969 haben die sowjetischen Revisionisten Gipfel- und Außenministerkonferenzen der Länder des Warschauer Pakts einberufen, auf denen sie ungeduldig auf die Abhaltung der "Europäischen Sicherheitskonferenz" drängten. Damit wurde der Zweck verfolgt, den Westen um die Anerkennung der sowjetischen Einflußsphären in Osteuropa zu bitten, um so ihre Herrschaftsposition dort abzusichern und von da aus den Kampf um Europa als Ganzes zu intensivieren.

Im Februar 1970 forderten sie die osteuropäischen Länder zur Gründung von gemeinsamen Rundfunkstationen, Verlagen und anderen Organen auf. Dann machten sie den Vorschlag, gemeinsame Zeitschriften herauszugeben. Damit nicht genug, legten sie ein "Programm über ideologische Zusammenarbeit" vor, um auch die "ideologische Integration" in die Wege zu leiten, in dem vergeblichen Versuch, den ganzen Überbau Osteuropas unter ihre Aufsicht zu stellen.

In seinem Bericht auf dem XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im März 1971 setzte sich Breshnew dafür ein, aus den neuen "Verträgen über Freundschaft und gegenseitige Hilfe", zusammen mit anderen bilateralen Verträgen zwischen der Sowjetunion und einigen osteuropäischen Ländern, ein "umfassendes System neuen Typs mit gegenseitigen Verpflichtungen für die Verbündeten" zu bilden. Das hätte den sowjetischen Revisionisten praktisch die rechtmäßige Voraussetzung geliefert, solche Ereignisse wie den Überfall auf die Tschechoslowakei zu wiederholen.



Der krasse Gegensatz zwischen dem Lenin-Porträt und dem abgebildeten Ölgemälde des Oberzaren Breshnew samt einem halben Zentner Orden springt ins Auge. Der Aufstieg der sowjetrevisionistischen Führungsclique zu einer neuen Bourgeoisie spiegelt sich in den von der neuen Herrscherklasse bevorzugten Selbstdarstellungswider. Die neuen Zaren schmücken sich neuerdings mit militärischen Titeln und lassen sich überall Denkmäler errichten.

Im Dezember 1972 erklärte Breshnew unzweideutig, daß das"Prinzip" der Vereinigung aller Unionsrepubliken in einer vereinigten Sowjetunion auf "alle souveränen sozialistischen Länder" des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe anwendbar sei. Offensichtlich hat er im Sinn, die anderen Mitgliedstaaten des RGW in Unionsrepubliken der UdSSR zu verwandeln.

Seit 1974 hat die Sowjetunion in schamloser Verletzung der von ihr unterzeichneten Abkommen offen und drastisch die Preise für Öl und andere Brennstoffe, die sie nach Osteuropa exportiert, erhöht. Außerdem forderte sie die osteuropäischen Länder auf, Geld und Arbeitskräfte für den "gemeinsamen Bau" 30 großangelegter Projekte zur Verfügung zu stellen - die meisten dieser Projekte sind auf dem Territorium der Sowjetunion geplant. Auf der kürzlich zu Ende gegangenen 30. Tagung des RGW wurde sogar beschlossen, Entwürfe für integrierte Langzeitprogramme für Brennstoffe, Rohmaterialien, Maschinenbau, Nahrungsmittel, industrielle Verbrauchsgüter sowie für Transport- und Verkehrswesen zu erstellen. Das ist ein Versuch, die Partner der Sowjetunion wirtschaftlich in Ketten zu legen und damit der Sowjetunion freie Hand bei der Ausbeutung und Ausplünderung zu geben.

All diese Tatsachen zeigen, daß die Sowjetunion keine Mühe scheut, wenn es darum geht, Wege zu finden, um einige osteuropäische Länder zu kontrollieren, auszubeuten und zu versklaven. Man wird unwillkürlich an den einzigartigen Monolog erinnert, den Breshnew auf dem XXV. Parteitag der sowjetischen Revisionisten über die sowjetischen Beziehungen mit Osteuropa gehalten hat.

Breshnew erklärte damals, daß es unter den 215 Tagungen des Politbüros des Zentralkomitees in den fünf Jahren seit dem XXIV. Parteitag "keine einzige Sitzung" gegeben habe, "auf der nicht die Osteuropa-Frage zur Sprache gekommen" wäre. In seinem "Friedensprogramm" legte Breshnew größtes Gewicht auf die "Einheit" und "allseitige Zusammenarbeit" mit den anderen Mitgliedern der "Gemeinschaft" und auf die Förderung "gemeinsamer und positiver Beiträge zur Stärkung des Friedens". Das beweist klipp und klar, daß die sowjetischen Revisionisten, in ihrem globalen Ringen mit dem US-Imperialismus, mit Schwerpunkt Europa, keinesfalls auf Osteuropa verzichten können; daß sie ohne Osteuropa mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Inneren nicht fertig werden; daß sie, wenn sie ihren faschistischen Neozarismus aufrechterhalten wollen, versuchen müssen, das unstabile Osteuropa zu stabilisieren. Es ist zugleich auch ein Beweis dafür, daß der Widerstand umso größer ist, je unbarmherziger die Unterdrückung. Es ist nur natürlich, daß die sowjetischen Revisionisten unruhig sind; denn es hat in diesen Jahren sowohl der Kampf der osteuropäischen Länder gegen ihre Kolonialherrschaft zugenommen, als auch die Tendenz mancher herrschenden Gruppe in Osteuropa, sich vom Kreml abzuwenden. Das ist der Grund, warum sich Breshnew des Vorwands der "Einheit" und "allseitigen Zusammenarbeit" bedient, um die osteuropäischen Länder vor seinen Kriegskarren zu spannen und aus ihnen ein Instrument der sowjetischen Aggression und Expansion zu machen.

Als die Sowjetunion die Tschechoslowakei besetzte, wurde von den Leuten deutlich darauf hingewiesen, daß es sich dabei um nichts anderes handelte als um einen Verzweiflungskampf der sowjetischen Revisionisten, die, im In- und Ausland mit Schwierigkeiten überhäuft, in eine Sackgasse geraten waren. Die von Breshnew und seinesgleichen unternommenen Maßnahmen zur Absicherung ihrer Kolonialherrschaft in einigen osteuropäischen Ländern sind nichts als ein weiterer Verzweiflungskampf dieser Clique.

(aus Peking Rundschau 36/1976)

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM OESTERREICHISCHEN UND CHINESISCHEN VOLK!



Zum 27. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China

Kommunistischer Bund Österreichs Ortsgruppe Wien

FILMVERANSTALTUNGEN IM PORRHAUS
Fr. 15.10 Der Bau der Tansam-Eisenbahn — Wien 4, Treitlstr.
Di. 19.10 Der Bruch

"ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM ÖSTERREICHISCHEN UND DEM CHINESISCHEN VOLK!"

Unter diesem Motto führt der Kommunistische Bund Österreichs gegenwärtig Veranstaltungen mit Filmen aus der Volksrepublik China durch und zeigt Ausstellungen über den Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China.

In Wien werden noch folgende Filme gezeigt:

- Freitag, 15.10.: Der Bau der Tansam Eisenbahn
- Dienstag, 19.10.: Der Bruch

jeweils um 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wien 4, Treitlstraße.

»Die Rote Frauenkompanie«:
Kunst als Anleitung zum Handeln

Ende September/Anfang Oktober gastierte das Staatliche Balettensemble der Volksrepublik China in Österreich. Jede einzelne Veranstaltung war ein voller Erfolg. In den Aufführungen stellte das Ensemble den Befreiungskampf seines Volkes gegen die japanischen Imperialisten, gegen die Großgrundbesitzer und Tschiang-Kai-schek-Reaktionäre dar, ebenso wie die Umsichtigkeit und den klassenkämpferischen Elan des chinesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus. Dem galt auch die große Sympathie des österr. Publikums, die sich am Ende jeder Aufführung zeigte. Das drückt auch die folgende Korrespondenz aus.

Ich bin kein Kunstkenner, auch bin ich nicht ein Kunstfreund. Aber die Darbietung des chinesischen Balletts mit ihrer "Roten Frauenkompanie" ließ mich meine Ablehnung der Kunst neu überdenken. Denn da merkte ich, wie Kunst genutzt wird, die Vorgänge in der Gesellschaft so darzustellen, daß man nicht nur Freude an der Art der Darstellung hat, sondern daß der Inhalt auch Anleitung zum Handeln werden kann. Daß die Beziehung zwischen Bühne und Publikum nicht eine Beziehung zwischen Konsumenten und einigen Stars sein muß. Denn eine so herzliche und innige Atmosphäre muß man erst erlebt haben, wie sie beim Schlußapplaus geherrscht hat. Wo jeder im Saal dem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung die größte Sympathie entgegenbrachte. Wo denjenigen, die das Stück ablehnten, nichts anderes übrig blieb als zu warten, daß die begeisterte Menge den Weg zum Rausgehen frei gab.

Meine Einstellung ist natürlich von der Verehrung zum chinesischen Volk beeinflußt. Aber nach dem Besuch dieser Vorführung werde ich daran gehen müssen, meine Einstellung zur Kunst zu überdenken und dafür einzutreten, daß Kunst nicht ein Zeitvertreib sein soll, sondern unser Leben und unsere Kämpfe in unserer Gesellschaft wiedergeben soll. H.Wb.



Mitglieder des Chinesischen Balettensembles helfen hier den armen Bauern und unteren Mittelbauern der Produktionsbrigade Gaoling, den Boden zu glätten.

Spendet für Fotosatz- und Druckmaschine!



- Mit der Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs entstehen auch neue Anforderungen an einen technischen Apparat.
- Für eine neue Druckmaschine und ein Fotosatzgerät müssen 155 000.- bzw. 215 000.-, zusammen 370 000.- aufgebracht werden.
- Der Kommunistische Bund Österreichs wird ausschließlich aus den Beiträgen seiner Mitglieder, aus dem Verkaufserlös seiner Publikationen und aus den Spenden Sympathisierender finanziert.
- Deshalb setzt sich der Kommunistische Bund Österreichs das Ziel, innerhalb von drei Monaten - bis zum 8.November 76 - einen Betrag von 300 000.- Schilling in Form von Spenden aufzubringen (aus dem Spendenaufruf des ZK des KB Österreichs).

Spenden auf das Konto: Kommunistischer Bund Österreichs/ Zentrale PSK 2 418.889

Ortsgruppen des Kommunistischen Bundes Österreichs

WIEN	*GRAZ*	*SALZBURG*
1o7o Halbg.12	*Griesplatz 36*	*Müllner Hauptstr.14*
Tel. 93 83 37	*Tel. 94 13 12*	*Tel. 32 7o 72*
LINZ	*Ortsaufbaugruppe*	*INNSBRUCK*
Jägerstr.6/1	*KLAGENFURT*	*Jahnstraße 25*
Tel. 32 5 78	*Neugasse 30*	*Tel. 25 66 32*

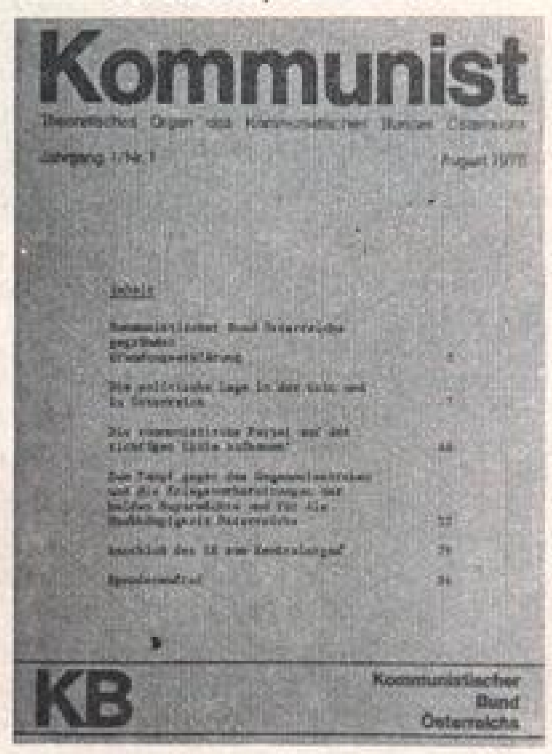
Ständiger Ausschuß des ZK und Redaktion des Zentralorgans:

1070 WIEN, Halbgasse 12 *Journaldienst: Mo-Fr 18-19h*
Tel. (0 222) 93 83 37

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

INHALT VON KOMMUNIST 1/1976

80 Seiten, Preis 20.- S





auch auf slowenisch erhältlich Preis 5.- S

Zu beziehen über: *Zentraler Vertrieb 1070 WIEN Halbgasse 12*

Konto des Zeitungs- und Büchervertriebs: Kommunistischer Bund Österreichs Zentraler Vertrieb PSK 2 419.204